

Die Politische Meinung

MITTELMEER

—
Mehr als Konflikte

ZUM SCHWERPUNKT Kristina Kausch, Im Kreuzfeuer globaler Mächte. Nahost und Nordafrika; Aboubakr Jamaï, Demokratisierung in der südlichen Mittelmeerregion; Michaël Tanchum, Energie und Frieden; Amel Saidane, Start-up-Kultur in Tunesien

INTERVIEW Johann David Wadephul über den Nahostkonflikt, die Spannungen im östlichen Mittelmeer und Europas Verantwortung

WAHLANALYSE Viola Neu, Die Landtagswahlen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im Vergleich

ERINNERT Christoph Palmer, Zum 100. Todestag von Matthias Erzberger

GELESEN Michael Braun, Literarische Annäherungen an Herrschaftswissen



Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Wer will heute noch die Alpen planieren? Ausgerechnet in der Schweiz provozierte die junge Kunstszene der 1980er-Jahre mit dem Spruch: „Nieder mit den Alpen, freie Sicht aufs Mittelmeer!“ Für den befreienden Blick nach Süden wollte man Berge versetzen. Ein alter nordischer Sehnsuchtsort war „punk“ geworden.

Seither ist der Mythos Mittelmeer merklich geschrumpft. Unter „mediterran“ versteht man vor allem eine gesunde Art der Speisenzubereitung. Geblieben ist die touristische Fixierung auf blaue Buchten, Olivenhaine und antike Kultur. Doch muss sie vieles ausblenden, was die Urlaubslaune trübt. Mehr und mehr bestimmen Krisen die Wahrnehmung: die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen gen Europa, der Gaskonflikt zwischen Griechenland und der Türkei, der wachsende Einfluss auswärtiger Mächte wie Russland und China. Anrainerstaaten, etwa Syrien, Libyen und der Libanon, sind seit Jahren Kriegs- oder Krisengebiete, Ägypten gilt manchen als „Pulverfass“.

Die gewaltigen Spannungen in der Region übertragen sich auf die Europäische Union. Den wenigsten leuchtet bisher ein, dass auch Deutschland insofern ein mediterranes Land darstellt. Immerhin starten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten Initiativen, um einen „roten Faden“ für eine Politik im Mittelmeerraum zu entwerfen. Dass diese auf Partnerschaft setzen müssen, ist allein vor dem Hintergrund der europäischen Kolonialgeschichte selbstverständlich, nur fehlt es hier wie dort an Zutrauen. Zu oft hat der Westen in der Vergangenheit mit Despoten paktiert. Weiterhin wird die Demokratiefähigkeit der Völker des Nahen Ostens und Nahen Südens grundsätzlich infrage gestellt.

Die Traumata nach dem Aufbruch des „Arabischen Frühlings“ lassen Mittelmeerträumereien nicht zu. Doch in einer teils bedrückenden Wirklichkeit geht es erst recht darum, nicht allein die zerstörerischen Kräfte wahrzunehmen. Eine unverstellte Sicht aufs Mittelmeer muss mehr einfangen als Konflikte. Wo Perspektivlosigkeit droht, braucht es befreiende Ausblicke und neue Annäherungen.

Die Redaktion dankt der Abteilung Naher Osten und Nordafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre konzeptionelle und praktische Unterstützung.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Mittelmeer – Mehr als Konflikte

14 ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Canan Atilgan

Eine neue Agenda für die euro-mediterrane Partnerschaft

19 MEDITERRAN?

Amro Ali

Eine Lebensart und das Phänomen der Entfremdung

25 IM KREUZFEUER GLOBALER MÄCHTE

Kristina Kausch

Nahost und Nordafrika

32 INTERVIEW: „EUROPA MUSS HANDLUNGSFÄHIG WERDEN“

Johann David Wadephul über den Nahostkonflikt, die Spannungen im östlichen Mittelmeer und Europas Verantwortung in der Mittelmeerregion

42 NICHT UNMÖGLICH, ABER MÜHSELIG

Aboubakr Jamaï

Demokratisierung in der südlichen Mittelmeerregion

48 ENERGIE UND FRIEDEN

Michaël Tanchum

Der Gasstreit im östlichen Mittelmeer

63 MIT DEN DREI „K“

Friedrich C. Püttmann

Die Türkei und die syrischen Flüchtlinge

68 KLIMA UND KONFLIKT

Tobias Zumbrägel

Chancen für ein „Environmental Peacebuilding“

82 WIE EIN SPRUNG VON DER KLIPPE

Amel Saidane

Start-up-Kultur in Tunesien

96 UMKEHR EINER TRAGÖDIE

Alexandra Kodjabachi

Gegenporträts der libanesischen Jugend

Spotlights

39 ALLGEGENWÄRTIGER KONFLIKT

Alexander Brakel

Energieerzeugung, Wasseraufbereitung und die gefährdete Sicherheit in Israel

54 ZIEMLICH BESTE FEINDE?

Henri Bohnet

Griechenland und die Türkei

58 ZIEMLICH BESTE FEINDE?

Walter Glos, Nils Lange

Die Türkei und Griechenland

74 STOLZ UND FRUST

Nino Galetti

Italiens Mittelmeerpolitik

78 TRIKOLORE AM MITTELMEER

Caroline Kanter

Frankreich zwischen Sicherheits- und Handelsinteressen und der Aufarbeitung seiner Kolonialgeschichte

88 MEDITERRANES DREHKREUZ

Steffen Krüger

Sicherheit, Umweltschutz und Migration in Marokko

92 ZWISCHEN WUT UND FRUST

Malte Gaier,

Valentina von Finckenstein

Libanons junge Generation und das Prinzip Hoffnung

Wahlanalyse

102 BUNTE PARTEIEN-LANDSCHAFT

Viola Neu

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im Vergleich

Mensch und Wirtschaft

106 ZUKUNFTSPOTENZIAL SOZIALE MARKT-WIRTSCHAFT

Rolf H. Hasse, Maximilian Kutzner

Eine kluge Ordnungspolitik für Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Demografie

Erinnert

111 SCHRITTMACHER DER DEMOKRATISIERUNG

Christoph Palmer

Zum 100. Todestag von Matthias Erzberger

Gelesen

116 MACHT UND WAHRHEIT

Michael Braun

Literarische Annäherungen an Herrschaftswissen

120 UMSTRITTENER HEILSBRINGER

Hanns Jürgen Küsters

Über die Faszination der Deutschen für Gorbatschow

126 AUS DER STIFTUNG

128 FUNDSTÜCK



Izola, Slovenia

Die Mitte: ein Meer

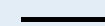
Es klingt nach einem ausgedehnten Traumurlaub: Vier Jahre lang ist der belgische Fotograf Nick Hannes rund um das Mittelmeer gereist. Doch beginnt seine Fotodokumentation dort, wo Touristen die Neugier vergeht. Sonne, Sand und Strand sind nicht seine vorrangigen Themen; er entzaubert die gängigen Klischees und zeigt die Krisen und unendlichen Kontraste einer Region, die Cannes und Monaco, aber auch Gaza und Misrata umfasst.

Dennoch sind es keine Parallelwelten. Die vitale verbindende Kraft des Meeres ist in seinen Fotografien immer präsent.

© Nick Hannes



Mittelmeer



Mehr als Konflikte



Gibraltar



La Grande Motte, France



Rio, Greece



Gaza City



Ceuta, Spain



Paparazzi ladders, Cannes, France



Tanger, Morocco



Palase, Albania

Erfahren Sie
mehr zum Thema.

Anspruch und Wirklichkeit

—
Eine neue Agenda für die euro-mediterrane Partnerschaft

CANAN ATILGAN

Leiterin der Abteilung Naher Osten und Nordafrika, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

In der europäischen Mittelmeerpolitik hat es nie an Strategien und anspruchsvollen Leitideen gefehlt. Schon die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP), die vor 25 Jahren ins Leben gerufen wurde und als Barcelona-Prozess bekannt ist, hatte sich zum Ziel gesetzt, einen „Raum des Friedens und der Stabilität“, des „gemeinsamen Wohlstands“ und der „Verständigung zwischen den Kulturen“ unter vollständiger Einhaltung der internationalen Normen zu schaffen. Diesem Narrativ folgte auch die Gründung der Mittelmeerunion (*Union for the Mediterranean*, UfM) 2008 sowie die Neuauflage der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) 2015. Wirkliche Erfolgsgeschichten in der bi- oder multilateralen Zusammenarbeit haben diese Initiativen allerdings nicht hervorgebracht: Vielmehr vergrößerte sich die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Heute ist die Mittelmeerregion weit vom Traumbild eines gemeinsamen euro-mediterranen Raums entfernt.

Im europäischen Selbstverständnis hat sich der südliche Mittelmeerraum nicht zu einem Bestandteil, sondern zur Peripherie Europas entwickelt. Der Gedanke von einem gemeinsamen Raum, vom Mittelmeer als Zentrum der europäischen Identität, Geschichte und Zivilisation ist längst in die Defensive geraten. Selbst in der Partnerschaftspolitik mit den südlichen Anrainerstaaten scheint sich das Konzept vom Mittelmeer als Grenze zu einer Krisenregion durchgesetzt zu haben.

SOZIOÖKONOMISCHE KRISE WEITGEHEND UNGELÖST

Fraglos gehört der südliche Mittelmeerraum, das heißt der Nahe Osten und Nordafrika, heute zu den konfliktreichsten Regionen weltweit; interne Unruhen, zwischenstaatliche Streitigkeiten sowie regionale Konflikte beeinflussen und verschärfen sich hier gegenseitig. Gewaltsam ausgetragene Bürgerkriege haben sich im Zuge der wachsenden Rivalitäten zwischen Regional- und Großmächten zu endlosen Stellvertreterkriegen entwickelt, die Hunderttausenden Menschen das Leben gekostet und Millionen vertrieben haben. Etwa vierzig Prozent der Flüchtlinge und Vertriebenen weltweit stammen inzwischen aus dem arabischen Raum. Der demokratische Aufbruch in der Region, 2011 unter dem Label „Arabischer Frühling“ bekannt geworden, hat nicht die von den Menschen erhofften Veränderungen zu mehr Wohlstand und Demokratie erbracht. Die Region ist geprägt von fragiler Staatlichkeit, politischer Unsicherheit sowie sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Die umfassende sozioökonomische Krise, die den Unruhen zugrunde lag, bleibt weitgehend ungelöst. Man benötigt keine Kristallkugel, um zu erkennen, dass sich die soziale und wirtschaftliche Situation auch in den ressourcenreichen Ländern der Region im Schatten der COVID-19-Pandemie weiter verschlechtern und die Regierungen zusätzlich unter Druck setzen wird.

Welche Folgen die Destabilisierung des Nahen Ostens und Nordafrikas für Europa mit sich bringen kann, hat nicht zuletzt die Migrationskrise 2015 gezeigt. Auch die Anschläge islamistischer Terrororganisationen, die auf beiden Seiten des Mittelmeers operieren, verdeutlichen die sicherheitspolitische Interdependenz. Nicht zuletzt ist geopolitisch eine neue Dynamik mit neuen Akteuren und neuen Allianzen in direktem europäischem Umfeld entstanden.

Unter dem Eindruck der sich überschlagenden und überlagernden Ereignisse im Nahen Osten und in Nordafrika hat es Europa versäumt, eine zukunftsweisende Agenda in den Beziehungen zu dieser Region zu entwickeln. Vielmehr konzentrierte sich Europa auf die bloße Abwendung negativer außen-, sicherheits- und gesellschaftspolitischer Auswirkungen aus der krisenerschütterten Nachbarschaft. Seit 2015 hat sich insbesondere die Migrationsfrage zur dominierenden Angelegenheit in der europäischen Politik

gegenüber der südlichen Nachbarregion entwickelt. Zugleich hat die Migrationskrise die Verflechtung von Innen- und Außenpolitik, die außenpolitischen Schwächen Europas, aber auch die Divergenzen innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) auch mit Blick auf den Mittelmeerraum offenlegt. Dieser Ansatz hat nicht nur verhindert, die Beziehungen zu den südlichen Nachbarn neu zu überdenken oder zu einem gemeinsamen Verständnis zu gelangen, sondern er hat Europa auch politisch angreifbar gemacht.

EUROPÄISCHE VERWUNDBARKEIT

Im Verhältnis zur südlichen Nachbarschaft hat in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Es ist ein neues Abhängigkeitsverhältnis entstanden: Europa ist heute bei Themen wie Migration und Sicherheit auf die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn angewiesen. Entsprechend haben sich der Fokus der Zusammenarbeit und die Ausrichtung der finanzierten Projekte verlagert. Waren zuvor die südlichen Nachbarn in einer Bittstellerposition gegenüber Europa und mussten die Konditionen Europas in der Entwicklungszusammenarbeit akzeptieren, können sie heute die Migrationsfrage nutzen, um Druck auf die europäischen Nachbarn auszuüben. Die Türkei nutzte beispielsweise die zeitweise Öffnung ihrer Grenzen zu Griechenland für Flüchtlinge als Mittel, um Europa zu Zugeständnissen in anderen Fragen zu bewegen. Auch Marokko gibt immer wieder zu Spekulationen mit Blick auf seine Kooperationsbereitschaft Anlass. Ebenso sind Andeutungen aus anderen Ländern auf die hohe Zahl von Migranten und deren Bereitschaft, sich auf irregulären Routen nach Europa aufzumachen, ein Beleg für die Verwundbarkeit Europas.

Darüber hinaus ist eine wachsende Bereitschaft in den Ländern der südlichen Nachbarschaft zu beobachten, europäische Kooperationsangebote zurückzuweisen. Dies gilt auch für traditionell europäisch orientierte Partnerländer, die offensichtlich die Partnerschaftsinstrumente der Europäischen Union nicht mehr überzeugend finden. Tunesien ist derzeit das einzige Land in der Nachbarschaft, mit dem offiziell Verhandlungen für die Vertiefte und umfassende Freihandelszone (*Deep and Comprehensive Free Trade Area*, DCFTA) geführt werden. Allerdings sind auch diese seit 2019 ins Stocken geraten. Somit bleibt das attraktivste Partnerschaftsangebot der EU hinter den Erwartungen zurück. Es wirkt zu bürokratisch, ist zu langfristige angelegt, und der Mehrwert eines solchen Abkommens scheint sich für das jeweilige Partnerland nicht zu erschließen. In den südlichen Mittelmeerländern hat sich die Auffassung verbreitet, dass ihre Bedürfnisse und Prioritäten in der Europäischen Nachbarschaftspolitik nicht ausreichend berücksichtigt werden. Im Wesentlichen geht es dabei um das Prinzip der Konditionalität, das die südlichen Nachbarn immer weniger zu akzeptieren gewillt sind.

Aus der Perspektive der südlichen Nachbarländer ist Europa außen- und wirtschaftspolitisch ebenfalls nicht mehr die einzige Option. Der Nahe Osten und Nordafrika haben sich in den letzten Jahren zunehmend zu einer Bühne entwickelt, auf der regionale und globale Rivalitäten ausgefochten, geopolitische Einflussphären abgesteckt und strategische Allianzen geschlossen werden. Dabei umwerben Akteure wie China, Russland, die arabischen Golfstaaten oder die Türkei die Länder der Region mit unkonditionierten Kooperationsangeboten. Diese sind den Ländern der Region willkommen, die auf eine Diversifizierung ihrer Beziehungen bedacht sind. Zugleich bewirken neue Akteure und Allianzen eine Veränderung in der regionalen Machthierarchie. Waren es in der Vergangenheit europäische Gelder, europäische Investitionen und europäische Kooperationsangebote, so sind es heute Finanzmittel aus dem Golf, chinesische Investitionen oder russische Waffen, auf die diese Länder zurückgreifen können.

AUF DER SUCHE NACH EINER NEUEN AGENDA

Die Gestaltungsmacht Europas im Nahen Osten und in Nordafrika erodiert. Dies ist besonders beunruhigend, da die Entwicklungen in dieser direkten Nachbarschaft immer auch Auswirkungen auf Europa haben und die Europäer in dieser Region am besten ihren Einfluss geltend machen könnten. Im südlichen Mittelmeer wird sich entscheiden, ob Europa seine globale außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Macht und Relevanz unter Beweis stellen kann.

Aus außenpolitischer Perspektive betrachtet, gibt es aktuell kaum Hoffnung, dass Europa eine Initiative schmieden kann, die dem Geist des Barcelona-Prozesses mit seinen hochgesteckten Zielen gerecht würde. Die internationalen und regionalen Rahmenbedingungen erschweren einen solchen Vorstoß. Der notwendige politische Wille, die Vision und das Durchsetzungsvermögen lassen sich im europäischen Diskurs nicht erkennen.

Dies spiegelt sich auch in der jüngsten EU-Strategie für den südlichen Mittelmeerraum (*Joint Communication: Renewed partnership with the Southern Neighbourhood. A new Agenda for the Mediterranean*) wider. Die im Februar 2021 verabschiedete neue Agenda identifiziert fünf Schwerpunktthemen: Mobilität und Migration, Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Digitalisierung, Frieden und Sicherheit sowie Klimawandel. Die Themen Migration, Sicherheit und Wirtschaft stehen bei der EU-Strategie eindeutig im Vordergrund. Vorgesehen sind sieben Milliarden Euro im Zeitraum von 2021 bis 2027. Dadurch erhofft sich die Europäische Kommission, dass bis zu dreißig Milliarden Euro private und öffentliche Investitionen in die Region fließen könnten. Ob sich solche Hoffnungen erfüllen lassen, bleibt fraglich.

Gleichwohl ist die neue Agenda ein ernsthafter Versuch, um unter den veränderten internationalen und regionalen Bedingungen eine neue Dynamik in die Beziehungen mit den südlichen Nachbarn zu bringen. Erstmals seit der Initiierung der Nachbarschaftspolitik 2008 hat die Europäische Union eine Strategie mit Blick auf die südliche Nachbarschaft formuliert. Im Einklang mit der Natur der EU wird mit der *Joint Communication* der Rahmen für die künftige Entwicklungszusammenarbeit in der Region gesetzt. Hinweise darauf, welchen konkreten Beitrag Europa zur politischen Stabilisierung der Region oder zur Lösung der Konflikte leisten kann, beinhaltet sie nicht. Ebenso wenig gibt das Papier Anhaltspunkte dafür, wie sich Europa in der Region geopolitisch positionieren will.

POSITIVE WAHRNEHMUNG DEUTSCHLANDS

Diese außen- und sicherheitspolitisch wichtigen Fragen bleiben weiterhin den Mitgliedstaaten überlassen. Seit geraumer Zeit lässt sich ohnehin eine stärkere Renationalisierung der europäischen Außenpolitik erkennen. Vor dem Hintergrund divergierender Interessen sowie unterschiedlicher nationaler Präferenzen der Mitgliedstaaten gerade mit Blick auf die südliche Nachbarschaft ist es bisher nicht gelungen, einen kohärenten europäischen regionalen Ansatz zu entwickeln. Dies gilt für die Migrationsfrage genauso wie für den Umgang mit Konflikten in der Region. Der 1995 in Barcelona imaginierte gemeinsame Mittelmeerraum hat sich vielmehr zu einem Raum bilateraler Beziehungen entwickelt.

Wenn Europa langfristige und nachhaltige Wege finden will, um in der eigenen Nachbarschaft relevant zu bleiben und die Zukunft mitzugestalten, dann sind nicht nur finanzielle Anreize, umfangreiche Programme und vielfältige Initiativen notwendig, sondern eine positive Agenda und vor allem ein neues Narrativ für die Region: ein Gegenkonzept zum aktuellen Bild des südlichen Mittelmeers als Region mit vielen Problemen, als Pufferzone oder Grenze – hin zu einer Wahrnehmung des Nahen Ostens und Nordafrikas als Nachbarregion auch mit vielen Potenzialen und Chancen.

Vor allem aber bedarf es einer Europäisierung der nationalen Politiken der Mitgliedstaaten. Hier kann Deutschland, das traditionell einen europäischen Ansatz favorisiert, einen wichtigen Beitrag leisten. Zudem belegt eine jüngste Umfrage des Regionalprogramms Politischer Dialog Südliches Mittelmeer der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass Deutschland hohes Ansehen in der Region genießt. Die Zustimmungswerte übertreffen die aller anderen in der Region engagierten Länder. Diese positive Wahrnehmung eröffnet Deutschland Wege und Möglichkeiten für ein verstärktes Engagement im Mittelmeerraum, um neben einer entwicklungspolitischen Stellung auch einen aktiven Status als Verhandlungs- und Sicherheitsakteur zu erlangen und sich für eine positive Agenda für die Region einzusetzen.

SCHWERPUNKT

Mediterran?

—
Eine Lebensart und das Phänomen der Entfremdung

*„Als ich die mediterrane Welt zum ersten Mal zu Gesicht bekam,
wurde mir klar, dass ich nie zuvor gewusst hatte, was Licht ist.
Ich kam aus einer Welt der Dunkelheit. London war nicht so schlimm,
aber das Licht im Nordwesten ist sehr trüb.
Das Licht des Mittelmeeres nahm meine Augen gefangen,
also entschloss ich mich, eine Weile zu bleiben.“*

Albert Hourani (1915–1993)

AMRO ALI

Geboren in Alexandria (Ägypten),
Dozent für Soziologie, American
University in Kairo, Research Fellow
am Forschungsprogramm Forum
Transregionale Studien / Middle East
in Europe (EUME), Berlin, Mitglied
der „Arab-German Young Academy
of Sciences and Humanities“, Dok-
torand an der University of Sydney,
Absolvent der Australian National
University („Master of Arts in Middle
Eastern and Central Asian Studies“
und „Master of Diplomacy“).

Hört man das Wort „mediterran“, dann sieht man vor seinem geistigen Auge Kreuzfahrten, goldene Strände, sattgrüne Hügel und wohl-schmeckendes Essen. Fügt man dem Begriff „mediterran“ noch die Worte „Sonnenuntergang“ und „Villa“ hinzu, so entsteht ein geistiges Bild von einer Art Paradies auf Erden. Jedoch handelt es sich bei der „mediterranen Lebensart“ oft um eine explosive Mischung aus westlichen Konsumgewohnheiten, Urlaubsbroschüren und Gedanken über die Diaspora, vorzugsweise mit Bezug auf Griechenland, Italien und Spanien, wobei die anderen Länder

am Mittelmeer gelegentlich als Hintergrundstaffage dienen. Die Lebensart wird gewohnheitsmäßig als gegeben betrachtet – Wirtschafts-, Gender- und Klassenprobleme werden außer Acht gelassen, und es wird angenommen, dass nur die Geografie allein zählt. Ich möchte mir diese Vorstellung von einer mediterranen Lebensart vornehmen, ihre Bedeutung ausweiten und beleuchten, wie sehr die neuzeitliche Entfremdung die Vorstellung von einer mediterranen Lebensart beeinträchtigt und wie wir sie über das olivenölgetränkte Wappen hinaus betrachten können.

In der Literatur und der populären Kultur steht der mediterrane Lebensstil hauptsächlich mit Essen in Verbindung, gefolgt von Lachen, Einfachheit, Leidenschaft, Freude, Genuss des Augenblicks und Besuchen bei der Familie und bei Freunden. Das soll nicht heißen, dass nichts von alledem wahr sein oder man auf keiner Ebene einen Bezug dazu haben kann; ein idealisierter mediterraner Lebensstil erhebt jedoch Anspruch auf eine gemeinsame Identität und einen gemeinsamen Lebensraum, der für viele nicht unbedingt existiert.

Die mediterrane Lebensart vermählt eine kollektive Vorstellung mit einer individuellen Identität. Daraus erwachsen Perspektiven, Haltungen, soziale Beziehungen und Besitztümer. Als eines der Hauptkennzeichen der Sozialgeografie ist das Meer ein integraler Bestandteil des Mosaiks einer persönlichen Identität. Menschen, die in Städten an Meeresufern leben, haben gewöhnlich eine Vorstellung von einer Lebensart, die ausschließlich mit dem Meer verbunden ist. Das zeichnet ihre Küstenmetropolen aufgrund der Nähe des Wassers als andersartig oder als „privilegiert“ aus, auch wenn sie den Ausdruck „mediterrane Lebensart“ nicht unbedingt verwenden. Ein Spanier in Barcelona und ein Palästinenser in Gaza, die an gegenüberliegenden Ufern des Mittelmeers beheimatet sind, haben unterschiedliche Vorstellungen von der See. Sie kann ebenso ein poetischer wie ein verstörender Raum sein, aber auch einer, der gemeinsame Möglichkeiten zu bieten hat.

RÜCKSCHAU AUF EIN WUNDERBARES MEER

Jedoch ist es eine Ironie der Geschichte, dass auch die schönste Landschaft zugleich die unwirtschaftlichste sein kann. Die Szenerie ist nur allzu vertraut: Der frischgebackene Universitätsabsolvent aus Alexandria, der zum letzten Mal mit seinen Freunden Fisch isst, bevor er zu dem Zug eilt, der ihn nach Kairo zu seinem neuen Job bringt; der junge Sizilianer, der in Palermo einen letzten Blick auf das Meer wirft, bevor er in den wohlhabenden Norden auswandert, um in Mailand nach Arbeit zu suchen; der unterbeschäftigte Grieche, der seine Heimat auf dem Weg in die kälteren, aber reicheren Länder der Europäischen Union verlässt; die junge Libanesin, die jahrelang in der

Kulturszene von Beirut tätig war und jetzt nach Montreal geht, um Philosophie zu studieren, nicht nur der Bildung wegen, sondern um einen westlichen Pass zu erwerben, der Mobilität erlaubt und in einer ungleichen Welt die Gerechtigkeit wiederherstellt. Im Laufe der Jahre erhält man den Eindruck, dass niemand das Mittelmeer verlassen will, aber auch niemand eine andere Wahl hat. Ohne familiäre Verbindungen, ein ausreichendes Erbe oder Zugang zu einer lohnenden Beschäftigung, ohne eine Möglichkeit, zu sparen, zu heiraten und ein Heim zu erwerben, entscheidet sich eine wachsende Anzahl dafür, ein wunderbares Meer hinter sich zu lassen, das es nicht verdient, verlassen zu werden.

Historisch betrachtet, ist das Mittelmeer nicht frei von dunklen Flecken. Hier starben im Lauf der Jahrhunderte Millionen Menschen, hier wurden Ströme von Blut vergossen, um Weltreiche zu errichten, Kolonien zu erobern, Piraten abzuwehren oder zwei Weltkriege auszufechten, die den blauen Himmel immer wieder grau erscheinen ließen. Ganz zu schweigen von den Menschen, die vor politischer Verfolgung und wirtschaftlicher Not flüchten und fürchten, dass die See ihr Grab werden könnte.

Die Geschichte besteht jedoch nicht immer nur aus Kummer und Verzweiflung. Es gab eine Zeit, in der die mediterrane Lebensart als Teil des heiligen Weges verstanden wurde, auf dem etwa ein muslimischer Pilger aus Algier über verschiedene Städte am Mittelmeer nach Mekka strebte. Die Händler aus Venedig und Damaskus, die sich im Hafen von Alexandria trafen. Der Syrer, der sich nach seiner Heirat entschloss, Tunis nicht zu verlassen, sondern sich dort niederzulassen. Der aufstrebende Student, der von der libyschen Küste nach Andalusien reiste, um seine Studien voranzutreiben.

VERZERRUNG VON ZEIT UND RAUM

Ich möchte damit nicht eine Utopie der Vergangenheit aufleben lassen, sondern betonen, dass die damals in wesentlichen Bevölkerungsgruppen viel weiter verbreitete Mobilität eine ganzheitliche Herangehensweise an das Mittelmeer ermöglichte; ganz anders als die Jetztzeit, die immer stärker durch Formen der Entfremdung gekennzeichnet ist.

Will man heutzutage von einer dynamischen mediterranen Lebensart sprechen, muss man über die fehlenden zwischenmenschlichen Kontakte nachdenken und den mutierten kapitalistischen Diskurs hinter sich lassen, der Individuen als Objekte betrachtet, die in den Urlaubsresorts Instagram-Fotos schießen und zumeist aus dem Norden stammen.

Zumindest teilweise begann die Entfremdung vor langer Zeit, als die Hafenzentren aus der Mode kamen, weil sich Mitte des 20. Jahrhunderts der Reiseverkehr auf See dramatisch verringerte, während gleichzeitig die Bedeutung der kommerziellen Fluglinien anstieg. Mit ihnen konnte jemand von

Athen nach Kairo reisen, ohne Alexandria zu berühren. Die einstmals kräftezehrende, aber rhythmische Abfolge von Ankunft und Abreise über See änderte sich radikal, wobei der Mensch die irdische Ordnung hinter sich ließ, sich über die See erhob und sich mit hoher Geschwindigkeit am Himmel bewegte. Dadurch wurden nicht nur Zeit und Raum verzerrt – die holistische Beziehung zwischen Mensch und Meer wurde gewissermaßen verfremdet und darauf beschränkt, in den Gewässern der eigenen Stadt zu schwimmen, anstatt sie zu durchqueren. Die einstmals vertrauten Szenen von Ankunft und Abschied in den Häfen wurden seltener. Der zivile Verkehr auf See beschränkte sich nunmehr auf Reisen von beschränkter Dauer und umweltschädliche Kreuzfahrten.

„ICH ERKENNE MEINE EIGENE STADT NICHT WIEDER“

In den 1990er-Jahren erholten sich die Hafenstädte wieder; auch Tanger und Alexandria, die durch Handel und Transnationalismus begünstigt wurden und – anders als die Hauptstädte, die in großem Umfang in die nationale Kultur investieren – kulturelle Experimente unterstützten, vorausgesetzt, sie ließen sich zu Geld machen. Diese neue mediterrane Welt fiel jedoch dem Washington-Konsens, den nordeuropäischen Banken, der Privatisierung, der Umweltzerstörung und den schädlichen Ausläufern der neoliberalen Moderne zum Opfer. Der Satz „Ich erkenne meine eigene Stadt nicht wieder“ wurde zum häufigen Mantra des neuen inneren Exils im Mittelmeerraum.

Die andere Art der Entfremdung ist auf Visavorschriften und die Tyrannei der Pässe zurückzuführen, ganz besonders an der südlichen und östlichen Küste. Wie ich bereits an anderer Stelle erklärt habe, „kann kein transnationales Mittelmeer-Projekt Wirklichkeit werden, wenn man sich unüberwindlichen Ungleichheiten im Hinblick auf Partnerschaften, die Sicherheit, die Bewegungsfreiheit und die Verpflichtungen gegenüber sieht“.¹

Ursprünglich habe ich mich hier zwar auf die Idee eines Gesellschaftsvertrags und Projekte im Mittelmeerraum bezogen – der Mangel an fairen Pass- und Visaregelungen führt jedoch nach wie vor zu Schiefen in den Ländern der Südhalbkugel, deren Bevölkerung sinnvolle Reisen und Kontakte in der Nachbarschaft sowie Wachstum vorenthalten werden. Dies ist nicht nur von Süd nach Nord offensichtlich; ein gebürtiger Italiener kann praktisch ohne großen Aufwand alle Länder Nordafrikas und der Levante bereisen, weil er kein Visum benötigt oder es bei seiner Ankunft leicht erwerben kann. Ein gebürtiger Ägypter kennt diese Welt nicht; Reisen sind zwar möglich, die Chancen einer Ablehnung durch das Konsulat sind jedoch hoch. Das postkoloniale Szenario ist auch mit Bezug auf Bruderländer im Süden der Welt unsicher. Im Endergebnis ist der Italiener in der Lage, sich mit der Region vertraut zu machen und sein Verständnis mediterraner Lebensart zu

erweitern, während der Ägypter in der Provinzialität seiner Vorstellung von dieser Lebensart gefangen bleibt. Die mediterrane Lebensart ist nicht nur eine soziale oder wirtschaftliche Frage, sondern sie ist letztendlich auch politischer Natur.

Vielleicht benötigt die mediterrane Lebensart einen begleitenden Diskurs über die Entwicklung einer mediterranen Anschauung, die mit stärker werdenden politischen Gedanken und Aktivitäten in einem gemeinsamen Raum jenseits der Märkte verbunden ist. Aktivisten und Organisationen sind sich der Ungleichmäßigkeiten nur allzu bewusst und versuchen, eine Philosophie oder einen Gesellschaftsvertrag, der auf Menschenrechten gründet, oder Klimaschutzinitiativen, die sich auf das pandemiebedingte Meiden von Langstreckenflügen zugunsten von Kurzreisen stützen, wieder zu beleben. Und dennoch: Als ein Mensch, der in zahllosen Sitzungen auf institutioneller Ebene Themen diskutiert hat, die sich auf das Mittelmeer beziehen, frage ich mich gelegentlich, wohin uns das alles führen soll. Der Schriftsteller und Aktivist Gianluca Solera, der sich für eine „Renaissance“ des Mittelmeers eingesetzt hat, weist darauf hin, alle Institutionen mit einem mediterranen Mandat litten unter „schädlichen Entwicklungsvorstellungen, denselben alten inhaltsleeren Beschlussfassungsmechanismen, demselben diskriminierenden Verständnis der Staatsbürgerschaft und derselben laxen Haltung gegenüber ihren Gründungswerten mitten in einer Krise, die zunächst politischer und kultureller Natur ist und dann erst wirtschaftlich“.²

MYTHOS EINER „RÜCKKEHR ZUM URSPRUNG“

Ermutigend ist das steigende Interesse am Mittelmeer, das von Organisationen, Kulturströmungen, Universitäten und internationalen Körperschaften genauso angetrieben wird wie von der Tatsache, dass das Mittelmeer sich selbst verkauft: Es ist eine metaphysische Blaupause und ein soziogeografischer Kreuzweg, der Jahrhunderte an Zivilisationen, Wissen, Handel, Religionen, Philosophien und Eheschließungen hervorgebracht hat. Gewissermaßen handelt es sich um den Mythos einer „Rückkehr zum Ursprung“, der auch die kälteste all jener kalten internationalen Bürokratien verzaubert, die sich mit dem Thema Mittelmeer beschäftigen.

Es bleibt dennoch die Frage, wie der oft trügerische Blick auf dieses Meer neu ausgerichtet werden sollte. Verschärft wird das Ganze durch die übermäßige Konzentration auf die Themen Sicherheit und Flüchtlingskrise, die wenig zur Lösung der Entfremdungsfrage beiträgt. Es bedarf eines demokratischen *Bottom-up*-Ansatzes, um die Tausende zeitgleicher Initiativen zu lenken, die Geschichten, die man sich erzählt, die Nächte, die man diskutiert, die Workshops und Lehrgänge und die stützenden Basisnetzwerke im ganzen Mittelmeerraum, also das, was nach Solera eine mediterrane

„Schattenregierung“ darstellt. 2019 nahm ich an einem Gipfeltreffen der *Friends of Europe* in Brüssel teil, bei dem von einem „Talentpass“ die Rede war, der nach wie vor als problematisch empfunden wurde; jedoch wurde zumindest die Frage der globalen Mobilität im Süden erkannt und von Aktivisten und Kulturschaffenden vorangetrieben.

Eine entpolitisierte mediterrane Lebensart verdient Respekt, aber wir sollten ihrem politischen Pendant auch gestatten, einen weiteren Weg aus dem Entfremdungsabgrund aufzuzeigen. In ihrer jetzigen Form handelt es sich bei der mediterranen Lebensart um ein unbestimmtes, fließendes, elastisches Konzept, das jedem etwas anderes bedeutet, jedoch auch durch die natürlichen Grenzen eines uralten Meeres bestimmt wird, wo Geschichte, Handel, Tourismus, kulturelle Bindungen und soziale Gerechtigkeit innerhalb größerer Narrative ineinanderfließen. Trotz des kulturellen Reichtums ist das innere Exil ein Phänomen unserer Zeit. Entfremdung inmitten wenig genutzter kultureller Bindungen ist kennzeichnend für den modernen mediterranen Lebensstil.

Als ich einmal an Wellenbrechern an Alexandrias Ufern vorbeikam, traf ich auf einen armen Jungen, der sehnsuchtsvoll auf das Meer blickte. Ich fragte ihn nach seinem Namen; er antwortete „Shaaban“. Ich fragte ihn auch danach, wovon er träume, wenn er älter geworden sei: „Pilot sein.“ Mir war klar, dass sich die Welt gegen ihn verschworen hatte, aber ich sagte ihm dennoch: „Ich hoffe, dass du Pilot wirst, Inshallah.“ Seine Antwort war ein breites Lächeln. Diese kleinen Augenblicke sind immer noch wichtig in unserer mediterranen Welt.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

¹ Ali Amro: „Re-envisioning civil society and social movements in the Mediterranean in an era of techno-fundamentalism“, European Institute of the Mediterranean, 25. Papier, Barcelona 2020, www.iemed.org/publicacions-en/historic-de-publicacions/papersiemed/25.-re-envisioning-civil-society-and-social-movements-in-the-mediterranean-in-an-era-of-techno-fundamental [letzter Zugriff: 25.05.2021].

² Gianluca Solera: *Citizen Activism and Mediterranean Identity. Beyond Eurocentrism*, Palgrave Macmillan, London 2017.

Im Kreuzfeuer globaler Mächte

—
Nahost und Nordafrika

KRISTINA KAUSCH

Senior Resident Fellow, The German Marshall Fund of the United States (GMF), Brüssel/Madrid, Forschungsschwerpunkte: Beziehungen Europas zu seiner Nachbarschaft und geopolitische Trends im Nahen Osten. Vor Eintritt in den GMF Mitarbeiterin des Carnegie Endowment for International Peace, des spanischen Thinktanks FRIDE, der Bertelsmann Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Beiträge und Kommentar unter anderem in der „New York Times“, „Financial Times“, „The Guardian“, „Político“, „El País“, „Middle East Eye“, „Tagesspiegel“ und „Süddeutsche Zeitung“.

Die weitere Mittelmeerregion – der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika – war oftmals eine Testbühne globaler geopolitischer Trends. In dieser Region, die durch ihre Nachbarschaft zu Europa, ihren Reichtum an Öl und Gas sowie die besondere Position Israels zentrale Interessen Europas und der Vereinigten Staaten berührt, vollzieht sich ein Wandel. Dieser Wandel ist einerseits sozialer, politischer und sozioökonomischer Natur, andererseits kommt er in den veränderten Beziehungen der MENA-Staaten (*Middle East & North Africa*, Nahost und Nordafrika) untereinander zum Ausdruck. Außerdem wandelt sich die Bedeutung, die die Region für externe, globale Mächte besitzt.

Die Vereinigten Staaten, deren Präsenz über Jahrzehnte durch die Abhängigkeit von Öl aus dem Persischen Golf geprägt war, sind seit 2011 Energie-Netto-Exporteur und können ihren Bedarf heute weitgehend durch Eigenproduktion decken. Damit ist Washington deutlich unabhängiger von den Golfstaaten als direkten Zulieferern – wenn auch nicht von ihrer Preispolitik. Auch die Zerschlagung des Islamischen Staates und der grundsätzliche Rückgang des Terrorismus in der US-Bedrohungswahrnehmung haben die Region auf Washingtons Prioritätenliste herabgestuft. Während die USA ihre direkten Interessen und Abhängigkeiten in der MENA-Region reduzieren konnten, ist Europa mit dem Ausbruch weiterer Krisenherde in der Mittelmeerregion und den damit verbundenen Sicherheitsrisiken abhängiger von den dortigen Entwicklungen geworden.

Der erwartete Rückzug der Vereinigten Staaten aus der ersten Reihe des aktiven Krisenmanagements hat unter alliierten Regionalmächten große Unsicherheit hervorgerufen und zu vorauseilenden Kompensationshandlungen geführt. Revisionistische Mächte wie Russland und die Türkei, deren Beziehungen zu Europa und den USA durch zunehmende Spannungen gekennzeichnet sind, haben die Chance des antizipierten Machtvakuum genutzt, um ihre Einflussbereiche zu erweitern und damit ihre Verhandlungsmacht gegenüber der Europäischen Union (EU) und den USA zu stärken. China, dessen Rolle in MENA bisher weitgehend auf wirtschaftliche Interessen beschränkt war, wird durch seine ökonomische Verflechtung zunehmend in eine politische Rolle gedrängt. Gleichzeitig verleiht die Zuspitzung des USA-China-Wettbewerbs um die globale Hegemonialstellung interessenkonzentrierten Brennpunkten wie der MENA-Region noch stärkere geopolitische Bedeutung.

POLITISCHER STILLSTAND UND UMSTURZ

Geopolitisch können die letzten zwei Jahrzehnte in der Region grob in drei Phasen aufgeteilt werden: Stillstand, Umsturz und multipolarer Wettbewerb.

Stillstand: Die Phase vor 2011 war von der Dominanz konservativer arabischer Staaten und weitgehendem politischem Stillstand geprägt. Autoritäre Regime, an der Macht gehalten von einer Mischung aus Patronage-Netzwerken, militärischem Rückhalt, ausländischer Entwicklungs- und Sicherheitskooperation und/oder dem Finanzpolster natürlicher Ressourcen, perpetuierten sich in einem Kreislauf orchestrierter Scheinwahlen, während ihre Bevölkerungen unter mangelnden politischen Rechten und sozioökonomischen Chancen litten. Regime-Eliten pflegten Allianzen in Europa und den USA, die mit Finanzhilfen, Waffenlieferungen und politischer Apologetik eine schützende Hand über ihre Protegés hielten. Im Gegenzug versprachen

diese Stabilität und Berechenbarkeit und kooperierten in Themen, die für die Patronatsstaaten von speziellem Interesse waren, wie etwa der freie Fluss des Öls und des internationalen Seeverkehrs, die Sicherheit Israels, der Kampf gegen den Terrorismus oder die Eindämmung des Einflusses des politischen Islam. Die Macht, die die schwelende Unzufriedenheit der Bevölkerung entfalten könnte, wurde in diesem Pakt weit unterschätzt.

Umsturz: Im Jahr 2011 brach der Damm mit den Volksaufständen des Arabischen Frühlings quer durch die arabische Welt. In einigen Fällen hebelten diese jahrzehntelang herrschende Regimes mit einem Mal aus, in anderen konnten die Eliten sich mit eiligen Konzessionen durch den Sturm retten; einige dieser Konfrontationen dauern bis heute an. Die Jahre danach waren durch Umstürze und daraus folgende bewaffnete Konflikte und Chaos geprägt. Schon nach kurzer Zeit wurde klar, dass die etablierten Eliten die Revolutionen nicht widerstandslos hinnehmen und die Umstürze nicht nahtlos in eine Hochphase arabischer Demokratie übergehen würden. Alte Eliten und ihre Klientel klammerten sich an die Macht und die damit verbundenen Privilegien. Macht- und Verteilungskonflikte mündeten in Kriege in Syrien, Jemen und Libyen. Als dies zunehmend Menschen zur Flucht nach Norden veranlasste, wandelte sich Europas Sympathie für die demokratischen Aspirationen ihrer arabischen Nachbarn in die Angst vor den destabilisierenden Nebeneffekten, die Ströme Asylsuchender/Flüchtender aus den benachbarten Kriegsgebieten auf Europas eigene innere Sicherheit und Kohäsion haben würden.

TAUZIEHEN UM MACHTPOSITIONEN

Multipolarer Wettbewerb: Seit Mitte der 2010er-Jahre ist die Region auf der Suche nach einem neuen regionalen Gleichgewicht. Dieser Wettbewerb wird vor allem von den opportunistischen Machtansprüchen der Regionalmächte befeuert, die in dem Führungsvakuum die Chance witterten, die eigene Position zu stärken und sowohl auf nationaler wie auf regionaler Ebene ihre jeweiligen Favoriten zu fördern und ihre Agenden voranzutreiben. Aber auch externe Mächte nahmen diese Gelegenheit wahr. Russlands Eintritt in den Syrienkrieg auf der Seite von Bashar al-Assad verhinderte einen Sieg der Assad-Gegner und verlieh Russland effektiv die Rolle eines Gatekeepers syrischer Flüchtlingsströme nach Europa. Zunehmend isolierte Regionalmächte wie Iran oder die Türkei versuchten ebenso, die der zerbrochenen Ordnung innewohnenden Chancen zum eigenen Vorteil zu nutzen. Obwohl der sukzessive von US-Regierungen angekündigte Rückzug der USA aus dem Nahen und Mittleren Osten sich bislang kaum mehr als verbal materialisiert hat, haben die Ankündigungen die Wahrnehmung in der Region geprägt, bei

langjährigen US-Alliierten Unsicherheit hervorgerufen und schwelende Spannungen verstärkt. Das Ergebnis dieses Tauziehens um regionale Machtpositionen ist offen. Wichtig für seinen Ausgang ist das Zusammenspiel globaler, regionaler und lokaler Konfliktarenen.

Die Rückkehr Russlands in die Region, der Eintritt Chinas und das halbherzige Verbleiben der USA sowie die expansive Einflussnahme der Regionalmächte um die beiden zentralen Konfliktachsen im machtpolitischen (Iran versus Saudi-Arabien) und vordergründig ideologischen (islamistisch versus konservativ-nationalistisch) Wettbewerb haben ein Spektrum an Akteuren und verwobenen Interessen geschaffen, das die Lösung von Konflikten zu einer großen Herausforderung macht. Alte und neue Konflikte sind durch den Eintritt externer Akteure zu Stellvertreterkonflikten geworden. Über die eigentlichen lokalen Konflikte, die sich im Kern meist um Ordnungsmodelle beziehungsweise nationale Macht- und Ressourcenverteilung drehen, legen sich zwei weitere Konfliktdimensionen: zum einen die des Wettbewerbs der Regionalmächte, die durch die Stärkung lokaler Stellvertreter die eigenen Favoriten und Interessen zu stärken suchen, zum anderen die der globalen Akteure, die im Nahen und Mittleren Osten einen Pool der Verhandlungsmacht in der globalen Kräfteverschiebung nutzen, während deren Schwerpunkt sich stetig vom transatlantischen Raum nach Asien verschiebt.

DAS VAKUUM ALS CHANCE

In Syrien wird diese dreidimensionale Schichtenkonstellation besonders deutlich. Dem ursprünglichen Konflikt – dem Kampf um Gerechtigkeit und Rechenschaft sowie um Legitimität und Regierungsstrukturen einer postrevolutionären syrischen Ordnung – sind Russland und die Regionalmächte Türkei und Iran opportunistisch beigesprungen. Die Türkei, die als direkter Nachbar ein legitimes Interesse an der Stabilität Syriens hat, witterte jedoch ebenso die Gelegenheit, sich durch militärische Expansion im Nordwesten und Osten Syriens die Kontrolle über die kurdischen Gebiete Syriens zu sichern. Ab 2015 wurde klar, in welchem Maße die nordwärts gerichteten Flüchtlingsströme – beziehungsweise die von ihnen erweckte Bedrohungswahrnehmung – die innere soziale und politische Stabilität Europas ins Wanken bringen kann. Daraufhin spielte die von Präsident Recep Tayyip Erdogans geführte Türkei ihre Karten gekonnt aus und ging 2016 ein Abkommen mit der Europäischen Union ein, das Ankara eine Schlüsselrolle für die europäische Sicherheit verlieh und seither von südlichen Mittelmeeranrainern als Blaupause erfolgreicher politischer Einflussnahme betrachtet wird.

Iran konnte in Syrien von seinen langjährigen Proxy-Partnerschaften profitieren und weitete seinen Einfluss gezielt durch Einspeisung pro-iranischer Milizen in die syrische Sicherheitslandschaft aus. Russland sprang

Syriens Diktator Assad zu einem Zeitpunkt bei, zu dem Moskau selbst wegen der rechtswidrigen Annektierung der Krim im Jahr 2014 international isoliert war. Als Assad Ende 2015 das Wasser bis zum Hals stand, trat Russland militärisch in den Krieg ein und stellte mittels Luftangriffen ein neues Gleichgewicht zugunsten des syrischen Regimes, seines langjährigen Klienten, her.

In Libyen haben die regionalen Akteure Ägypten, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei sowie Russland eine tragende Rolle beim Aufschaukeln des bewaffneten Konflikts gespielt. Gleichzeitig haben Frankreich und Italien jeweils im Alleingang gemäß ihren Wirtschaftsinteressen sich gegenüberstehende Akteure gestützt und damit im direkten Gegenlauf zu offiziellen EU-Positionen zur Verlängerung des Konflikts beigetragen. Ägypten, Algerien und Tunesien haben wiederum als Nachbarn begründete Sorge vor Sicherheits-Spillover; gleichzeitig waren Ägypten die Sicherheitsnarrative auch zur Diskreditierung islamistischer politischer Strömungen und Legitimierung interner autoritärer Tendenzen wohlfeil. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten stützen General Chalifa Haftar gegen eine vermeintlich islamistisch geprägte, von der Türkei und Katar getragene Übernahme Libyens. Russland hat mit der Entsendung privater militärischer Sicherheitskräfte und der Rekrutierung von Kämpfern aus Syrien seine regionale Einflussnahme über den Maghreb ausgebaut. Die Türkei trat im Januar 2020 erst spät direkt militärisch in den Libyenkonflikt ein – auf Drängen der belagerten Regierung in Tripolis, die sich kurz vor einer bewaffneten Übernahme durch Haftar sah und deren Hilfesuche an die Europäer auf taube Ohren gestoßen waren. Gleichzeitig sah sich die Türkei gerade durch ihren Ausschluss von einem neuen Bündnis der Gas fördernden Anrainer im östlichen Mittelmeer isoliert. Die Gunst der Stunde nutzend, ging Ankara ein Abkommen mit Tripolis ein, in dem de facto maritime Gasausbeutungsrechte in libyschen Gewässern gegen die Verteidigung Tripolis' durch türkische Truppen eingetauscht wurden.

MEHRSCHICHTIGE KONFLIKTE ERFORDERN MEHRSCHICHTIGE LÖSUNGSANSÄTZE

Die drei miteinander verbundenen Schichten – der eigentliche Lokalkonflikt, der Nachbarschaftsoportunismus und das Spannungsfeld globaler Transformation – machen Konflikte deutlich komplexer und damit schwerer lösbar. Ein ohnehin bereits komplizierter Lokalkonflikt wird umso verwobener, wenn seiner Lösung durch Stellvertreterkonstellationen weitere Spannungselemente vorgeschaltet werden, deren Ursache, Akteure und mögliche Lösungsansätze außerhalb der eigentlichen Konflikttopographie liegen. Wenn der Einfluss der externen Schichten konfliktentscheidend ist, dann müssen diese Dimensionen parallel angegangen werden, um etwaige Versuche zur Lösung des eigentlichen

Lokalkonflikts überhaupt gangbar zu machen. Mit anderen Worten: Ein mehrschichtiger Konflikt erfordert einen mehrschichtigen Lösungsansatz.

Derart verschachtelte Nachbarschaftsverhältnisse kommen der Europäischen Union denkbar ungelegen. Seitdem die Flüchtlingsströme aus Syrien 2015/16 in eine politische Krise in Europa gemündet haben, ist man sich darüber im Klaren, dass die Gewährleistung von Sicherheit sowie einem Minimum politischer und sozialer Rechte sowie Chancen im südlichen Mittelmeerraum im direkten europäischen Eigeninteresse liegt. Das altruistische Narrativ der 2010er-Jahre hat dabei dem pragmatischeren Bewusstsein Platz gemacht, dass die Sicherheit des Mittelmeers ein elektoraler Faktor in Europa ist, der das Potenzial besitzt, Gesellschaften zu spalten und die interne Kohäsion der Europäischen Union ins Wanken zu bringen.

Die USA haben deutlich und wiederholt signalisiert, dass Washingtons Tage als Feuerwehr der europäischen Nachbarschaft vorbei sind. Dies gilt insbesondere für Nordafrika und die Sahelzone, wo die USA – anders als im Golf oder in der Levante – kaum direkte Eigeninteressen haben. Der relative Rückzug der USA bedeutet, dass Europa mehr Eigenverantwortung für die Sicherheit und langfristige Stabilität seiner südlichen Nachbarschaft übernehmen muss.

ZÖGERLICHES EUROPA

Dass Europas Einflussmöglichkeiten jedoch stark begrenzt sind, liegt unter anderem auch daran, dass die Beschaffenheit und die Entscheidungsstrukturen der EU-Außenpolitik denkbar ungeeignet für rasches, dezidiertes Handeln und mutige Vorstöße sind. Dieses Defizit kommt in der MENA-Region besonders zum Tragen, da die Dringlichkeit der geografischen Nähe und das Zusammenprallen der verschiedensten lokalen, regionalen und globalen Akteure und Interessen auf engstem Raum besondere Weitsichtigkeit und Führungsstärke benötigen. Zudem hat die demokratische Krise innerhalb der Europäischen Union dazu geführt, dass undemokratische Spoiler wie Viktor Orbáns Ungarn in der Lage sind, wichtige Ratsentscheidungen im Dienste ihrer eigenen Agenda zu blockieren. Es überrascht daher nicht, dass EU-Krisenmanagement und -Konfliktmediation verstärkt in Ad-hoc-Koalitionen stattfinden, außerhalb des formellen EU-Rahmens. Konstellationen wie die P5+1/E3+3 (die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland, von europäischen Ländern oft als „E3+3“ bezeichnet), in der Frankreich, Deutschland und Großbritannien sowie EU-Vertreter in einer gemeinsamen Führungsrolle zum Abschluss des Nuklearabkommens mit Iran beitrugen, werden hier oftmals als Vorzeigemodell eines flexibleren und pragmatischeren europäischen Krisenmanagements hochgehalten.

Die Feststellung, dass die Europäische Union mit der Komplexität der außenpolitischen Herausforderungen im weiteren Mittelmeerraum aktuell überfordert ist, wird auf wenig Widerspruch treffen. Der Balanceakt, sich an globale Machtverschiebungen anzupassen, ohne dass die interne Politik aus dem Ruder läuft, führt derzeit zu Abschottung und nach innen gerichteter Aufmerksamkeit. Dieser Balanceakt wird für die politischen Entscheidungsträger Europas in den kommenden Jahren richtungsweisend bleiben. In der Mittelmeer-Ausprägung dieses Balanceakts herrscht derzeit in der europäischen Außenpolitik insgesamt reaktive Hilflosigkeit vor, die sich im Outsourcing von Migrationsmanagement an südliche Nachbarn und in floskeldurchwirkter Ohnmacht im Angesicht von aggressiver Machtpolitik, Bombenangriffen und Vertreibung ausdrückt.

Das Fenster für eine neue geopolitische Positionierung schließt sich – ein besonderes Augenmerk gilt hier China, der Türkei und Russland, die systematisch Abhängigkeiten schaffen, die später nur schwer rückgängig gemacht werden können. Bleibt zu wünschen, dass am Horizont ein erstarktes, mutigeres Europa vereint und selbstbewusst seinen Platz als konstruktive Regionalmacht im Mittelmeer einnimmt.

„Europa muss handlungsfähig werden“

Der deutsche Außenpolitiker Johann David Wadephul über den Nahostkonflikt, die Spannungen im östlichen Mittelmeer und Europas Verantwortung in der Mittelmeerregion

JOHANN DAVID WADEPHUL

Geboren 1963 in Husum, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Europarat im Deutschen Bundestag.

Der israelisch-palästinensische Konflikt, der seit über einem Jahrzehnt eingefroren war, ist nach der zwischenzeitlichen Eskalation wieder auf der Tagesordnung. Wie beurteilen Sie das als deutscher Außenpolitiker?



Foto: © Laurence Chaperon

Johann David Wadephul: Erstens ist man als deutscher Außenpolitiker zunächst einmal Deutscher und damit aufgrund unserer historischen Verantwortung eng an der Seite Israels. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat 2008 dazu in der Knesset den Maßstab gesetzt, indem sie sagte, dass das Existenzrecht und die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehören. Zweitens ist es richtig, dass der Konflikt lange geruht hat, aber er war immer da, wie er seit Jahrzehnten existiert und ungelöst ist. Das bedeutet drittens, dass wir uns alle wieder um eine grundlegende Lösung bemühen müssen, so schwer das auch ist. Ich glaube, das ist eine große Verantwortung für Europa, denn Amerika wird sich nicht mehr so stark engagieren, wie es das sonst seit dem Zweiten Weltkrieg getan hat.

Bisher hat es Europa immer wieder geschafft, eine gemeinsame Position zu finden. Dies scheint nun schwieriger zu werden.

Johann David Wadephul: Ich sehe das nicht so negativ, auch wenn ich mir mehr erhofft habe. Wir sind in einer Situation, wo ein einzelner Staat außenpolitisches Handeln der Europäischen Union verhindern kann. Das müssen wir institutionell überwinden, und bis dahin benötigen wir Führungspersonen, die außenpolitische Verantwortung übernehmen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat gesagt, sie führe eine geopolitische Kommission, also muss sie dem Anspruch ebenso wie ihr Außenbeauftragter und Ratspräsident Charles Michel auch gerecht werden. Ich glaube, Europa kann

mehr, als es jetzt tut. Europa ist eine starke „Soft Power“.

Das Nahost-Quartett – die Vereinigten Staaten von Amerika, Russland, die Vereinten Nationen und die Europäische Union – war lange inaktiv. Ist das noch ein Format, das aktiv mitwirken und einen nachhaltigeren Ansatz für Konfliktlösungen entwickeln kann? Ich denke dabei nicht an endgültige Lösungen.

Johann David Wadephul: Klar ist, eine endgültige Lösung im Nahostkonflikt wird dauern. Aber natürlich kann die Europäische Union da mitspielen. Sie muss es nur wollen, und das hängt am Ende an Führungspersonen, die das gestalten. Ich muss sagen, dass ich derzeit von den Repräsentanten der Europäischen Union enttäuscht bin und in der Zukunft mehr von ihnen erwarte. Europa war vor zehn, fünfzehn Jahren nicht einfacher, und trotzdem haben sich Jean-Claude Juncker und Federica Mogherini engagiert. Also, es geht!

In der Region Naher Osten und Nordafrika finden geopolitische und ökonomische Machtverschiebungen statt. Was macht Ihnen am meisten Sorgen?

Johann David Wadephul: Mir macht am meisten Sorgen, dass die staatlichen Strukturen der gesamten Region schwach und gefährdet sind und durch den islamistischen Terrorismus bedroht werden. Ich sehe derzeit nicht, dass es innerhalb der Staaten eine ausreichende Entwicklung gibt, den Terrorismus von den Wurzeln her effektiv zu bekämpfen und die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für Instabilität anzupacken.

Wenn Sie die Konfliktkonstellationen in der Region betrachten: Was wirkt besonders destabilisierend?

Johann David Wadephul: Das Problem ist, dass es nicht den einen Gegensatz, sondern so viele Gegensätze gibt. Natürlich gibt es Interessengegensätze in der Region zwischen Sunniten und Schiiten, zwischen Muslimen und Juden, zwischen Christen und Muslimen, zwischen dritten Mächten, die sich einmischen, wie Russland, China, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten. Es gibt nicht das eine Allheilmittel, um das zu beenden. Aber ich glaube, was Deutschland und Europa anfangen zu verstehen und beherrzigen müssen, ist, dass diese Region in ihrer positiven wie negativen Entwicklung einen unmittelbaren Einfluss auf uns hat, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Das hat die Flüchtlingskrise gezeigt.

Wir erleben in der Mittelmeerregion das Auftreten neuer Akteure – die Wiederkehr Russlands, die Neuaufstellung Chinas und den Einfluss regionaler Mächte. Wie kann Europa die eigene Relevanz wieder steigern?

Johann David Wadephul: Europa muss handlungsfähig werden. Jean-Claude Juncker hat einmal gesagt, weltpolitikfähig werden. Europa muss als außen- und sicherheitspolitischer Akteur handlungsfähig werden. Ich glaube, das ist entscheidend, und das ist eine gewaltige Aufgabe, vor der wir stehen.

Im östlichen Mittelmeer gibt es erhebliche Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland im Seegebiet um

Zypern. Deutschland versucht zu vermitteln. Erfolgreich?

Johann David Wadephul: Durchaus erfolgreich, weil wir auf beiden Seiten Vertrauen haben und gehört werden, weil wir ein ehrlicher Makler und weil wir gut informiert sind. Insofern glaube ich, dass wir einiges an Konfliktminimierung erreicht haben. Jetzt fehlt der nächste Schritt. Wir brauchen ein positives Arrangement, das für die Zukunft tragfähig ist. Auch hier gilt erneut: Das ist ein Konflikt innerhalb der Europäischen Union an ihrer unmittelbaren Grenze, der uns sehr viele Probleme bereiten kann, weil zwei EU-Staaten, Griechenland und Zypern, und die Türkei als NATO-Mitglied betroffen sind.

Können die Vermittlungsbemühungen der Bundesregierung eine Grundlage für die Versöhnung zwischen Griechenland und der Türkei sein?

Johann David Wadephul: Ich bin als Außenpolitiker Realist. Wir sind zurzeit damit beschäftigt, aktuelle Konflikte einzudämmen, und das ist uns relativ gut gelungen, weil die Türkei und Griechenland jetzt wieder Verhandlungen führen, die jahrelang unterbrochen waren. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Zypernkonflikt nicht schnell gelöst werden wird und die uralten Rivalitäten zwischen der Türkei und Griechenland durch ein Abkommen nicht verschwinden werden. Deshalb bleibe ich Realpolitiker und sage: Wenn es uns gelänge, einen Mechanismus zu finden, der Vertrauen auf beiden Seiten aufbaut und einen Interessenausgleich sichert, dann hätten wir viel erreicht.

Die Bundesregierung hat mit dem Modell des „Berliner Prozesses“ im Libyen-Konflikt eine erfolgreiche Initiative gestartet. Ist das eine Blaupause für ein künftiges deutsches Engagement in der Mittelmeerregion?

Johann David Wadephul: Ja, die Friedensbemühungen des Generalsekretärs und des Sondergesandten der Vereinten Nationen für die Beendigung des Konflikts in Libyen zu unterstützen, war ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Deutschland Verantwortung wahrgenommen und das getan hat, was es tun kann: seine Kontakte und seine Vertrauenswürdigkeit zu nutzen. Das können wir deshalb, weil wir bei einer Lösung dieser Konflikte keine eigenen Machtinteressen verfolgen. Das können wir auch an anderen Orten der Welt machen, und wir sind dazu auch bereit.

In der Mittelmeerregion gibt es auch positive diplomatische Initiativen, wie die Annäherungsversuche zwischen der Türkei und Ägypten und zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sowie die Normalisierungsbemühungen von einigen arabischen Staaten mit Israel. Wie kann die deutsche Politik das konstruktiv begleiten?

Johann David Wadephul: So etwas gelingt dann, wenn die jeweiligen politischen Führungen erkennen lassen, dass sie Interessenkongruenzen haben. Diese können wir mit aufzuzeigen versuchen. Ich würde aber auch sagen, Deutschland sollte realistisch bleiben und darf sich nicht überschätzen. Die Verständigung zwischen Israel und vielen arabischen Staaten ist nur gelungen, weil es hinreichend übereinstimmende Interessen und auch

amerikanischen Druck gab. Auch für die Verständigung zwischen der Türkei und Griechenland war amerikanischer Druck von Bedeutung gewesen. Wir als Deutsche können makeln und kommunizieren, aber den gleichen politischen Druck aufbauen können wir nicht.

Wir leben in einem Zeitalter von Real- und Interessenpolitik. Welche Bedeutung haben die freiheitlich-demokratischen Werte in den Beziehungen zu den Staaten der Mittelmeerregion?

Johann David Wadephul: Werte-Partner sind uns wichtiger als Staaten, mit denen wir nur Interessen teilen. Denn die Werte, für die wir eintreten, grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz gegenüber Andersgläubigen, das sind uns persönlich wichtige Werte. Es gibt viele Länder auf der Erde, die sie mit uns teilen, mit denen wir gemeinsam freundschaftlich und eng zusammenarbeiten. Das bedeutet nicht, dass man nur dann zusammenarbeiten kann, wenn diese Werte gewährleistet sind, das wäre illusionär. Aber es bedeutet natürlich, dass ein besseres, freundschaftlicheres und auch effektiveres Verhältnis besteht, wenn man diese Werte teilt. Wir sind im Gegensatz zu anderen Staaten, wie beispielsweise China, deswegen in der Lage, die Köpfe und Herzen in anderen Ländern zu erreichen und Vertrauen zu gewinnen.

Der europäische Partnerschafts- und Kooperationsansatz gegenüber der südlichen Nachbarschaft hat bisher nicht die erhofften Ergebnisse eingebracht. Der Barcelona-Prozess war ambitioniert, die Bilanz ist aber über-

schaubar. Nun gibt es eine neue Strategie der Europäischen Kommission. Setzt sie die richtigen Prioritäten?

Johann David Wadephul: Ich glaube, die Kommission ist sehr gut darin, große Ziele zu formulieren, aber sie ist nicht so gut darin, sie auch effektiv umzusetzen. Grundsätzlich ist bekannt, was man tun muss und mit wem man zusammenarbeiten kann. Ich glaube nur, dass wir die verschiedenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission besser zusammenführen müssen und dass dort eine einheitliche politische Leitung, ein wirklich gemeinsamer und kohärenter Ansatz, fehlt.

Wie kann eine positive Agenda für die europäische Nachbarschaft aussehen?

Johann David Wadephul: Ich meine, wofür stehen wir? Wir stehen für die Werte, die ich beschrieben habe, und in diesem Sinne für ein gutes Regieren und ein Regieren, das der Natur des Menschen entspricht. Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit entsprechen der Natur des Menschen, das ist unsere Überzeugung. Diktatur widerspricht ihr, und auch ein autoritäres System widerspricht dieser Natur.

Wie beurteilen Sie die allgegenwärtige Migrationsfrage und ihre Auswirkungen auf die Außenpolitik?

Johann David Wadephul: Zur Migrationsfrage besteht keine Einigkeit in Europa, das ist ein erhebliches Problem. Wir brauchen diese Einigkeit aber möglichst schnell. Da müssen beide Seiten aufeinander zugehen. Deutschland muss verstehen,

dass die Bereitschaft zur Aufnahme einwanderungswilliger Menschen in großen Teilen Europas, insbesondere im Osten, sehr viel geringer ist als bei uns. Und andere Länder Europas müssen begreifen, dass das, was wir an Migration haben, nicht allein im Wesentlichen durch wenige Länder abgefangen werden kann, sondern dass es auch eine Solidarität innerhalb Europas geben muss. Das wird einer der schwierigsten Prozesse für Europa. Wenn das schiefgeht, kann das Europa sprengen. Wenn es gut geht, kann es ein großes Erfolgsmodell werden. Denn wir haben ein demografisches Problem, eine gewisse Zuwanderung ist für ganz Europa nicht schlecht, aber sie muss konditioniert erfolgen, und zwar so, dass die Immigranten in die Gesellschaft integriert werden, und sie muss einhergehen mit einer großen Bildungsanstrengung.

Gab es in der Migrationsfrage in Europa Fortschritte oder tritt man noch auf der Stelle?

Johann David Wadephul: Deutschland hat Fortschritte gemacht, Europa tritt auf der Stelle. Es gibt einerseits in großen Teilen Europas keine Bereitschaft, mehr Einwanderung zu akzeptieren, andererseits besteht der Einwanderungsdruck fort. Und null Einwanderung kann man nicht garantieren, das ist auch nicht unbedingt wünschenswert.

Zehn Jahre nach dem Arabischen Frühling ist die Region geprägt von sozio-ökonomischen Krisen, die sich im Schatten der Pandemie noch verschärft haben. Was sind die größten Herausforderungen für die Staaten der arabischen Welt?

Johann David Wadephul: Ich glaube, dass die größte Herausforderung die Regierungsführung ist, also die Art und Weise, wie diese Staaten organisiert werden. In diesem Punkt muss man eine nüchterne Bilanz ziehen: Der Arabische Frühling hat außer in Tunesien bislang zu kaum nennenswerten Veränderungen geführt. Dennoch sind die Ideen der Menschen weiter da. Es entspricht der Natur des Menschen, dass er frei leben will, dass er mitbestimmen will, dass er seine Rechte wahrnehmen möchte. Jetzt besteht das eigentliche Kunststück darin, dass man diese Prozesse in den Ländern angeht, am besten mit einer Reform, weil sonst die Gefahr einer negativen Entwicklung besteht: Entweder gibt es noch einmal eine neue „Revolution“ oder einen so großen Frust, dass Terrorismus und Fundamentalismus immer mehr Zulauf bekommen.

Die neue US-Administration hat bereits mehrere Initiativen Richtung Nah- und Mittelost präsentiert. Welche Maßnahmen sind seitens Deutschlands und Europas gefordert, gemeinsam mit den USA Ziele zu verfolgen und westliche Werte wirksam zu vertreten?

Johann David Wadephul: Ich glaube, dass wir gemeinsam mit den Vereinigten Staaten agieren müssen. Ich glaube jedoch nicht, dass sich die Vereinigten Staaten im Nahen und Mittleren Osten in der Weise engagieren werden, wie das in früheren Jahren der Fall war. Die Amerikaner sind erstens auf sich und zweitens auf China beziehungsweise den indopazifischen Raum konzentriert. Und sie werden ihr Engagement in Europa und im Mittleren Osten bestenfalls auf dem Niveau halten, das sie jetzt haben, und es auf keinen Fall

verstärken. Deswegen: Wenn wir etwas erreichen wollen, dann ist Europa gefordert.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine Umfrage im Nahen Osten und in Nordafrika durchgeführt. Bei der Frage nach dem Ansehen europäischer Länder hat Deutschland am besten abgeschnitten. Darauf kann man aufbauen. Ist die deutsche Außenpolitik bereit?

Johann David Wadephul: Ich kann das nur für meine Partei und Fraktion sagen: Ja, wir werden unseren Beitrag dazu leis-

ten, dass Deutschland eine konstruktive Rolle übernimmt; nicht, weil wir eine beherrschende Rolle für Deutschland wollen, sondern weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass, wenn Deutschland das nicht macht, wenige andere dazu bereit und in der Lage sind und wir am Ende in Europa und in Deutschland darunter leiden würden.

Das Gespräch führte Canan Atilgan, Leiterin der Abteilung Naher Osten und Nordafrika, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, am 19. Mai 2021.

SPOTLIGHTS

Erfahren Sie
mehr über das
Auslandsbüro
in Israel.

Allgegenwärtiger Konflikt

Energieerzeugung, Wasseraufbereitung und die gefährdete Sicherheit in Israel

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, Leiter des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Jerusalem.

Auch wenn Israelis gern davon sprechen, dass ihr Land Zugang zu vier Meeren habe, ist das eigentliche „israelische“ Meer das Mittelmeer. Denn zwei der vier Meere, das Tote Meer und das Meer Galiläas, der See Genezareth, sind Binnen-

gewässer, und der Zugang zum Roten Meer beschränkt sich auf die knapp zwölf Kilometer lange Küstenlinie um Eilat.

Das Mittelmeer dagegen grenzt von Aschkelon im Süden bis Rosh HaNikra im Norden auf einer Länge von 197 Kilometern an den jüdischen Staat. Es ist die einzige Grenze des Landes, die seit dem Unabhängigkeitskrieg unumstritten war. Zudem ist das Mittelmeer bis heute einer der wenigen Zugangswege zum Staat Israel. Die Grenzen zum Libanon und nach

Syrien sind geschlossen, und trotz der Friedensverträge ist der Transit nach Ägypten und Jordanien äußerst mühsam. Die wirklichen Tore zur Welt sind damit neben den Flughäfen in Tel Aviv und Eilat vor allem die großen Seehäfen in Haifa und Ashdod. Hier werden jährlich knapp 45 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen, rund drei Millionen Container verladen. Auch wenn die Seefahrt für den Personenverkehr heute eine untergeordnete Rolle spielt, sind die Häfen mit der Erinnerung als Symbole für die jüdische Einwanderung nach Israel, von den frühen Zionisten über die Verfolgten des Nazi-Regimes bis zu den Displaced Persons nach Kriegsende, verbunden. Letzteres ist auch für Millionen westlicher Zuschauer durch den Roman *Exodus* von Leon Uris und den gleichnamigen Film über die Entstehungsgeschichte Israels in Erinnerung geblieben.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Meeres ist nicht auf den Güterverkehr und den Fischfang beschränkt. Auch für die Energieversorgung spielt das Mittelmeer eine Rolle, seit 2010 große Gasfelder vor der Küste entdeckt worden sind. Die Klage der einstigen Regierungschefin Golda Meir, der zufolge Gott sein Volk in das einzige Land des Nahen Ostens ohne Ölvorkommen geführt habe, bleibt damit zwar bestehen, aber erstmals in seiner Geschichte kann sich das Land nicht nur selbst mit fossilen Brennstoffen versorgen, sondern diese sogar exportieren.

TERRORHERRSCHAFT DER KORRUPTEN HAMAS

Israel litt seit seiner Staatsgründung 1948 nicht nur an knappen Energieresourcen, sondern auch an Wassermangel. Jahrzehntlang wurde der Wasserstand des Sees Genezareth sogar in den Nachrichten durchgegeben und war bei einem niedrigen Pegel Grund zu tiefer Besorgnis. Auch dieses Problem ist inzwischen weitgehend gelöst, ebenfalls dank der Lage am Mittelmeer: Entsalzungsanlagen, die entlang der Küste operieren, produzieren inzwischen 55 Prozent des israelischen Trinkwassers.

Ökonomisch bedeutend ist das Meer darüber hinaus für den Tourismus. Die warmen Temperaturen, die mitunter sogar im Dezember das Baden erlauben, locken Urlauber an die zahlreichen Strände des Landes. Insbesondere in Tel Aviv finden sie Wasserspaß und Partyszene in einem. Bars und Restaurants säumen die Strände und laden dazu ein, direkt vom Beachvolleyball zur Piña Colada zu wechseln. Es ist das lebensfrohe, unbekümmerte Gesicht Israels, das sich an den Stränden Tel Avivs präsentiert. Nur die Anwesenheit von Reservisten, die ihr Schnellfeuergewehr auch in der Strandbar bei sich tragen müssen, ruft die angespannte Sicherheitslage in Erinnerung. Sie macht deutlich, dass die Probleme des Landes nicht weit sind. Nur dreißig Kilometer weiter östlich beginnt das Westjordanland, das Israel seit nunmehr 54 Jahren unter Bruch diverser völkerrechtlicher Normen besetzt hält.

Auch am Mittelmeer selbst ist der Konflikt allgegenwärtig. Ganz im Süden der Küste liegt der Gazastreifen, den Israel 2005 geräumt hat. Seit 2007 herrscht dort die Hamas, die regelmäßig die umliegenden israelischen Ortschaften mit Raketen bombardiert. Israel seinerseits hat eine Blockade verhängt, die ein- und ausgeführte Waren streng limitiert und nur wenigen Bewohnern des Gazastreifens die Ausreise erlaubt. Auch Luft- und Seeraum unterliegen der israelischen Kontrolle. Aber weder die langanhaltende Blockade noch zahlreiche bewaffnete Auseinandersetzungen, darunter vier Kriege, haben den Griff der Hamas um den Gazastreifen lockern können. Der massive Raketenbeschuss der Hamas aus dem Gazastreifen im Mai 2021 hat gezeigt, dass Israels Sicherheitslage ständig gefährdet ist. Die Terrorherrschaft der korrupten Hamas und die Blockade zusammen haben die humanitäre Lage unerträglich gemacht – mit gravierenden Folgen auch für Israel.

VERHANDLUNGEN ÜBER DEN VERLAUF DER SEEGRENZE

Weil Gaza nur wenige Stunden am Tag elektrischen Strom hat, stehen die Kläranlagen meistens still, und Millionen Liter ungeklärten Abwassers fließen ins Mittelmeer. Bei Nordströmung treiben sie an die israelischen Strände. Auch die große Entsalzungsanlage in Ashkelon musste bereits wiederholt abgeschaltet werden. Anders als das Galiläische Meer hat das Mittelmeer zahlreiche Anrainerstaaten, und die meisten maritimen Fragen lassen sich nur in Abstimmung und Zusammenarbeit lösen.

Dass dies möglich ist, darauf deuten die momentanen Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den genauen Verlauf der Seegrenze hin. Die beiden Staaten, die in den letzten vierzig Jahren zwei blutige Kriege gegeneinander geführt haben und die so verfeindet sind, dass selbst Ausländer lieber zunächst von Tel Aviv nach Berlin und dann mit neuem Ticket weiter nach Beirut fliegen, um ihre Einreiseerlaubnis nicht zu gefährden, sind offensichtlich dennoch in der Lage, pragmatisch miteinander ins Gespräch zu kommen. Das macht Mut für die weitere Zusammenarbeit im Mittelmeerraum.

Nicht unmöglich, aber mühselig

Demokratisierung in der südlichen Mittelmeerregion

ABOUBAKR JAMAÏ

Geboren 1968 in Rabat (Marokko), Journalist, Dekan und Professor, School of Business and International Relations, Institute for American Universities (IAU College), Universität Aix-Marseille, 1997 bis 2007 Herausgeber der marokkanischen Wochenzeitungen „Le Journal hebdomadaire“ und „Assahifa Al Ousbouiya“. 2003 ausgezeichnet mit dem „International Press Freedom Award“ des Komitees zum Schutz von Journalisten. Während des „Arabischen Frühlings“ 2011 Gründung des webbasierten Nachrichtendienstes „Lakome.com“.

Man ist sich nicht ganz einig, aber beinahe: Der Arabische Frühling ist fehlgeschlagen. Von den etwa zwölf Ländern, in denen sich ab Ende der 2010er-Jahren Aufstände ereigneten, hat nur Tunesien den Status einer Demokratie erworben. Ägypten ist zu einer autoritären Regierungsform zurückgekehrt. Schlimmer noch: Syrien, der Jemen und Libyen sind *failed states* und Brutstätten des Extremismus. Das hat nicht nur politische Konsequenzen.

Die Volkswirtschaften der Region mussten für den Arabischen Frühling einen gigantischen Preis entrichten: Laut eines Berichts der Vereinten Nationen (*United Nations*, UN) von 2016 belief sich der wirtschaftliche Verlust

auf 614 Milliarden US-Dollar beziehungsweise sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Was zur fünften Welle der Demokratisierung hätte werden können, verläuft sich offensichtlich wieder. Warum? Es zeugt von der Komplexität des Problems, dass man sich in einigen Fällen wieder längst diskreditierten kulturalistischen Rechtfertigungen zugewandt hat. In einem Kommentar zum Sturz des demokratisch gewählten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi behauptete ein Kolumnist der *New York Times* im Juni 2013 sogar, den „Ägyptern fehlen die geistigen Zutaten für eine Demokratie“.

Sind die Bürger der Region tatsächlich resistent gegen demokratische Werte? Die Geschichte lehrt uns, dass in der gesamten Region ernsthafte Versuche unternommen wurden, demokratische Systeme einzuführen. In ihrem faszinierend revisionistischen Überblick über die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg *How the West Stole Democracy from the Arabs*. *The Syrian Arab Congress of 1920 and the Destruction of its Historic Liberal-Islamic Alliance* zeigt die Historikerin Elizabeth Thompson, wie nahe Großsyrien 1920 daran war, die bis dahin demokratischste Verfassung in der Region zu etablieren. In einer berühmten Szene in dem Film *Lawrence of Arabia* werden die Teilnehmer an den syrisch-arabischen Gesprächen in Damaskus nach dem Sieg über die Osmanen als ignorante Schläger dargestellt; die Gespräche selbst seien hoffnungslos anarchisch gewesen. Thompsons Forschung weist nach, wie orientalistisch diese Darstellung in dem vielfach preisgekrönten Film war. In Wirklichkeit waren die meisten Teilnehmer gewählte Volksvertreter, die eine säkulare, demokratische Verfassung zustande brachten.

POLITISCHE LIBERALISIERUNG

Mit dem Dokument wurde eine parlamentarische Monarchie eingerichtet, zu der die Gewaltenteilung ebenso gehörte wie der Schutz von Grundrechten. Bemerkenswert ist im Lichte der aktuellen Debatten über die Demokratisierung in der Region, dass das konservative, islamistische Lager keine Probleme mit der säkularen Natur des Dokuments hatte. Nach seiner Ansicht waren die Bestimmungen über Gleichheit und Gerechtigkeit durchaus geeignet, um mit dem Islam konform zu gehen. Dieser Prozess wurde durch die französische Invasion in Syrien im Juli 1920 unterbrochen.

Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre gab es zwar in der Region keine Demokratisierung, jedoch eine politische Liberalisierung. In Jordanien gelten die Wahlen von 1989 als die fairsten und transparentesten überhaupt. 1991 berief König Hassan II. in Marokko einen Rat für Menschenrechte ein, und die meisten politischen Gefangenen wurden begnadigt. Im November 1987 wurde der Sturz Habib Bourguibas durch Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien als erster Schritt in Richtung Demokratie gefeiert.

Ironischerweise ist das Land mit dem demokratischsten Wandel auch dasjenige, in dem die autoritäre Gegenreaktion so katastrophal ausfiel, dass der Rückschlag über die Grenzen fühlbar wurde. 1988 änderte Algerien seine Verfassung in Richtung eines Mehrparteiensystems. 1992 annullierte das Militär das neue Wahlverfahren: Die Erfolge der Islamischen Heilsfront (*Islamic Salvation Front*, ISF) bei den Gemeindewahlen 1990 und bei den Parlamentswahlen 1991 dienten dafür als Vorwand mit der Begründung, die ISF werde ihre Vorrechte dazu verwenden, den Staat zu kapern, die Demokratie zu stürzen und ihre Gegner zu unterdrücken. Der Staatsstreich führte zu einem blutigen Bürgerkrieg mit über 100.000 Opfern. Diese katastrophalen Entwicklungen trugen wesentlich dazu bei, eine Bewegung ihrer Durchschlagskraft zu berauben, die man als Prototyp des Arabischen Frühlings bezeichnen könnte.

SCHWÄCHUNG DER AUTORITÄREN ELITEN

Durch das Ende des Kalten Krieges, die erdrückende Wirtschaftskrise der 1980er-Jahre sowie die dadurch ausgelösten Aufstände wurden die autoritären Eliten geschwächt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sie sich hauptsächlich aufgrund ihrer Fähigkeit an der Macht gehalten, den sozialen Frieden mithilfe relativ großzügiger Subventionen und staatlicher Beschäftigungsangebote zu wahren. Auch profitierten sie von etwas, das Politologen als „geostrategische Rendite“ bezeichnen. Der Kalte Krieg ermöglichte es ihnen, sich durch den Anschluss an eine der beiden Supermächte deren politische und wirtschaftliche Unterstützung zunutze zu machen. Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre brachen diese beiden Säulen des Autoritarismus zusammen. Die autoritären Regime der Region zögerten, wenn auch nicht lange. Viele passten sich an und setzten sich etwas weniger repressive politische Ziele. Meist überlebten sie durch Erneuerung ihrer geostrategischen Rendite: Anstelle der Bekämpfung des Kommunismus erhoben sie die Bekämpfung des Islamismus oder Terrorismus zu ihrer „Dienstleistung“ für die übrige Welt, insbesondere für die westlichen Staaten. Menschenrechtsverletzungen wurden mit Hinweis auf die Bekämpfung des Terrorismus gerechtfertigt. Der algerische Bürgerkrieg mit seinen grauenhaften terroristischen Massakern sowie der Aufstieg der Al-Qaida leisteten zum Erhalt autoritärer Regierungssysteme und zu deren Rationalisierung einen erheblichen Beitrag.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht passten sich die autoritären Eliten an. Die Richtlinien des Washingtoner Abkommens, die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt und oftmals auch aufgezwungen wurden, erlaubten ihnen nicht, öffentliche Gelder einzusetzen, um sozialen Frieden zu kaufen. Die Eliten nutzten die Aufforderung, den Privatsektor zu fördern, derart zu ihrem Vorteil, dass sie buchstäblich selbst

mitsamt ihren Familien zu ebendiesem Privatsektor wurden. Die Mubaraks in Ägypten und die Ben Alis in Tunesien sind Paradebeispiele für die Okkupation des Privatsektors. Anstatt einer Förderung des Schumpeter'schen Unternehmertums brachten die sogenannten liberalen Reformen mafiaähnliche Eliten hervor, ermöglicht durch die Komplizenschaft der westlichen Verbündeten, der Weltbank und des IWF. Um die herrschenden Eliten bei der Stange zu halten, bestanden die internationalen Partner nicht auf der Schaffung adäquater politischer Institutionen, die die Liberalisierung der regionalen Volkswirtschaften hätten unterstützen können.

Der Arabische Frühling ereignete sich zu einem Zeitpunkt, als diesem „letzten Trick“ die Luft ausging. Eine von Rentenökonomie geplagte Volkswirtschaft ist suboptimal, weil sie Mittelmäßigkeit belohnt. Es bildete sich kein authentisches Unternehmertum, um die Volkswirtschaften umzugestalten, sie international konkurrenzfähiger zu machen und – wichtiger noch – Arbeitsplätze zu schaffen. Die Demografie war keine große Hilfe. Zwar waren die Geburtenraten seit Beginn der 1990er-Jahre stark zurückgegangen, aber aufgrund ihres vorherigen schnellen Wachstums stand am Anfang des neuen Jahrhunderts eine aufgeblähte Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde zu einem großen Problem. Der Arabische Frühling war eine direkte Folge dieser strukturellen Mängel.

Die Bedingungen, die zur Aufstandswelle 2010 und 2011 geführt haben, sind für das Verständnis der aktuellen Situation in der Region und ihren autoritären Rückfall von entscheidender Bedeutung. Solange das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht gelöst ist, bleibt die Instabilität bestehen. Diejenigen, die es eilig hatten, den Arabischen Frühling zu begraben, sollten den Aufstand in der Rif-Region in Marokko 2017 und die unerbittlichen Demonstrationen gegen die algerische Regierung seit Februar 2019 nicht aus dem Blick verlieren.

DEMOKRATISIERUNG GILT ALS UNERREICHBAR

Eine weitere Lektion aus den jüngsten Demokratisierungsbestrebungen in der Region ergibt sich aus der vermeintlichen Unmöglichkeit eines Kompromisses zwischen dem weltlich-progressiven und dem islamistisch-konservativen Lager. Manche behaupten, der Autoritarismus sei deswegen unvermeidlich, weil er die unüberbrückbare Kluft und die gewalttätige Konfrontation zwischen diesen beiden Lagern in Schach hält. Die besten Beispiele hierfür seien der algerische Bürgerkrieg in den 1990er-Jahren und die Situation in Ägypten nach dem Arabischen Frühling, so die Behauptung.

Für den Erfolg eines Demokratisierungsprozesses sind umfassende Abmachungen zwischen feindlichen ideologischen Lagern unabdingbar. Das beinhaltet eine Vereinbarung über ein System, in dem die Mehrheit unter den

Bedingungen verfassungsrechtlicher Bestimmungen, die die Grundfreiheiten und Minderheitenrechte schützen, regiert.

In der MENA-Region (*Middle East & North Africa*, Nahost und Nordafrika) gilt die Demokratisierung als unerreichbar, weil derart weitreichende Abmachungen nicht in Sicht sind. Die Standardargumentation gründet auf zwei Behauptungen. *Erstens*: Islamistische Parteien sind populärer als ihre säkularen Gegner. *Zweitens*: Sie lehnen grundlegende Freiheiten und Rechte ab. Wenn man es ihnen ermöglicht, Wahlen zu gewinnen und die Hebel der Macht zu ergreifen, werden sie dies dazu nutzen, Grundfreiheiten zu beschneiden. Mit anderen Worten: Es drohen autoritäre Eliten. Diese Behauptung ist übertrieben.

Weil Autoritarismus ohne eine solche Abmachung floriert, strengt er sich an, sie zu verhindern. Indem er seine Gegner unterdrückt, stärkt er die radikalsten Elemente unter ihnen, diejenigen, die am wenigsten geneigt sind, dem anderen Lager Zugeständnisse zu machen. Indem er die Rede- und Pressefreiheit attackiert, nimmt er der Gesellschaft die Öffentlichkeit, in der Debatten und Gespräche stattfinden können, die zu einer solchen weitreichenden Abmachung führen können. Unter einem autoritären Regime wird die Unmöglichkeit einer weitreichenden Abmachung zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

PROTEST – FRIEDLICH UND INKLUSIV

Kann die Demokratie dort Erfolg haben, wo der Autoritarismus versagt hat? Kann sie eine effiziente Wirtschaftspolitik hervorbringen, die Arbeitsplätze schafft? Kann sie eine friedliche gesellschaftliche Modernisierung und die politische Stabilität fördern?

In Tunesien hat der – zugegebenermaßen nicht perfekte – Übergang zur Demokratie teilweise deswegen stattgefunden, weil die wichtigste islamistische Bewegung, die *Ennahda*, bereits vor dem Arabischen Frühling mit den weltlichen, demokratischen Eliten des Landes eine solche Abmachung getroffen hatte. Auch der zuvor erwähnte abgebrochene Verfassungsprozess hat bereits 1920 zu einer ähnlichen weitreichenden Vereinbarung geführt. Tatsächlich gilt das auch für Algerien, nämlich im Verlauf des Friedensprozesses von Sant'Egidio 1995, als sich die Führer der Islamischen Heilsfront mit einer Vielzahl weltlich orientierter Parteien auf eine weltliche Verfassung einigten.

Etlche Umfragen belegen, dass eine robuste Mehrheit in den Regionen der Demokratie anhängt.¹ Entscheidend ist, dass die meisten Bürger eine politische Führung durch religiöse Kleriker ablehnen. Bemerkenswert an den jüngsten Aufständen in Algerien und Marokko ist, wie friedlich und inklusiv sie sind. Die Forderungen der Demonstranten beziehen sich auf gute Regierungsführung, die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und die

Bekämpfung der Korruption. Gewalt wird ebenso abgelehnt wie die Diskriminierung von Frauen und Minderheiten.

Bemerkenswert ist, dass die Länder, in denen Bürgerkriege ausgebrochen sind, in Wahrheit Kriegsschauplätze für regionale und globale Mächte darstellen. Dabei werden sektiererische Konfrontationen meist durch Nachbarländer aufgeheizt, die ihre eigenen Ziele durchsetzen wollen. Die Gewalt im Jemen, in Syrien und in Libyen hat viel mit der Einmischung der Saudis, Emiratis, Iraner, Russen, Türken und so weiter zu tun. Örtliche Gruppen werden zu Schachfiguren in Konflikten, die kaum eine Beziehung zu den wirklichen Problemen haben.

WIRTSCHAFTSPROBLEME ADÄQUAT ANGEHEN

Die Erfolgchancen der Demokratisierung steigen, sobald die Lösung von Wirtschaftsproblemen adäquat angegangen wird. Tatsächlich definiert die Mehrheit der Bürger Demokratie anhand ihrer greifbaren wirtschaftlichen Ergebnisse: Gleichstellung geringer Einkommen und die Versorgung von Grundbedürfnissen. Nur wenige definieren sie durch ihre verfahrenstechnischen Aspekte: die Möglichkeit, Führungspersönlichkeiten durch einen Abstimmungsprozess zu ersetzen, oder die Freiheit, Machthaber zu kritisieren. Das ist nichts Ungewöhnliches. Hätten wohl die südeuropäischen Länder Anfang der 1970er-Jahre oder die osteuropäischen Länder nach dem Ende des Kalten Krieges ohne die Unterstützung und Verlockung des Projekts Europa relativ friedlich die Demokratie eingeführt? Die internationale Gemeinschaft und besonders die Europäische Union könnten dem Demokratisierungsprozess in der MENA-Region weiterhelfen, indem sie ihn greifbarer und glaubwürdiger als 2011 und danach unterstützen.

Kurz gesagt: Demokratisierung ist ein mühseliger Prozess, auch in der MENA-Region. Rückschläge sind vorprogrammiert. Die gute Nachricht ist, dass die Gesellschaften über wichtige Werte für eine erfolgreiche Demokratisierung verfügen. Zudem wurde die Alternative bereits getestet – ohne Erfolg.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Gernersheim

¹ What Arab Publics Think: Findings from the Fifth Wave of Arab Barometer, Princeton University, Januar 2020, www.arabbarometer.org/publication/what-arab-publics-think-findings-from-the-fifth-wave-of-arab-barometer [letzter Zugriff: 20.05.2021].

Energie und Frieden

—
Der Gasstreit im östlichen Mittelmeer

MICHAËL TANCHUM

Professor für Internationale Beziehungen, Universität Navarra (Spanien), Senior Fellow, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES), Wien, Fellow am „Truman Research Institute for the Advancement of Peace“, Hebrew University, Israel, und am „Centre for Strategic Policy Implementation“, Başkent University in Ankara (Baskent-SAM), Türkei.

Im östlichen Mittelmeer haben 2020 weltpolitische Wendepunkte stattgefunden, die im Frühjahr 2021 zu einer diplomatischen Annäherung der Türkei an Ägypten und Israel führten. Vor der COVID-19-Pandemie trug die multilaterale Zusammenarbeit bei der Vermarktung von Erdgas in Form von Flüssiggas (*Liquid Natural Gas*, LNG) im östlichen Mittelmeer zur Eskalation der Spannungen bei. Heute könnte eine sinnvolle energiepolitische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und

ihren Nachbarn ein bedeutendes Ärgernis aus der Welt schaffen, das die Territorialstreitigkeiten zwischen Griechenland, Zypern und der Türkei verschärfte, und dazu beitragen, wachsende Spannungen im östlichen Mittelmeer abzubauen.

Zwischen 2015 und 2020 wandelte sich bedingt durch Offshorevorkommen von Erdgas die Bedeutung der Territorialstreitigkeiten zwischen Griechenland, Zypern und der Türkei von einer lokalen Angelegenheit zu einem allgemeineren Konflikt, in dem fließende weltpolitische Bruchlinien zwischen Europa, dem Nahen Osten und Nordafrika zusammenlaufen. Diese Entwicklung begann im August 2015 mit der sensationellen Entdeckung des Erdgasfeldes von Zohr vor der ägyptischen Küste, des größten Erdgasfonds im östlichen Mittelmeer. Der italienische Großkonzern Eni, der Zohr entdeckt hat, ist die treibende Kraft bei der Erdgasexploration vor Zypern und Hauptanteilsigner an einer der beiden Verflüssigungsanlagen in Ägypten. Nach dem Fund von Zohr warb Eni für den Plan, das zypriotische, ägyptische und israelische Gas zusammenzulegen und die ägyptischen Verflüssigungsanlagen dazu zu verwenden, das Gas aus der Region kostengünstig als LNG zu vermarkten.¹

KANONENBOOTDIPLOMATIE IN ZYPRIOTISCHEN GEWÄSSERN

Der Plan war geopolitisch umstritten, da er die Türkei aus der Vermarktung der Gasvorkommen ausschloss und damit ihr Ziel untergrub, zu einer Drehscheibe für den Erdgastransport aus dem Mittleren Osten und dem Kaspischen Becken nach Europa zu werden. Des Weiteren wandte sich Ankara gegen den andauernden Ausschluss der türkischen Zyprioten von der Erschließung der Offshore-Erdgasvorkommen. Bereits 2018 führten Erdgasfunde vor Zypern zu einer beschleunigten Vermarktung über Ägypten. In Ermangelung anderer Mittel entschied sich die Türkei für eine „Kanonenbootdiplomatie“, um ihr Missfallen darüber zum Ausdruck zu bringen. Ankara begann seine außenpolitischen Zwangsmaßnahmen damit, ein Bohrschiff der Firma Eni mithilfe der Marine daran zu hindern, sein Ziel in zypriotischen Gewässern zu erreichen.²

Entgegen den Absichten der türkischen Regierung führten diese Aktionen lediglich dazu, dass Zypern, Ägypten, Israel und Griechenland sich zu einer noch engeren Zusammenarbeit entschlossen. Die Chancen der Türkei, die eigenen Interessen mithilfe einer gemeinsamen Front der Erdgasproduzenten aus der Region und aus Griechenland verteidigen zu können, schwanden weiter. Aus dieser Konstellation erwuchs eine Reihe miteinander verbundener Sicherheitspartnerschaften, die in zunehmendem Maße von Italien, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt werden.

Nach dem Zusammenstoß mit der türkischen Marine 2018 ging Eni für sämtliche Operationen in Zypern eine Partnerschaft mit dem französischen Energieriesen TOTAL ein. Daraufhin schickte die Türkei 2018 und 2019 vier eigene Erschließungs- und Bohrschiffe – begleitet von einer Marineeskorde – in die umstrittenen Gewässer um Zypern. In der Folge verstärkte Frankreich, das Ägyptens drittgrößter Waffenlieferant ist und eine Marinebasis in den Vereinigten Arabischen Emiraten unterhält, seine Zusammenarbeit mit Zypern und Griechenland. Auch erfreut sich Frankreich bedeutender Sicherheitspartnerschaften mit den Rivalen der Türkei im Nahen Osten, nämlich mit Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Mit beiden Staaten kooperierte Frankreich zur Unterstützung der Streitkräfte von General Chalifa Haftar in Ostlibyen gegen die von Ankara unterstützte westlibysche Regierung der Nationalen Übereinkunft (*Libyan Political Agreement, LPA*).

Die Türkei, die einer Reihe europäischer und nahöstlicher Akteure gegenüberstand, sah dadurch wiederum ihren künftigen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der gesamten Mittelmeerregion gefährdet. Die multilaterale Energiekooperation unter den regionalen Widersachern der Türkei wurde 2020 mit der Gründung des *Eastern Mediterranean Gas Forum* (EMGF), einer internationalen Organisation zur Entwicklung des Erdgassektors mit Hauptsitz in Kairo, durch Italien, Ägypten, Griechenland, Zypern, Israel, die Palästinenserbehörde und Jordanien formalisiert. Im März 2021 wurde Frankreich als Mitglied in diese Organisation aufgenommen; die USA erhielten den Status eines permanenten Beobachters. Die Türkei blieb von der sogenannten Gas-OPEC im östlichen Mittelmeer ausgeschlossen.

SEEKRIEGSTAKTIK GEGEN GRIECHENLAND

Um aus ihrer Isolation auszubrechen, schloss die Türkei gegen Ende 2019 eine Vereinbarung zur Grenzziehung auf See mit der LPA-Regierung in Tripolis und verkehrte damit den Ausgang des libyschen Bürgerkriegs im Juni 2020 ins Gegenteil. Nach zwei Jahren vergeblicher Kanonenbootdiplomatie in den zypriotischen Gewässern ging die Türkei Anfang August 2020 so weit, ihre Seekriegstaktik gegen Griechenland zu wenden: Ankara schickte ein Explorationsschiff, das dieses Mal von einem Geschwader aus fünf Kriegsschiffen eskortiert wurde, in die umstrittenen Gewässer nahe der griechischen Insel Kastellorizo, das zentrale Gebiet der griechisch-türkischen Grenzstreitigkeiten. Dies führte Ende August 2020 zu einer Konfrontation zwischen der griechischen und der türkischen Marine. Auf dem Höhepunkt der Spannungen hielten die ägyptische Marine und die Luftwaffe der Vereinigten Arabischen Emirate gemeinsame Manöver mit der hellenischen Luftwaffe und Marine im östlichen Mittelmeer ab, um Unterstützung für Griechenland zu demonstrieren.

Am 15. September 2020 wurde die *Abraham Accords Declaration* unterzeichnet, durch die die Beziehung zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel normalisiert und die strategische Architektur im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten von Grund auf umgestaltet wurde. Bei der Wende der Energiepolitik im östlichen Mittelmeer war die Reise des ägyptischen Ministers für Erdöl und Bodenschätze, Tarek El Molla, am 21. Februar 2021 nach Israel ein krönender Abschluss. Es war der erste Besuch eines hochrangigen ägyptischen Regierungsvertreters in Israel seit fünf Jahren. El Mollas Gespräche mit dem israelischen Minister für Energie- und Wasserversorgung Yuval Steinitz signalisierten, dass – unterstützt durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie mit drei weiteren arabischen Ländern 2020 – die Energiebeziehungen zwischen Israel und Ägypten ein solides Fundament für eine multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen des EMGF bilden würden.

NEUE WEGE ZU EINER ENERGIEZUSAMMENARBEIT

Bei der Verfolgung ihres strategischen Ziels, die Türkei als Regionalmacht zu etablieren, die die Bedingungen für ein neues Beziehungsmuster zwischen Europa, Afrika und Asien diktieren kann,³ ist der Türkei inzwischen klar geworden, dass sie ihre Politik gegenüber ihren Nachbarn im östlichen Mittelmeer neu gestalten muss, um ihre politische Isolation abzumildern. Während des gesamten Frühjahrs 2012 unternahm die Türkei eine Reihe diplomatischer Annäherungsversuche an Ägypten, an deren Ende der Besuch des türkischen Vize-Außenministers und anderer Regierungsvertreter in Kairo stand.⁴ Obwohl sich die Normalisierungsgespräche in Kairo noch in einer Erkundungsphase befanden, wurde bereits bei dem ersten Besuch einer hochrangigen türkischen Delegation seit 2013 ein Durchbruch erzielt. Gleichzeitig führten gemeinsame Bemühungen der Türkei und Israels dazu, dass die Türkei am 23. April 2021 Energieminister Steinitz einlud, am Diplomatieforum Ankaras im Juni 2021 in Antalya teilzunehmen.⁵ Die Einladung des israelischen Energieministers nur einen Monat nach El Mollas Besuch in Israel zeigt, wie sehr der Türkei daran gelegen war, einen neuen Weg zur Energiezusammenarbeit im östlichen Mittelmeer zu finden.

Zwar ist der LNG-Plan der Eni immer noch die vielversprechendste Möglichkeit, Gas aus dem östlichen Mittelmeer zu vermarkten; der anvisierte Markt ist jedoch nicht erfolgversprechend. Die meisten Vorschläge zur Vermarktung von Gas aus dem östlichen Mittelmeer gehen von der Annahme aus, dass die Europäische Union (EU) das Hauptabsatzgebiet darstellt. Diese Perspektive, die sich aus dem geopolitischen Ziel ableitet, die übermäßige Abhängigkeit Europas von russischen Gasexporten zu verringern, hat zu einer unsinnigen Konzentration auf den Energiemarkt der Europäischen

Union geführt. Der Vorschlag, mit einer 1.250 Kilometer langen Untersee-pipeline Gas von Israel, Ägypten und Zypern über Griechenland in die EU zu transportieren, ist ebenfalls unwirtschaftlich.

ABSATZMÄRKTE FÜR GAS

Der Markt für Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer besteht nicht allein aus den 27 Staaten der Europäischen Union, sondern ebenfalls aus den Nationen rund um das Mittelmeer. Zwischen 2020 und 2030 wird die Nachfrage nach Erdgas hauptsächlich in den südlichen und östlichen Mittelmeeranrainern ansteigen. Die Nachfrage nach Erdgas soll in den EU-Mitgliedsländern am nördlichen Rand des Mittelmeerbeckens um nicht mehr als 0,3 Prozent pro Jahr zunehmen, während sie am südlichen und östlichen Rand jährlich um robuste 3,2 Prozent steigen soll.⁶ Besonders unter den Nationen Nordafrikas wird die schnelle Urbanisierung und Entwicklung zu einer Gasnachfrage von geschätzt 253,5 Milliarden Kubikmetern führen.⁷

Auch ohne bedeutende neue Funde würden sich in Ägypten, Zypern, Israel und Gaza die Exportüberschüsse voraussichtlich auf etwa vierzig Milliarden Kubikmeter belaufen.⁸ Aufgrund der im östlichen Mittelmeer vergleichsweise geringen Gasmengen für den Export ist das Mittelmeerbecken als der kommerziell lohnendste Markt anzusehen. Die voraussichtlichen Überschüsse im östlichen Mittelmeer sind jedoch nicht groß genug, um Investitionen in eine große Pipeline-Infrastruktur für den Transport von Gas zu größeren Märkten in der Europäischen Union zu rechtfertigen. 2040 würde der Exportüberschuss von vierzig Milliarden Kubikmetern in den östlichen Mittelmeerländern lediglich 8,3 Prozent des Welthandelsvolumens von 2019 entsprechen. Diese Menge reicht nicht aus, um die Region als wichtig für die globalen LNG-Märkte darzustellen. Auf den Märkten des Mittelmeerbeckens wäre Gas aus dem östlichen Mittelmeer aufgrund der Kostensparnisse durch kürzere Transportstrecken aber konkurrenzfähig.

Zusätzlich zu dem Wandel der geopolitischen Lage in den 2020er-Jahren hat sich die Situation der Türkei hinsichtlich des Erdgases insofern geändert, als 2020 eigene Erdgasreserven vor der Schwarzmeerküste entdeckt wurden. Das türkische Sakarya-Feld umfasst geschätzt 405 Milliarden Kubikmeter, was etwa dem achtfachen Inlandsverbrauch pro Jahr entspricht.⁹ Die für 2023 erwartete anfängliche Förderleistung beträgt nur fünf bis zehn Milliarden Kubikmeter jährlich; das entspricht zehn bis zwanzig Prozent des Gasbedarfs der Türkei. Als Erdgasproduzent wäre es für die Türkei vorteilhafter, sich dem *Eastern Mediterranean Gas Forum* anzuschließen. Die Türkei ist mit Erdgas überversorgt und verfügt über kaum genutzte Einrichtungen zur Lagerung von Gas, die sich effizient in die Vermarktung und Lieferung von Gas aus dem östlichen Mittelmeer eingliedern ließen. Eine Beteiligung der Türkei

an der Vermarktung von LNG im Mittelmeerbecken könnte die Funktion des Marktes verbessern und zu einer Zusammenarbeit unter Interessenten anstatt zu geopolitischen Streitereien führen.

Die jüngsten Versuche der Türkei, sich Ägypten und Israel anzunähern, bieten die Gelegenheit, die Türkei an der Vermarktung von Gas aus dem östlichen Mittelmeer zu beteiligen und sie sogar in das *Eastern Mediterranean Gas Forum* aufzunehmen. Obwohl kein Mitglied dieser Organisation, ist Deutschland gut aufgestellt, um eine konstruktive Rolle zu spielen, möglicherweise über die Mittelmeerunion, der Deutschland angehört. Würde der wesentliche Missstand beseitigt, der jeden Fortschritt in dem Streit über die Seegrenze zwischen Griechenland und der Türkei sowie im Hinblick auf das Zypern-Problem verhindert hat, könnten diese anhaltenden Dispute gelöst werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Gernersheim

¹ Sara Stefanini: „Eni chief: Egypt's gas gain won't harm Israel“, in: Politico EU, 16.09.2015, www.politico.eu/article/eni-gas-egypt-israel-cyprus-zohr/ [letzter Zugriff: 17.05.2021].

² „ENI Ship blocked off Cyprus leaves“, in: ANSA, 23.02.2018, www.ansa.it/english/news/business/2018/02/23/eni-ship-blocked-off-cyprus-leaves-3_3c4d2077-f068-4847-b5ed-d77f9ac4fad4.html [letzter Zugriff: 17.05.2021].

³ Michaël Tanchum: „The Logic Beyond Lausanne: A Geopolitical Perspective on the Congruence between Turkey's New Hard Power and its Strategic Reorientation“, in: Insight Turkey, 22. Jg., Nr. 3, 2020, S. 41–55.

⁴ „Turkey-Egypt talks ‚frank and in-depth‘: Turkish Foreign Ministry“, in: Daily Sabah, 06.05.2021, www.dailysabah.com/politics/diplomacy/turkey-egypt-talks-frank-and-in-depth-turkish-foreign-ministry [letzter Zugriff: 17.05.2021].

⁵ „Turkey invites Israeli energy minister to diplomacy forum“, in: Hürriyet Daily News, 23.04.2021, www.hurriyetaidailynews.com/turkey-invites-israeli-energy-minister-to-diplomacy-forum-164172 [letzter Zugriff: 17.05.2021].

⁶ Mediterranean Energy Perspectives, Observatoire (OME) Méditerranéen de l'Energie, 2018, S. 74–75.

⁷ 601 Öleinheiten des kompletten Energieverbrauchs entsprechen 667,11 Milliarden Kubikmetern Naturgas. 38 Prozent des Gesamtverbrauchs aus Naturgas entsprechen 253,5 Milliarden Kubikmetern.

⁸ David Butter: „Egypt's Energy Ambitions and its Eastern Mediterranean Policy“, in: Michaël Tanchum (Hrsg.): *Eastern Mediterranean in Uncharted Waters: Perspectives on Emerging Geopolitical Realities*, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2020.

⁹ „Turkey's Kanuni drillship sets sail to complete, test Black Sea wells“, in: Daily Sabah, 05.05.2021, www.dailysabah.com/business/energy/turkeys-kanuni-drillship-sets-sail-to-complete-test-black-sea-wells [letzter Zugriff: 17.05.2021].

Erfahren Sie
mehr über das
Auslandsbüro in
Griechenland.

Ziemlich beste Feinde?

Griechenland und die Türkei

HENRI BOHNET

Geboren 1975 in Ulm, Leiter des Auslandsbüros Griechenland der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Athen.

Feinde? In erster Linie sind Griechenland und die Türkei Nachbarn. Und wie alle Nachbarn verbindet sie eine langjährige Geschichte mit Höhen und Tiefen. Letztere spielen in den aktuellen bilateralen Beziehungen jedoch eine

erhebliche Rolle. Durch den ungelösten Zypernkonflikt, strittige Grenzfragen in der Ägäis und neue sicherheitspolitische Herausforderungen, wie das Migrationsproblem und die Energiesicherheit, verschärften sich im vergangenen Jahr die Spannungen zwischen den beiden Nachbarn. Mittlerweile reden Athen und Ankara zumindest wieder miteinander. Das ist nicht zuletzt der Vermittlerrolle Deutschlands zu verdanken, besonders im zweiten Halbjahr 2020. Damals hatte Berlin turnusmäßig die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) inne. Jetzt geht es darum, den Dialog weiterzuführen und Lösungsansätze für die vielschichtigen Probleme zu finden, die diese Nachbarschaft belasten. Dabei geht es um die Stabilität in einer Region, die nicht nur für Griechenland und die Türkei, sondern für ganz Europa von Bedeutung ist.

Griechenland wurde im vergangenen Jahrzehnt durch Krisen erschüttert. Das knapp elf Millionen Einwohner zählende Land stand während der europaweiten Finanzkrise im Zentrum des Geschehens. Es war einer der ersten Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die mit Populismus experimentierten: Alexis Tsipras, Yanis Varoufakis, *Ochi*, das „Nein“ zum „Spardiktat“, das sich innerhalb weniger Tagen in ein „Ja“ verwandelte und das die Griechen *Kolotoumba* („Rolle rückwärts“) nennen, sind noch in Erinnerung. Durch die wirtschaftspolitischen Verfehlungen vorangegangener Jahrzehnte und politischer Verantwortungslosigkeit hatte Hellas fast ein Drittel seiner Wirtschaftskraft verloren. Es durchlebte eine politische Achterbahnfahrt, bei der in einer Dekade fünf Regierungen wechselnder Couleur verschlissen wurden. Die Folgen waren nicht nur der totale Vertrauensverlust der Griechen in ihre politische Elite, sondern auch die Abwanderung Hunderttausender junger und talentierter Nachwuchskräfte, die in ihrer Heimat keine berufliche Perspektive für sich mehr sahen.

Noch heute verzeichnet Hellas europaweit die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit, insbesondere bei der Jugend, und den höchsten Schuldenberg. Doch im Zeichen der Pandemie hat sich das Bild Griechenlands weltweit zum Positiven gewandelt – und das liegt nicht nur an den Urlaubssehnsüchten Lockdown-geplagter Nordeuropäer. Die Mitte 2019 ins Amt gewählte liberalkonservative Regierung von Premierminister Kyriakos Mitsotakis hat die gesundheitspolitischen Herausforderungen im europäischen Vergleich bisher beeindruckend gut gemeistert. Sie hat zudem, und das ist das Bemerkenswerte, die aus der Krise erwachsenden Chancen erkannt und im Bereich der Digitalisierung genutzt. So konnten staatliche Verfahren vereinfacht, konnte Schulunterricht schnell online gestellt, die Impfkampagne reibungslos organisiert und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt werden. Das hat Athen Anerkennung in den europäischen Hauptstädten und im eigenen Land gebracht: Das Vertrauen der Bürger in die eigene Politik ist höher als seit dem Ausbruch der Schuldenkrise vor gut zehn Jahren.

BILDUNG NEUER ALLIANZEN

Mit diesem neuen Selbstverständnis versucht die Regierung Mitsotakis nun, die Beziehungen zur Türkei auf ein neues Fundament zu stellen: auf eines, das von der breiten Unterstützung der eigenen Bevölkerung und der übrigen EU-Mitgliedstaaten getragen wird und auf den Normen des Völkerrechts fußt.

Die vergangenen Krisenjahre haben Athen gelehrt, dass sowohl die europäische als auch die einheimische Unterstützung nicht selbstverständlich ist. Deshalb bemüht sich die Regierung verstärkt um die Suche nach neuen Verbündeten im östlichen Mittelmeerraum. Die Initiative von Mittelmeeranrainern zur gemeinsamen Koordinierung der Erdgasgewinnung in der

Region, das sogenannte *Eastern Mediterranean Gas Forum*, gehört ebenso dazu wie die bilateralen Abkommen zur Festlegung der jeweiligen Seegrenzen mit Ägypten, Italien und Albanien.

Die verstärkten diplomatischen Aktivitäten Athens hatten bereits unter Mitsotakis' Vorgänger Tsipras begonnen, der das historische Abkommen zur Beilegung des Namensstreits mit der Republik Nordmazedonien erzielte. Sie werden aktuell fortgesetzt mit der Wiederaufnahme offizieller Beziehungen mit Libyen und dem Ausbau der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Bei den multilateralen Formaten betont Athen immer wieder den inklusiven Charakter, das heißt, dass diese Formate auch für eine türkische Teilnahme offenstehen. Denn von übergeordneter Bedeutung bleibt das Interesse Athens an einem direkten Austausch mit dem Nachbarn Türkei.

DER ELEFANT IM RAUM

Doch wo immer es direkt oder indirekt um die Türkei geht: Der „Elefant im Raum“ ist die Zypernfrage. Hier laufen die Konfliktlinien über Erdgasvorkommen, Seegrenzen und exklusive Wirtschaftszonen zusammen und verweisen auf das jahrzehntelang ungelöste Problem der Teilung der Insel: Auf der einen Seite steht der türkisch kontrollierte Norden, auf der anderen Seite die von überwiegend griechischsprachigen Zyprioten bewohnte Republik Zypern, die als EU-Mitgliedstaat völkerrechtlich den Anspruch auf das gesamte Territorium der Insel hat.

Nach vierjähriger Pause kam es vom 27. bis 29. April 2021 zu einer Neuauflage der durch die Vereinten Nationen (UN) eingeleiteten Gespräche zur Zypernfrage; ein wichtiges Signal, um dem Friedensprozess noch einmal eine Chance zu geben. Denn nicht nur die Regierung in Nordzypern scheint sich von einer UN-propagierten föderalen Lösung zu verabschieden – auch der langjährige Präsident in Nikosia, Nikos Anastasiadis, hat mit seiner Regierung in den vergangenen Jahren keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, einer Einigung näherzukommen. Immer mehr verblasst die Erinnerung an die Zeit vor der Teilung 1974. Umso mehr Bedeutung kommt deshalb dem verstärkten Engagement der neuen US-Administration zu, die, so hofft man, Druck auf alle Beteiligten ausüben wird, sich aufeinander zuzubewegen.

Vor diesem Hintergrund ist der neue Dialog zwischen Athen und Ankara zu begrüßen: zuerst die Wiederaufnahme der „technischen Gespräche“ zur Beilegung der bilateralen Streitpunkte, die seit über vierzehn Jahren ungelöst sind, und nun die ersten politischen Begegnungen. So besuchte der griechische Außenminister Nikos Dendias unlängst Ankara, wo er neben seinem türkischen Counterpart auch mit Präsident Recep Tayyip Erdoğan

zusammentraf. Der türkische Außenminister stattete Griechenland daraufhin Ende Mai 2021 einen Gegenbesuch ab. Auf europäischer Ebene wird parallel ebenfalls wieder intensiver mit der Türkei gesprochen: Anfang April kamen in Ankara Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel mit Präsident Erdoğan zusammen. Die Europäische Union setzt, auf Anregung Berlins, auf eine „positive Agenda“ gegenüber der Türkei, die vor allem Fortschritte in einem der für Europa wichtigsten Themen erzielen will: der Migrationsherausforderung.

Die Zahl der über die Ägäis kommenden Asylsuchenden ist im Corona-Jahr 2020 zwar drastisch gesunken. Dennoch rechnen alle Seiten damit, dass die durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen Rückschritte vor allem in den Krisen- und Entwicklungsländern bald wieder neue Flüchtlingsbewegungen nach Europa in Gang setzen könnten. Eine Wiederholung der Zustände des Flüchtlingsjahrs 2015 will nicht nur Griechenland verhindern, dessen überfüllte Aufnahmelager zum Symbol einer gescheiterten europaweiten Asylpolitik wurden, sondern auch das übrige Europa.

AUFEINANDER ANGEWIESEN

Es bewegt sich also etwas in der Region, zum Positiven, nachdem die Zeichen im vergangenen Sommer auf Sturm standen. Abseits der aufgeheizten Debatte in den Medien bleibt die Tatsache, dass beide Seiten aufeinander angewiesen sind, Athen und Ankara, Europa und die Türkei. Die Migrationsherausforderung kann nur in Partnerschaft mit Ankara, mit einem guten Auskommen zwischen Griechenland und der Türkei sowie mit finanzieller Hilfe aus Brüssel gemeistert werden.

Die Grenzen zwischen den beiden Nachbarn werden nicht für immer geschlossen bleiben, sondern nach Abklingen der Pandemie wieder öffnen. Davon werden beide Seiten, auch wirtschaftlich, profitieren. Ein Sinneswandel ist in Teilen der griechischen Bevölkerung im Ansatz spürbar. Die (vor Corona) wachsende Zahl türkischer Touristen – im nördlichen Teil Griechenlands, aber auch auf zahlreichen ägäischen Inseln – führt zu immer mehr persönlichen Kontakten, zu wirtschaftlichem Austausch und zum Abbau von Vorurteilen. Die Erkenntnis, die manche griechischen Inselbewohner auch während der politischen Spannungen der letzten Zeit nicht verloren haben, wächst: Wir sind aufeinander angewiesen. Das da am Horizont, auf der anderen Seite der Ägäis, das sind unsere Nachbarn.

Erfahren Sie
mehr über das
Auslandsbüro in
der Türkei.

Ziemlich beste Feinde?

Die Türkei und Griechenland

WALTER GLOS

Geboren 1959 in Unkel, Leiter des Auslandsbüros Türkei der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Ankara.

NILS LANGE

Geboren 1994 in Moers, Trainee im Auslandsbüro Türkei der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Ankara.

Die jüngste Eskalation in den griechisch-türkischen Beziehungen um die Exploration umstrittener Gebiete im östlichen Mittelmeer ist die Fortsetzung eines seit Jahrzehnten andauernden Konflikts zwischen den beiden Mittelmeeranrainern. Die griechisch-türkischen Auseinandersetzungen sind nicht neu, sondern klar umrissen und letztendlich politisch lösbar. Die verschiedenen Dimensionen des Konflikts – der Streit um die Abgrenzung des Festlandssockels, der Hoheitsgewässer und

der Hoheitsrechte in der Luft, der militärische Status einiger griechischer Inseln und die über allem schwebende Zypernfrage – erzeugen vor allem deshalb Spannungen, weil sie, emotional vorbelastet, als Symbol für die wahrgenommenen aggressiven Absichten der jeweils anderen Seite stehen.

Die Wurzel der Konflikte liegt in den historischen Erinnerungen und Traumata, die, real oder konstruiert, die jeweiligen nationalen Narrative prägen und sowohl für die griechische als auch die türkische Identität essenziell sind. In Griechenland ist man davon überzeugt, dass die Türkei seit 1974 einen neo-osmanischen Expansionismus mit dem Ziel verfolgt, ehemalige

osmanische (und jetzt griechische Gebiete) wie Thrakien und ganz Zypern zurückzuerobern. In der Türkei glaubt man wiederum, dass Athen weiterhin an der irredentistischen „Megali Idea“ festhält, die ein Großgriechenland mit einer Hauptstadt Konstantinopel zum Ziel hat. Die vermeintlichen griechischen Bestrebungen, die Ägäis zu einem rein griechischen Meer zu machen, oder die Vereinigung mit Zypern direkt (oder indirekt über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union) werden in der Türkei vor einem historischen Hintergrund gesehen. Das Trauma der Aufteilung des Osmanischen Reiches und die Invasion der Griechen mit Zustimmung der westlichen Alliierten 1919 bis 1922 ist als „Sèvres-Syndrom“ ein Treiber türkischen Denkens. Der Sieg über die griechischen Besatzungstruppen in Westanatolien, der in der Türkei als „Nationaler Befreiungskrieg“ gefeiert wird, ist in Griechenland bis heute als „kleinasiatische Katastrophe“ präsent. Die Dämonisierung des jeweils anderen ist allgegenwärtig und sorgt für ein tief verwurzeltes Misstrauen zwischen beiden Ländern, das einen konstruktiven Dialog, geschweige denn eine Lösung zum großen Teil blockiert.

Obwohl die (Land-)Grenzen zwischen der Türkei und Griechenland seit den Friedensverträgen von Lausanne (1923) und Paris (1947) festgelegt sind und es heute von beiden Seiten offiziell keine Ansprüche auf das Gebiet des anderen Landes gibt, wie es bis 1922 der Fall war, bestimmen vor allem in der Türkei weiterhin die Angst vor dem Verlust des eigenen Territoriums und die Wahrung der Souveränität das Handeln.

TÜRKISCHE INTERVENTION UND TEILUNG ZYPERNS

In Ankara glaubt man, dass Athen nur auf einen geeigneten Moment türkischer Schwäche warte, um seine lang gehegten Pläne, wie die Ausdehnung der Hoheitsgewässer, umzusetzen. Trotz der militärischen Überlegenheit gegenüber Griechenland sah sich die Türkei aufgrund der Förderung kurdischer Terrorgruppen durch Athen sowie der Einflussnahme Griechenlands auf die Europäische Union (EU) immer wieder gefährdet.

Ungeachtet der schwierigen Vergangenheit gelang den politischen Führern Griechenlands und der Türkei, Eleftherios Venizelos und Kemal Atatürk, ab 1930 der Aufbau eines stabilen Kooperationsverhältnisses, das bis 1955 alle Schwierigkeiten überstand. Diese zwei Jahrzehnte freundschaftlicher Beziehungen sind aufgrund der anschließenden langen Jahre des Konfliktes nur noch ein Relikt. Nach 1955 brach die Kooperation zwischen beiden Ländern für mehr als vierzig Jahre zusammen. Beide versuchten in dieser Zeit, ihre eigene Position durch unilaterale Aktionen auf Kosten des anderen zu verbessern.

In den 1950er-Jahren propagierte die griechische Regierung die *Enosis* („die Vereinigung“) – den Anschluss Zyperns an Griechenland – und beförderte derartige Bestrebungen auf der Insel. Zunehmende Zusammenstöße

zwischen griechischen und türkischen Zyprioten in den 1960er-Jahren brachten beide Seiten an den Rand eines Krieges. Nach dem von der griechischen Militärdiktatur unterstützten Putsch gegen den zypriotischen Präsidenten Makarios III. eskalierte der Konflikt 1974 und führte zur Intervention der Türkei als Garantiemacht mit der anschließenden Teilung Zyperns. Bis 1987 eskalierten die militärischen Spannungen wegen Explorationsmissionen der griechischen Seite in umstrittenen Gebieten in der Ägäis. Der Territorialstreit um zwei kleine unbewohnte Inseln in der östlichen Ägäis (Imia-/Kardak-Krise) 1996 hat gezeigt, wie brüchig die Beziehungen sind und wie schnell jeder Fortschritt zerstört werden kann. 1997 drohte erneut eine militärische Auseinandersetzung, als die griechisch-zypriotische Regierung in Russland erworbene S-300-Luftabwehrraketen auf der Insel stationieren wollte. Mit der Festnahme des PKK-Führers Abdullah Öcalan auf dem Weg von der griechischen Botschaft in Nairobi mit einem griechischen und einem zypriotischen Reisepass im Gepäck im Februar 1999 erreichten die Beziehungen ihren absoluten Tiefpunkt.

KEHRTWENDE NACH „ERDBEBENDIPLOMATIE“

Nach den schweren Erdbeben im Herbst 1999 in beiden Ländern veränderten sich die griechisch-türkischen Beziehungen deutlich. Im Zuge einer „Erdbebendiplomatie“ folgte eine Kehrtwende, die 2004 in der Aufnahme der Verhandlungen zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union und der Aufnahme des griechischen Teils Zyperns in die EU gipfelte. Die konkrete Beitrittsperspektive motivierte die Türkei zu einer Deeskalation ihres Konfliktstils. Heute bestimmen hauptsächlich taktische Überlegungen das türkische Agieren. Nach wie vor fehlt das Vertrauen in Athen (und Brüssel), um die sicherheitspolitischen Risiken zu akzeptieren, die für einen Kompromiss zur Lösung des Konflikts notwendig wären. In der Türkei schwindet das Vertrauen darauf, dass weitere Zugeständnisse gegenüber Griechenland und Zypern durch Fortschritte auf dem Weg nach Europa belohnt würden. Stattdessen verliert sich in der türkischen Wahrnehmung seit 2004 die europäische Perspektive durch die wachsende Einflussnahme der griechischen und zypriotischen Regierung innerhalb der Europäischen Union.

Seit der Eskalation der Zypernkrise 1974 ist das Potenzial für einen militärischen Zusammenstoß zwischen Griechenland und der Türkei wahrscheinlicher geworden, wenngleich er jahrzehntelang von der Dynamik des Kalten Krieges verhindert wurde. Solange die Zypernfrage nicht gelöst ist, werden sich die anderen bilateralen Differenzen nicht klären lassen. Vor dem Aufstieg der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) galt in der Türkei vor allem die Meinung, dass 1974 das Problem mit der Teilung der Insel gelöst wurde. Ab 2003 hat Premier Recep Tayyip

Erdoğan allerdings wiederholt die Notwendigkeit betont, die Zypernfrage durch eine Wiedervereinigung zu lösen.

In den letzten Jahren gibt es jedoch einige Anzeichen dafür, dass dieser Ansatz in beiden Ländern (und auch in Zypern) seit dem endgültigen Scheitern des Annan-Vermittlungsversuchs 2004, durch die Ablehnung der griechischen Zyprioten, zunehmend an Boden verloren hat. Zuletzt sprach sich der türkische Präsident Erdoğan öffentlich für eine Zwei-Staaten-Lösung aus. Die Öffnung des seit Jahrzehnten abgesperrten Küstenorts Varosha durch Erdoğan und den türkisch-zypriotischen Regierungschef Ersin Tatar vor der Wiederaufnahme von Friedensgesprächen unterstreicht diese Haltung.

PROBLEM DODEKANES?

Die derzeitige militärische Aufrüstung in der Region kann als Stärkung der Positionen beider Länder vor Beginn ernsthafter Verhandlungen gedeutet werden. Während die Türkei militärisch eindeutig im Vorteil ist, versucht Griechenland, seine militärische Schwäche durch eine Reihe diplomatischer Avancen und Allianzen zu kompensieren und die aktuelle schwierige Position Ankaras im westlichen Bündnis auszunutzen. Trotzdem rüstete Athen zuletzt massiv auf und verstärkt die Rüstungsbeziehungen zu den USA und Frankreich.

Die ungeklärten Fragen um Ausschließliche Wirtschaftszonen (AWZ), die ständige Drohung Athens, seine Hoheitsgewässer von sechs auf zwölf Meilen auszuweiten, und die damit drohende Abtrennung der Türkei von einem Großteil des Mittelmeers hat in den letzten zwei Jahren zu zahlreichen maximalistischen Forderungen auf beiden Seiten und zu der Schaffung vollendeter Tatsachen in Form bilateraler Abkommen mit anderen Mittelmeeranrainern geführt. Fände die nach internationalem Recht äußerst fragwürdige griechische Position vollständige Akzeptanz, würde die Türkei als das Land mit der längsten Küstenlinie im Mittelmeer eine ungefähr genauso große Ausschließliche Wirtschaftszone wie Kastellorizo, eine neun Quadratkilometer kleine griechische Insel, nur zwei Kilometer vor dem türkischen Festland, erhalten. Die rechtlich geklärte, jedoch emotional für die Türkei nur schwer akzeptierbare Situation der Inselgruppe Dodekanes bleibt für viele Türken bis heute ein Problem.

Die Europäische Union und die USA haben ein erhebliches Interesse an der Kooperation ihrer Bündnispartner in dieser zentralen Region, und sie verfügen über die Mittel, um die Türkei und Griechenland zu beeinflussen. Dennoch haben beide bisher noch keine langfristige Konfliktlösung erreichen können.

Seit der Truman-Doktrin 1947 sind die USA ein Verbündeter beider Länder. Die gleichzeitige Aufnahme 1952 in die NATO und die Vermittlungsversuche der USA haben bis heute Ankara und Athen davon abgehalten, in

einen offenen Krieg miteinander einzutreten. Sowohl Athen als auch Ankara haben allerdings ihre Vorbehalte gegenüber den USA. Griechenland befürchtet, dass aufgrund der strategischen Bedeutung der Türkei und deren Militärs die USA davor zurückschrecken, konsequent gegenüber Ankara vorzugehen. Die Türkei wiederum prangert den Einfluss der griechischen Lobby in Washington, D. C. auf den US-Kongress an und vermutet eine vernebelte Sicht der amerikanischen Exekutive auf die türkisch-griechischen Beziehungen, welche sich schon 1964 im *Johnson Letter* gezeigt habe.

Die Tatsache, dass Griechenland (und Zypern) EU-Mitglieder sind, hat die Ansicht in der Türkei verstärkt, dass Griechenland die Union als Plattform und Multiplikator gegen die Türkei benutzt und die Europäische Union daher nicht mehr als neutraler Mediator betrachtet werden kann.

In den letzten Jahren ist ein weiteres Konfliktfeld dazugekommen, dessen Lösung nicht nur im Interesse von Ankara und Athen, sondern auch der gesamten Europäischen Union ist: der Umgang mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen. Eine Kooperation ist nicht nur im beiderseitigen Interesse, sondern von vitaler Bedeutung, da die Türkei die meisten Flüchtlinge weltweit beherbergt und das angrenzende Griechenland nicht die Kapazitäten besitzt, um eine unkontrollierte Migration zu kompensieren.

MILITARISIERUNG DES ÖSTLICHEN MITTELMEERS

Die Lösung des Konflikts zwischen der Türkei und Griechenland würde das kollektive Sicherheitsumfeld des Mittelmeers erheblich steigern und zu einer Win-win-Situation für beide Länder führen. Die Geografie können beide nicht ändern – sie bleiben Nachbarn, die ein Gleichgewicht zum Wohle aller Beteiligten erreichen müssen. Positive Anknüpfungspunkte für die Zukunftsgestaltung gibt es genügend, vor allem im Bereich der Energiezusammenarbeit und der gemeinsamen Exploration von Ressourcen im Mittelmeer.

Der hartnäckige Konflikt hat größere geopolitische Auswirkungen: Er verhindert bislang eine kohärente Antwort der NATO auf die zunehmende Militarisierung des östlichen Mittelmeers. Russland und China prägen mehr und mehr diese strategisch wichtige Region – sowohl in Bezug auf die Bedeutung für die wirtschaftliche Konnektivität als auch für die Geopolitik. Eine erfolgreiche Lösung der Zypern-Frage, verstärkte Kooperation in den Bereichen Migration und Energie und vertrauensbildende Maßnahmen zum Abbau der Spannungen würden die Bemühungen um eine griechisch-türkische Verhandlungslösung erheblich verstärken. Solange die Türkei und Griechenland keinen Modus Vivendi finden, wird dieser Streit weiterhin eine der größten Herausforderungen im Mittelmeer darstellen.

SCHWERPUNKT

Mit den drei „K“

Die Türkei und die syrischen Flüchtlinge

FRIEDRICH C. PÜTTMANN

Geboren 1992 in Lüneburg, Gastwissenschaftler am „Istanbul Policy Center“ und Doktorand am Europäischen Institut der „London School of Economics“ (LSE), zuvor tätig als Analyst für Gerald Knaus, für das Türkei-Referat des Europäischen Auswärtigen Dienstes und für das Auslandsbüro Türkei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gastfreundschaft heißt auf Türkisch *misafirperverlik*, und sie genießt einen hohen Stellenwert in der Türkei. Zu ihren Attributen gehört, dass der Gastgeber keinen Eigennutz aus ihr zieht – abgesehen von der Ehre und Freude, die ihm der Empfang des Gastes bereitet. Dieses Prinzip machte sich der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan zu eigen, als 2011 die ersten Syrer in die Türkei flohen. So fungiert die Wortschöpfung *misafir-mülteci* („Gastflüchtling“) als eine türkische Variante

der deutschen „Willkommenskultur“. Diese Wortwahl soll dazu beitragen, die öffentliche Akzeptanz der Aufnahme von Hilfesuchenden zu erhöhen. Gleichzeitig liegt darin eine klare Abgrenzung gegenüber der Europäischen Union (EU), die weniger Flüchtlinge als die Türkei aufnimmt.

Mit einer Gesamtzahl von dreieinhalb Millionen Menschen beherbergt die Türkei weltweit die meisten Geflüchteten. Lager wie auf Lesbos gibt es keine. Das ist eine enorme humanitäre Leistung, die international breite Anerkennung findet. Die anfängliche Gastfreundschaft hat allerdings innerhalb der türkischen Bevölkerung im Zuge der inzwischen enorm gewachsenen ökonomischen Probleme rapide abgenommen. Es ist auch kein Zufall, dass in der Türkei von „Gast“ gesprochen wird, um die Begrenzung des Aufenthalts deutlich zu machen. Eine baldige Rückkehr der Flüchtlinge wird jedoch angesichts der anhaltenden bewaffneten Konflikte in Syrien und der gefestigten Macht von Bashar al-Assad zunehmend unwahrscheinlich. Schon jetzt wohnen lediglich zwei Prozent der syrischen Flüchtlinge in der Türkei in Camps.

Trotz Kritik von links und rechts sowie der bekannten Probleme in der Umsetzung hat das EU-Türkei-Abkommen von 2016 Wirkung gezeigt. *Erstens* sind die irregulären und oftmals tödlich endenden Überquerungen über die Ägäis auf ein Minimum gesunken. *Zweitens* ist mithilfe der europäischen Finanzhilfen die Lebenssituation vieler syrischer Geflüchteter in der Türkei verbessert worden. Achtzig Prozent dieser Gelder werden von internationalen Hilfsorganisationen in der Türkei verwendet. Die übrigen zwanzig Prozent fließen an die türkischen Ministerien für Bildung und Gesundheit, damit syrische Geflüchtete sowohl zur Schule als auch zum Arzt gehen können.

Die Mehrheit der Europäer möchte kein „zweites 2015“ erleben. Zuwanderung und Flucht in die Europäische Union sollen geordnet und gesteuert werden. Vielen Menschen ist gleichzeitig die Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Konvention für Menschenrechte und das Wohl der Flüchtlinge wichtig. Daher engagiert sich Deutschland für eine Fortsetzung beziehungsweise Erneuerung des Migrationsabkommens mit der Türkei.

FURCHT VOR REPRESSIONEN IM HEIMATLAND

Die Mehrzahl der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Türkei strebt eine Weiterreise nach Europa nicht mehr an. Wenn das eigene Kind besser Türkisch als Arabisch spricht, bleibt der Wunsch, nach Europa zu gehen, nur dann bestehen, wenn es vor Ort keine Zukunftsperspektiven gibt. Auch die Absicht, nach Syrien zurückzukehren, ist gering. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge bevorzugt es, in der Türkei zu bleiben; ein weiteres Drittel erwägt die Rückkehr nach Syrien nur im Falle eines Regimewechsels. Vielen Geflüchteten geht es nicht nur darum, ob in ihrer Heimatregion noch Krieg herrscht oder ihr Hab und Gut zerstört oder enteignet wurde: Sie fürchten sich vor Repressionen durch das Regime oder den Einzug ihrer wehrpflichtigen Söhne in die Armee für einen Krieg gegen das eigene Volk. In einem Spitzelstaat wie

dem syrischen können allein Gerüchte zu Inhaftierungen und Folter führen, belegen Studien der *International Crisis Group*. Aufgrund dessen möchten die meisten Syrer trotz der prekären Verhältnisse in der Türkei bleiben. Doch dies trifft in der türkischen Gesellschaft inzwischen auf breite Ablehnung.

Repräsentative Erhebungen seit 2019 zeigen, dass 82 Prozent der türkischen Bevölkerung eine Abschiebung aller syrischen Flüchtlinge befürworten. Als Motive werden wirtschaftliche Gründe und die Sorge um die öffentliche Sicherheit genannt. Etwa siebzig Prozent sind der Auffassung, dass die syrischen Flüchtlinge die Identität der Türkei veränderten und eigene Werte und Traditionen bedrohten. Die Vorstellung, dass die syrischen Geflüchteten im geografisch nahen und gleichermaßen mehrheitlich sunnitisch-islamischen Nachbarland Türkei in ihrem „Kulturkreis“ seien und somit eine gesellschaftliche Aufnahme leichter sei als in Europa, wird von über achtzig Prozent der türkischen Bevölkerung aktuell nicht mehr geteilt. Sie geben an, *keinerlei* kulturelle Ähnlichkeiten zwischen sich und den syrischen Nachbarn feststellen zu können.

MYTHEN ÜBER EINE ANGEBLICHE BEVORTEILUNG

Wie sich die türkische Gesellschaft im Alltag gegenüber den syrischen Geflüchteten positioniert, bedarf einer tiefer gehenden Forschung. Die Gespräche vor Ort zeigen jedoch, dass sich eine gewisse Wut breitgemacht hat. Sie wurzelt auch darin, dass die türkische Gesellschaft in sich selbst zunehmend polarisiert und gespalten ist. So werden die Geflüchteten zum Politikum. Während die einen erzürnt darüber sind, dass durch ihre Anwesenheit für Arbeit im informellen Sektor, der in der Türkei ein Drittel des Gesamtmarktes ausmacht, noch niedrigere Löhne bezahlt werden, fürchten säkulare Türken, dass der Präsident die neuen „Mitbewohner“ als weiteren Baustein seiner gesellschaftlichen Transformation der Türkei hin zu einem religiös-konservativeren Land verwenden könnte. Der daraus resultierende Nationalismus und Rassismus, der sich zudem aus historischen Narrativen über „Araber als solche“ sowie Mythen über eine angebliche Bevorteilung der Flüchtlinge speist, macht eine Integration der Geflüchteten umso schwieriger. Stattdessen sehnen sich viele Menschen in der Türkei nach einer türkisch kontrollierten Sicherheitszone in Nordsyrien, um Entlastung zu schaffen. Für Europa bedeutet dies aber, dass dort ein vitales Interesse daran besteht, dass die Integration der syrischen Geflüchteten in der Türkei gelingt. Doch wie könnte das gehen?

Abseits der großen Politik sind lokale Integrationsversuche in der Türkei längst Realität. Die heutigen Herausforderungen sind nicht mehr die einer temporären Versorgung, sondern die einer allgemeinen Entwicklungs- und

Sozialpolitik. Das weiß auch Ankara. Führende Migrationswissenschaftler des Landes, wie etwa Murat Erdoğan von der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul, betonen, dass für die Türkei die Vorteile einer nationalen Integrationsanstrengung die Nachteile überwiegen. Die Ungewissheit, in der sich die „Gastflüchtlinge“ derzeit befinden, erzeugt für sie und ihr Umfeld erhebliche Probleme. Was jetzt benötigt wird, ist Planungssicherheit für alle. Wenn eine Erneuerung des EU-Türkei-Abkommens verhandelt wird, könnten Deutschland und die Europäische Union sich einbringen, um einen Integrationsprozess zu befördern. Das ginge zum Beispiel mit den drei „K“.

INTERNATIONALE KOOPERATION AUF KOMMUNALER EBENE

Im Interesse der Europäischen Union ist es, nicht auf ewig zum Geldgeber für die Geflüchteten in der Türkei zu werden. Das erfordert eine sukzessive Übergabe der Kompetenzen in die Hände des türkischen Staates. Dagegen gibt es jedoch politische Vorbehalte. Einen effektiven Ausweg würde die verstärkte internationale *Kooperation* auf kommunaler Ebene darstellen, die beiden Seiten – der Europäischen Union und der Türkei – als Kompromiss entgegenkäme. Während die Türkei bislang vor allem die Binnen- und Auswanderung kennt, haben deutsche Kommunen im Bereich der Zuwanderung und Integration viele Erfahrungen gesammelt. Diese könnten miteinander geteilt werden. Erste Pilotprojekte gibt es bereits: So arbeitet die Stadt Frankfurt am Main mit dem türkischen Eskişehir und der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick mit der Grenzstadt Kilis zusammen an Konzepten zur Flüchtlingsintegration. Das bringt auch die Zivilgesellschaften Europas und der Türkei näher zusammen und fördert die internationale Verständigung. Der Anteil der aktuellen Mittel, der für solche kommunalen Projekte verwendet wird, ist allerdings verschwindend gering. Ein signifikanter Mittelausbau wäre lohnenswert.

Die Regierenden türkischer Metropolen wie Fatma Şahin, AKP-Bürgermeisterin der Grenzstadt Gaziantep, die über eine halbe Million Geflüchtete aufgenommen hat, bekunden ebenfalls ihren Wunsch nach einer stärkeren Einbindung der Kommunen in eine Neuauflage des Abkommens. Denn bei ihnen liegt sowohl die zur Integration notwendige Infrastruktur als auch das Know-how. Auch die zentralstaatlichen Strukturen der türkischen Republik sind kein wirkliches Hindernis: Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zum Beispiel arbeitet bereits regelmäßig mit türkischen Kommunen unter Aufsicht der Ministerien zusammen. Schließlich ist noch ein weiteres „K“ hier von Wichtigkeit: *Kontinuität*. Viele Hilfsorganisationen in der Türkei beklagen die wenig nachhaltigen, kurzen Bewilligungsfristen von teilweise gerade einmal drei Monaten. So sind Ärzte und Sozialarbeiter teils mehr mit EU-Formularen beschäftigt als mit der eigentlichen

Arbeit und überbrücken Finanzierungslücken durch ehrenamtliches Engagement. Von Planungssicherheit kann keine Rede sein. Eine längerfristige Einbindung der Kommunen könnte auch diesem Problem Abhilfe schaffen.

Um europäische Finanzmittel in Zukunft zielgerichteter der „sozialen Harmonie“, wie die Türkei die Integration vorzugsweise nennt, zukommen zu lassen, könnten diese Gelder im Rahmen der genannten kommunalen Kooperation an das Prinzip der *Konditionalität* gebunden werden. Das heißt: Nur Städte und Gemeinden, die sichtliche Bemühungen zeigen, Aufnahmegesellschaft und Geflüchtete zusammenzubringen, werden finanziell gefördert. Die erfolgreichsten Maßnahmen könnten anschließend mittels einer Best-Practice-Studie identifiziert und auf andere Städte übertragen werden. Ein solcher Ansatz ist nicht unproblematisch, da die Türkei ihn als Eingriff in innere Angelegenheiten interpretieren könnte. Es kommt deshalb auf diplomatisches Geschick an. Derartige *Social Cohesion*-Projekte gibt es schon: Viele Maßnahmen der internationalen Hilfsorganisationen in der Türkei verfolgen bereits dieses Ziel. Ein besonderer Aspekt könnten außerdem Mikrokredite für türkisch-syrische Start-ups sein. Diese würden die Logik europäischer Wissenschaftsförderung, bei der Mittel nur an kooperierende Forschungseinrichtungen verschiedener EU-Mitgliedstaaten vergeben werden, auf die Wirtschaft übertragen. So könnten zum einen Jobs sowohl für die syrischen Flüchtlinge als auch für Türken geschaffen und zum anderen gegenseitige Vorurteile überwunden werden. Mitarbeiter der *International Labour Organisation* berichten von ermutigenden Beispielen einer solchen Annäherung durch Zusammenarbeit. Für eine erfolgreiche Integration ist die Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft unabdinglich. Die syrische Flüchtlingskrise macht deshalb das Wohlergehen der türkischen Wirtschaft auch zu einem europäischen Interesse.

Sprechen wir über Flüchtlinge in Deutschland, erwähnen wir Migration und Integration in einem Atemzug. Sprechen wir hingegen über jene außerhalb Europas, liegt der Fokus auf dem Migrationsmanagement. Dass Integration in Drittstaaten jedoch dazugehört, zeigt der Fall der Türkei. Das Land steckt in einer tiefen Krise, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Das wirkt sich auch auf Europa aus. Die Syrien- und Migrationskrise wird noch für lange Zeit nicht nur ein türkisches Problem sein. Europäische Verantwortung ist gefragt. Die Erneuerung des EU-Türkei-Abkommens ist daher eine Chance, die wir nutzen sollten, das Abkommen zu verbessern und nachhaltige Lösungen anzustreben. Eine Möglichkeit sind die drei „K“.

Klima und Konflikt

Chancen für ein „Environmental Peacebuilding“

TOBIAS ZUMBRÄGEL

Geboren 1987 in Georgsmarienhütte, Studium der Islamwissenschaften, Geschichte und Politikwissenschaften in Köln, Tübingen und an der Amerikanischen Universität Kairo, Promotion an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg zum Thema „Umweltpolitik und politische Legitimität in den ölreichen Golfmonarchien“, seit 2019 Researcher, CARPO – „Center for Applied Research in Partnership with the Orient“, Bonn.

Der Klimawandel zählt zu den „grand challenges“ des 21. Jahrhunderts. Derzeit offenbart die mit großer Wahrscheinlichkeit durch eine Zoonose entstandene COVID-19-Pandemie die enge und fragile Verbindung von Mensch und Natur. Unter dem Schlagwort der sogenannten Klimakriege dominierte lange Zeit die Annahme, Sicherheitsrisiko und Klimawandel würden sich *direkt* beeinflussen. Jüngere Forschungsergebnisse deuten hingegen darauf hin, dass der Einfluss des Klimas als bestimmender Faktor für gewaltsame zwischenstaatliche Konflikte unwahrscheinlich

ist. Auch das Risiko innerstaatlicher Konflikte scheint vor allem auf weitere Kontextbedingungen zurückzuführen zu sein. Diese Erkenntnisse sprechen für einen *indirekten* Zusammenhang von Klimawandel als Konflikttreiber und Krisenmultiplikator.

Ein prägnantes Beispiel betrifft den seit über zehn Jahren anhaltenden syrischen Bürgerkrieg, der nicht zuletzt durch massive Fluchtbewegungen die europäische Außen- und Sicherheitspolitik betrifft. Während frühe Stimmen den Klimawandel als treibende Kraft des Bürgerkrieges erkannt haben, verweisen jüngere Forschungen auf ein komplexes Gefüge, in dem zunehmender Umweltstress (etwa durch eine langjährige Dürreperiode) lediglich eine Komponente bildet. Neben der umfassenden und brutalen Repression durch das Regime hatten auch weitere Faktoren wie eine Liberalisierung der Agrarwirtschaft und Subventionsabbau, Korruption, fehlende Partizipationskanäle und Misswirtschaft ebenfalls einen wesentlichen Anteil.

Die Diskussion über die auslösenden Faktoren des syrischen Bürgerkrieges offenbart zugleich, dass es nach wie vor schwierig bleibt, die Wirkungen globaler klimatischer Ereignisse in konkreten (regionalen) Kontexten zu bestimmen. Unklar bleibt ebenso, welche Strategien und Lösungsansätze entwickelt werden müssen, um den Einfluss von Klima- und Umweltstress auf Konfliktynamiken zu verringern oder ihm präventiv vorzubeugen.¹

UMWELTSTRESS ALS BEDROHUNGSMULTIPLIKATOR

Betrachtet man den Mittelmeerraum, offenbaren sich zahlreiche Anknüpfungspunkte, die einerseits die wachsende Bedrohung durch Klima- und Umweltstress aufzeigen und andererseits vermitteln, dass Lösungsansätze für diese Probleme gemeinschaftlich und staatsübergreifend zu suchen sind. Grundsätzlich lassen sich verschiedene Bedrohungsszenarien unterscheiden:

Erstens ist der geografische Raum, der die Mittelmeeranrainerstaaten umfasst, von langfristigen Klimaveränderungen betroffen. Dies trifft vor allem auf die stark besiedelten Küstenregionen zu, die von einem ansteigenden Meeresspiegel bedroht sind. Regionale Klima- und Temperaturschwankungen sind ebenso zu erwarten wie ausbleibende Niederschläge oder starke Unwetter. Beispielsweise zeigen Prognosen, dass die Durchschnittstemperatur in Nordafrika und im Nahen Osten von derzeit 43 Grad Celsius bis zur Jahrhundertmitte auf 46 Grad Celsius und bis zum Ende des Jahrhunderts auf beinahe 50 Grad Celsius ansteigen könnte. In urbanen Zentren könnte der Temperaturanstieg noch drastischer ausfallen. Gleichzeitig treten immer häufiger Hitzewellen auf, die sich auf die Sterberate auswirken. Verlängerte Dürreperioden verstärken die bereits akute Wassernot in der Region. Hydrologische

Extremereignisse, wie Extremniederschläge, Sturzfluten, sowie Naturgefahren, wie Erdbeben und Erdbeben, werden ebenfalls häufiger und intensiver.

Zweitens verstärken anthropogene Einflüsse (zum Beispiel Verschmutzungen) den Klimawandel und Umweltstress. Das Mittelmeer, nicht nur für Küstengesellschaften Existenzgrundlage durch Fischerei, Landwirtschaft und Tourismus, belasten Plastikmüll und industrielle Schadstoffe. Recyclingmöglichkeiten und Regularien oder Kontrollinstanzen fehlen sowohl nördlich als auch südlich des Mittelmeeres. Gleichzeitig mangelt es an Wiederaufbereitungsanlagen für verschmutztes Süßwasser. Fehlt es zum einen an politischem Willen und konkretem Aktionismus, so spielen zum anderen auch strukturelle Probleme eine Rolle. Kriegerische Auseinandersetzungen haben in Gaza Infrastruktursysteme der Wasser- und Energieversorgung zerstört. Im Gegensatz zum israelischen Nachbarn sind die Möglichkeiten oftmals begrenzt, diese großtechnischen Systeme der Daseinsvorsorge wieder instand zu setzen.

STREIT UM RESSOURCEN

Verbunden mit diesen klima- und umweltbedingten Stressfaktoren sind Fragen des Ressourcenzugangs beziehungsweise der Ressourcenverteilung, die inner- und zwischenstaatliche Konflikte befördern. Dies wird wiederum im Zugang zur Ressource Wasser deutlich. Nahezu alle Staaten teilen gemeinsame Grundwasserreservoirs, Flüsse oder Seen. Nur in einigen wenigen Staaten wie Syrien, Jordanien, Israel oder dem Libanon existieren Abkommen, die die Verteilung der Ressource vertraglich regulieren. Wenngleich internationale „Wasserkriege“ aktuell als unwahrscheinlich gelten, führen anhaltende oder wieder aufkeimende Konflikte beteiligter Parteien immer wieder dazu, dass zwischenstaatliche Abmachungen entweder gar nicht zustande kommen oder wieder aufgelöst werden. Der künftige Wassermangel wird Ressourcenkrisen zwischen Staaten oder innerhalb verschiedener Ethnien einzelner Länder verschärfen und darüber hinaus Konflikte um Lebensmittelknappheit evozieren, insbesondere zwischen den agrarisch geprägten Ländern.

Auch die Frage einer künftigen Energiesicherung ist eng mit der Frage nach schwindenden Wasserressourcen verwoben, da Wasser nicht nur zur Aufbereitung der Energiegewinnung genutzt, sondern auch in energieintensiven Prozessen wie etwa der Entsalzung produziert wird. Um Energiesicherheit und öffentliche Güter sicherzustellen, Industrialisierung und Modernisierung voranzutreiben und unabhängig von Energieimporten zu werden, setzen viele Staaten neben der weiteren Erschließung konventioneller und nicht nachhaltiger Ressourcen wie Kohle, Öl und Gas auch auf die Nutzung von Technologien wie Nuklearenergie. Dabei sind viele dieser Maßnahmen

nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern können auch neue sicherheitspolitische Fragen aufwerfen. So müssten die nuklearen Bestrebungen von Ägypten, Israel oder der Türkei aus der Perspektive einer regionalen mediterranen Sicherheitsarchitektur erörtert werden. Jenseits dessen deuten die neu entdeckten Gasfelder im östlichen Mittelmeer bereits das künftige Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Staaten an, die auf diese Ressourcen Anspruch erheben.

Wechselwirkungen zwischen Klimafolgen und Sicherheitsrisiken haben auch eine politische Dimension, die sich in einer bewussten Instrumentalisierung politischer Eliten und vermehrtem Aktivismus der Straße widerspiegelt. Im Speziellen zeigt sich dies in den arabischen Mittelmeeranrainerstaaten, die oftmals durch Konflikte, autokratische Regierungsführung und schwache politische Institutionen, soziale Ungerechtigkeit, Korruption und massive Vertreibungs- und Fluchtbewegungen geprägt sind.

Einerseits haben zahlreiche arabische Staaten die Folgen des Klimawandels bewusst politisch instrumentalisiert. In der Vergangenheit wurde sozialen Minderheiten häufig der Zugang zu öffentlichen Gütern – insbesondere der Wasserversorgung – abgeschnitten, während sich bestimmte Eliten wie agrarische Großunternehmer in Ägypten, Libanon oder Syrien an den Ressourcen bereicherten. In den letzten Jahren haben einige Staaten begonnen, ihr „grünes“ Image zu stärken, wie die Ankündigungen großer Initiativen durch den marokkanischen König Mohammad VI. (etwa der *Moroccan Solar Plan* und der *Green Moroccan Plan*) oder jüngst durch den Kronprinzen Mohammad Bin Salman in Saudi-Arabien (der sogenannten *Saudi and Middle East Green Initiatives*) zeigen. Mit diesen Visionen brüsten sich Staatsoberhäupter vor der eigenen Bevölkerung und auf internationalem Parkett.

PULVERFASS SOZIALE UNRUHEN

Andererseits stellen die Folgen des Klimawandels und die Miswirtschaft politischer Regierungen auch ein Pulverfass für soziale Unruhen dar. Fragen, die um Umweltbelastungen oder den Zugang und zu Ressourcen und deren Verteilung kreisten, waren in Marokko, Tunesien oder im Libanon in den letzten Jahren eine wesentliche Triebkraft sozialer Proteste und Widerstandsbewegungen. Verringerte Subventionen infolge der Verteilungskonflikte beförderten soziale Exklusion sowie Misstrauen gegenüber Behörden und Politik, was oft in einem Vertrauensverlust in die jeweiligen Regierungen mündete.

Gleichzeitig kann ein steigendes ökologisches Bewusstsein eine Triebfeder für gesellschaftlichen Aktivismus bilden, die die jeweiligen Herrschaftsregime vor Herausforderungen stellt. Hier kann auf die sogenannten Gezi-Proteste in der Türkei 2013 verwiesen werden, bei denen die türkische Regierung – ähnliche Beispiele finden sich in Ägypten und im Iran – ihre

Machtlosigkeit im Umgang mit solchen *Bottom-up*-Prozessen demonstrierte. So wurden jegliche Formen von Umweltaktivismus unterdrückt, einige Nichtregierungsorganisationen verboten und Aktivisten eingesperrt.²

Zusammenhänge zwischen Konfliktdynamiken und Klima- und Umweltstress stellen ein komplexes Gefüge dar, dem neben ökologischen weitere sozioökonomische und politische Dimensionen zugrunde liegen. Ein umfassender Ansatz, der diese Dimensionen gleichgewichtig gegenüberstellt, ist eine essenzielle Voraussetzung für eine klimasensible Konflikttransformation. Gleichzeitig greift es zu kurz, die Klimakrise allein als Bedrohungsmultiplikator zu werten. Vielmehr bietet sie auch Chancen für Kooperationen und friedensfördernde Maßnahmen (*environmental peacebuilding*).

FRIEDENSFÖRDERNDER UMWELTSCHUTZ

Hierbei darf ein langfristig erfolgreicher und friedensfördernder Umweltschutz nicht auf kurzfristiger Symptombekämpfung beruhen, die nur auf die ökologischen Gefahren fokussiert ist. Vielmehr muss im Zuge verstärkter Präventivmaßnahmen auf eine umfassende Analyse gesetzt werden. Diese müsste zunächst verbesserte Strukturen für einen gerechten Zugang und eine kollektive Verteilung von Ressourcen umfassen. Gleichzeitig müssen die komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen sozioökonomischen und politischen lokalen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, da umweltbezogene Konflikte und Krisen oft im Kontext schwacher Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung entstehen. Ebenjene systemische Beurteilung sollte in bereits existierenden Kooperationsformaten eine präsentere Rolle einnehmen. Stellvertretend seien hier die Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz der Mittelmeerunion, die Barcelona-Konvention mit ihrem *Mediterranean Action Plan* sowie Erwägungen eines *Green Deals* genannt, der den gesamten Mittelmeerraum umfassen soll.³

Ferner müssen lokale Initiativen zur transnationalen Umwelt- und Ressourcenkooperation gestärkt werden. Ein Beispiel ist der sogenannte *Green Blue Deal* der Organisation *EcoPeace*, der sich für eine friedliche regionale Wasserverteilung und -nutzung sowie Energiesicherheit zwischen Israel, Palästina und Jordanien einsetzt. Ähnliche Mechanismen müssten auch in anderen Regionen für viele weitere Themenfelder (beispielsweise Sandstürme, Wüstenbildungen) oder Abkommen zu transnationalen Umweltkatastrophen (etwa Nuklear- oder Ölunfälle) entwickelt und implementiert werden. Sie könnten nicht nur grenzüberschreitenden Umweltkonflikten vorbeugen, sondern multilaterale Kooperationen zwischen den Einzelstaaten initiieren. Zudem sollte auf nationalstaatlicher Ebene ein klimasensibler Dialog gefördert werden, der die Zivilgesellschaft und sozial benachteiligte

Bevölkerungsgruppen in Entscheidungsprozesse einbezieht. Dies sollte einhergehen mit umfassenden Bildungsmaßnahmen und -kampagnen, die die breite Bevölkerung für die Gefahren von Klimawandel und Umweltstress sensibilisiert. Ein friedensfördernder Umweltschutz müsste letztlich auch neue politische Partizipationskanäle eröffnen, aber auch eng mit dem Schutz der Menschenrechte verknüpft werden. Beides zusammen könnte umweltbedingten Migrationsbewegungen entgegenwirken.

¹ Für einen Überblick siehe Adrien Detges / Daniel Klingensfeld / Christian König / Benjamin Pohl / Lukas Rüttinger / Jacob Schewe / Barbora Sedova / Janani Vivekananda: 10 insights on climate impacts and peace, Adelphi, Berlin 2020, www.adelphi.de/de/publikation/10-insights-climate-impacts-and-peace [letzter Zugriff: 12.04.2021].

² Für einen Überblick siehe Jeannie Sowers: „Environmental Activism in the Middle East and North Africa“, in: Harry Verhoeven (Hrsg.): *Environmental Politics in the Middle East*, Oxford University Press, Oxford 2018, S. 27–52.

³ Siehe etwa Julia Choucair Vizoso / Mohamed Behnassi / Zied Boussen / Georgeta Vidican Auktor / Karolina Zobel: *A Euro-Mediterranean Green Deal? Towards a Green Economy in the Southern Mediterranean*, EUROMESCO Policy Study, März 2021, www.euromesco.net/wp-content/uploads/2021/03/A-Euro-Mediterranean-Green-Deal-Towards-a-Green-Economy-in-the-Southern-Mediterranean-1.pdf [letzter Zugriff: 12.04.2021].

Erfahren Sie
mehr über das
Auslandsbüro
in Italien.

Stolz und Frust

Italiens Mittelmeerpolitik

NINO GALETTI

Geboren 1972 in Fribourg (Schweiz),
Leiter des Auslandsbüros Italien
der Konrad-Adenauer-Stiftung mit
Sitz in Rom.

Ein Blick auf die Landkarte genügt, um die
Bedeutung des Mittelmeers für Italien zu
erkennen: Das stiefelförmige Land liegt im
Zentrum des vormaligen „Mare nostrum“.

Die Nähe zu Nordafrika und zum Nahen

Osten ist nicht nur geografisch, sondern auch historisch gegeben. Die wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen Italiens zu seinen gegenüberliegenden Küsten bestehen seit der Antike und haben im Mittelalter und in der Neuzeit im gesamten Mittelmeerraum zahlreiche Spuren hinterlassen.

Schiffbau, Fischerei und Küstentourismus leisten heute einen nicht unerheblichen Beitrag zum italienischen Bruttoinlandsprodukt. Die italienische Wirtschaft ist insbesondere im Bereich der Energieversorgung auf freie Handelsrouten und sichere Häfen im Mittelmeer angewiesen. Denn das Land

ist von Energieimporten abhängig: So speist sich die Hälfte des in Italien benötigten elektrischen Stroms aus Erdgas. Über neunzig Prozent des Erdgases wird importiert, davon ein Fünftel als Flüssiggas auf Schiffen, der Rest über Pipelines, die quer durch das Mittelmeer verlaufen und vom Balkan oder aus Nordafrika kommen.

Seit dem Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ vor zehn Jahren sieht sich Italien als Mitglied einer stabilen Europäischen Union (EU) einer Reihe instabiler Staaten im nördlichen Afrika und in Nahost gegenüber, in denen die politischen Umwälzungen zu Unruhen und bewaffneten Konflikten geführt haben – und in deren Folge organisiertes Verbrechen, transnationaler Terrorismus und illegale Einwanderung begünstigt wurden; Phänomene, die Italien als eines der ersten Länder der Europäischen Union erreichten. Besonders sichtbar wird dies in den Bildern über die Ankunft von Bootsflüchtlingen auf Lampedusa.

SCHUTZ UND FÖRDERUNG ITALIENISCHER INTERESSEN

Italiens Interesse an politischer und sozialer Stabilität im Mittelmeerraum ist vor diesem Hintergrund besonders ausgeprägt, und das Thema wurde schon früh in der italienischen Öffentlichkeit erörtert. In ihrem 2015 veröffentlichten *Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik* hat die italienische Regierung die Absicht bekundet, ihren Fokus stärker als in den Jahrzehnten zuvor auf die Sicherheit in der Mittelmeerregion zu richten. Das bis dahin globale Engagement Italiens und seiner Militärstreitkräfte, die im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union in knapp dreißig Auslandsmissionen aktiv waren, sollte künftig stärker an den nationalen Interessen Italiens ausgerichtet und in den „erweiterten Mittelmeerraum“ verlagert werden. Hierzu zählt Italien neben dem eigentlichen Mittelmeer auch das Schwarze Meer, das Rote Meer, das Horn von Afrika und den Persischen Golf sowie die Sahel-Staaten.

Zum Schutz und zur Förderung italienischer Interessen verfolgt die italienische Politik das Ziel, die benachbarten Mittelmeerländer zu stabilisieren, wirtschaftliche Entwicklung durch Zusammenarbeit zu ermöglichen und die ungesteuerte Migration einzudämmen. Dabei kann Italien von einem funktionsfähigen und vergleichsweise gut ausgerüsteten Militär, einem exzellent ausgebildeten diplomatischen Korps, expansionswilligen italienischen Unternehmen und einer aktiven Landschaft von Nichtregierungsorganisationen sowie den traditionell engen und guten Verbindungen zur katholischen Kirche profitieren.

In der italienischen Außenpolitik gibt es die Überzeugung, als kleinste der großen Mächte Europas die eigenen Interessen nicht im Alleingang,

sondern nur gemeinsam mit Verbündeten durchsetzen zu können. Deswegen hat Italien seit dem Zweiten Weltkrieg stets einen multilateralen Ansatz gewählt. Nach 1945 war es – ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland – zunächst das Ziel, die vorangegangene Feindschaft zu den westeuropäischen Nachbarn zu überwinden und als gleichberechtigter und gleichwertiger Partner wahrgenommen zu werden. Gleichzeitig bietet der multilaterale Ansatz der italienischen Politik die Möglichkeit, andere, größere Partner für die Verwirklichung der eigenen Ziele gewinnen und bei deren Umsetzung mit einbinden zu können.

ANDAUERENDE MISSSTIMMUNG GEGENÜBER FRANKREICH

Italiens politischer Führung waren dementsprechend die Bündnistreue zur NATO und zur Europäischen Union sowie gute Beziehungen zu den USA und den europäischen Partnern meist oberste Priorität. Die Änderung der langjährigen Mittelmeerpolitik der USA unter den US-Präsidenten Barack Obama und Donald Trump, insbesondere das ausbleibende Engagement in den bewaffneten Konflikten in Libyen und Syrien und das damit zusammenhängende Auftreten neuer Mächte wie Russland oder der Türkei im Mittelmeerraum, hat bei italienischen Politikern Besorgnis ausgelöst. Diese Erfahrungen haben die italienische Politik darin bestärkt, innerhalb der NATO und der Europäischen Union beharrlich eine größere Fokussierung auf die Südflanke einzufordern. Dabei wird insbesondere im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich der NATO traditionell Vorrang gegenüber anderen möglichen Akteuren, etwa der Europäischen Union, gegeben. So ist es Italien auch wichtig, mit dem Gemeinsamen Streitkräftekommando in Neapel und dem *NATO Defense College* in Rom zwei wichtige Institutionen des Verteidigungsbündnisses zu beherbergen und auch auf diese Weise seine Bündnistreue zu demonstrieren.

Auf diplomatischer und militärischer Arbeitsebene erfährt Italien für seine konstruktive Rolle und seine dauerhafte Präsenz viel Anerkennung. Politisch und öffentlich findet Italiens strategische Rolle im Mittelmeer jedoch wenig Beachtung. Das Ziel, die Aufmerksamkeit der Partner in NATO und EU auf die Mittelmeerregion zu lenken, ist bislang nur teilweise erreicht worden. Auch die regelmäßigen, kurz aufeinanderfolgenden Regierungswechsel in Rom sind hierfür eine Ursache: In den vergangenen zehn Jahren, zwischen 2011 und 2021, gab es in Italien sieben Premierminister, neun Außenminister und sechs Verteidigungsminister. Diese ständigen Wechsel behindern eine nachhaltige Einflussnahme im Rahmen der NATO- beziehungsweise auf den EU-Gipfeltreffen. Auch tragen das persönliche Auftreten einzelner italienischer Spitzenpolitiker oder die öffentliche Beschimpfung

anderer Staats- und Regierungschefs nicht dazu bei, dass Italien im gewünschten Maße seine Interessen geltend machen, Führung übernehmen oder langfristige Visionen formulieren kann.

Gleichzeitig besteht in Italien die ständige Furcht, vom deutsch-französischen Tandem abgehängt zu werden. Nicht umsonst erinnern italienische Politiker immer wieder daran, dass Italien ein Gründungsmitglied der Europäischen Union ist und deren Gründungsverträge 1957 in Rom unterzeichnet wurden. Nach dem Brexit ist Italien der drittgrößte Staat der Europäischen Union und versucht, dies gegenüber Berlin und Paris deutlich zu machen. Doch auch Frankreichs Führungsanspruch innerhalb der Europäischen Union ist nach dem Brexit – insbesondere im militärischen Bereich – gewachsen. Die Neigung Frankreichs zu einseitigen militärischen Maßnahmen wird in Italien als problematisch angesehen: Insbesondere die französische Intervention in Libyen 2011 und das seither in einem unübersichtlichen Konflikt verharrende Land hat in Rom für andauernde Missstimmung gegenüber Frankreich gesorgt. Darüber hinaus ist Italien das zunehmende Engagement des NATO-Partners Türkei in Libyen ein Dorn im Auge.

ALLEINGELASSEN MIT DEN KRISEN

In Libyen ist Italien grundsätzlich bereit, aufgrund der geografischen Nähe, der historischen Bezüge und der wirtschaftlichen Verbindungen eine regionale Führungsrolle wahrzunehmen. Italien spricht mit allen Konfliktparteien und war eines der wenigen Länder, die ihre Botschaft in Tripolis auch während der bewaffneten Auseinandersetzungen dauerhaft offen gehalten hatten. Dass im Libyen-Konflikt noch keine Lösung gefunden wurde, hat aus italienischer Sicht damit zu tun, dass die Hinweise Italiens weder in Washington noch in London, Paris oder Berlin ausreichend Beachtung finden. Es frustriert Italiens Politiker, dass über einen allzu langen Zeitraum weder die NATO noch die Europäische Union ein wirkliches Interesse an der Mittelmeerregion entwickelt haben und gegenüber italienischen Bedürfnissen und Interessen gleichgültig und untätig geblieben sind. In Rom ist die Meinung weit verbreitet, dass Italien seine Partner lange Jahre durch internationales militärisches Engagement unterstützt habe, jedoch mit den Krisen im Mittelmeerraum alleingelassen wird.

Dass Berlin inzwischen die italienischen Befindlichkeiten besser versteht und die Probleme ernst nimmt, zeigt sich daran, dass die Bundesregierung nach 2020 bereits zum zweiten Mal eine internationale Libyen-Konferenz einberufen hat. Die Bundesregierung unterstreicht damit, dass Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum nicht mehr nur eine Angelegenheit der Anrainerstaaten, sondern eine Aufgabe für ganz Europa – und damit auch für Deutschland – ist.

Erfahren Sie
mehr über das
Auslandsbüro in
Frankreich.

Trikolore am Mittelmeer

Frankreich zwischen Sicherheits- und Handelsinteressen und
der Aufarbeitung seiner Kolonialgeschichte

CAROLINE KANTER

Geboren 1975 in Mainz,
Leiterin des Auslandsbüros
Frankreich der Konrad-Adenauer-
Stiftung mit Sitz in Paris.

Frankreichs Mittelmeerpolitik ist bis heute
durch die französische Kolonialgeschichte ge-
prägt, die die bilateralen Beziehungen sowie
die geostrategischen Überlegungen beein-
flusst. Das Mittelmeer bildet nicht nur die

Südgrenze Frankreichs, sondern auch die Außengrenze der Europäischen Union (EU). Das bringt sicherheitspolitische Herausforderungen mit sich, denen Frankreich mit strategischen und diplomatischen Bemühungen begegnet. Auf europäischer Ebene versucht Frankreich, den Mittelmeerraum auf die Agenda zu setzen und sich als Hauptakteur zu positionieren.

Mit dem *Sommet des deux Rives de la Méditerranée* („Gipfel der zwei Mittelmeerküsten“) im Juni 2019 wollte Staatspräsident Emmanuel Macron frischen Wind in die seit 2008 eingeschlafene multilaterale Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion bringen. Ziel war die Gründung einer „G-10-Mittelmeergruppe“, die Initiativen der Union für das Mittelmeer (*Union for the Mediterranean*, UfM) in eine intensivere, praxis- und projektorientierte Zusammenarbeit überführen sollte. Auf südeuropäischer Seite nahmen

Frankreich, Italien, Spanien, Malta und Portugal, auf nordafrikanischer Seite Tunesien, Marokko, Algerien, Libyen und Mauretanien teil. Macron strebte ein breites Themenspektrum an: neben Sicherheits- und Migrationsfragen – die bei bisherigen 5+5-Gesprächen Schwerpunkt waren – die Themen Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit; Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie Bildung, Kultur, Tourismus und Medien. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden in den Konsultationsprozess eingebunden, und man einigte sich auf fünf Schwerpunkte für die künftige Kooperation: Jugend, Wissen und Mobilität; nachhaltiges Mittelmeer: verbunden mit dem Ziel des „Zero Waste“ und niedrigem Kohlenstoffausstoßes; Einsatz für einen plural-kulturellen Mittelmeerraum; Förderung von Innovation und digitaler Transformation und die Schaffung des Mittelmeerraums der Städte. Darüber hinaus ging es Macron darum, mit dem Gipfel der zwei Mittelmeerküsten zum 25. Jahrestag des Barcelona-Prozesses – einer Initiative aus dem Jahr 1995 mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen Europa und den Ländern des Mittelmeers zu stärken – neue Impulse zu setzen. Der Gipfel wird von einigen Experten allerdings als Enttäuschung gewertet, da er nur zu allgemeinen Absichtserklärungen führte. Vierzehn Pilotprojekte sind bislang lanciert worden, die erste Ergebnisse hervorgebracht haben. Vor allem die Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Akteure wird positiv bewertet.

TRADITIONELLE EINFLUSSSPHÄRE

Mit dem Marinestützpunkt in Toulon hat Frankreich seine wichtigste Marinebasis an der Mittelmeerküste etabliert. Zudem wurden mit den meisten Ländern rund um das Mittelmeer strategische Partnerschaften geschlossen. Frankreich ist darum bemüht, eine gemeinsame europäische Front gegen externe Bedrohungen, wie beispielsweise eine ungesteuerte Migration, aufzubauen. Wenn dies nicht gelingt, ist Frankreich auch gewillt, eigenständig zu handeln.

Die nicht erfüllten Erwartungen des „Arabischen Frühlings“, die zu Instabilität in der Region führten, veranlassten Frankreich zu proaktivem Handeln. Dazu gehören bis heute die Bekämpfung des Terrorismus und des illegalen (Menschen-)Handels, der Einsatz für den Erhalt der Rechtsstaatlichkeit und die Durchsetzung des Völkerrechts. Darüber hinaus versucht Frankreich, die zunehmende Einflussnahme Chinas und Russlands in der Region einzudämmen.

Französische Interventionen in Libyen und der Konflikt mit der Türkei zeigen, dass Frankreichs Interessen und Vorgehensweisen nicht immer in Absprache und Einklang mit den anderen europäischen Partnern stehen. So setzte Frankreich in Libyen lange Zeit nicht auf die von den Vereinten Nationen anerkannte „Regierung der Nationalen Übereinkunft“, sondern hielt an General Chalifa Haftar fest.

Die angespannten Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei müssen in einem größeren geopolitischen Kontext betrachtet werden. Frankreich, das das Mittelmeer als traditionelle Einflussosphäre erachtet, sieht türkische Ambitionen im östlichen Mittelmeer mit Argwohn. Der Rückzug der Vereinigten Staaten von Amerika aus diesem Raum hat ein Machtvakuum hinterlassen, das die Rivalität um Einfluss im östlichen Mittelmeer verstärkt. Frankreich stellte sich in dem Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei klar an die Seite seines EU-Partners und forderte ein solidarisches, unter den EU-Ländern abgestimmtes Vorgehen zur Unterstützung Griechenlands. Im September 2020 sprach sich Staatspräsident Macron für die Schaffung einer „Pax Mediterranea“ aus, verbunden mit dem Ziel, die Türkei, der er später in einem Interview „kriegerisches Verhalten“ und „imperialistische Neigungen“ vorwarf, zu stoppen. Macron verfolgt in Einklang mit seinen Vorgängern das Ziel, eine regionale Ordnung im Mittelmeer zu schaffen, bei der Frankreich unter Einbeziehung anderer südeuropäischer Staaten die Federführung übernimmt. Anzeichen dafür sind Frankreichs Verkauf von Rafale-Kampfflugzeugen an Griechenland, die Verlegung des Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“ in das östliche Mittelmeer und die Teilnahme an gemeinsamen Militärübungen mit Zypern und Griechenland.

STRATEGISCHE BEDEUTUNG

Frankreichs Mittelmeerpolitik wurde in den vergangenen Jahren zunehmend von dem Kampf gegen islamistischen Terrorismus und den Migrationsbewegungen geprägt. Ein knappes Jahr vor den französischen Präsidentschaftswahlen dominiert das Thema innere Sicherheit die innenpolitische Debatte. Staatspräsident Macron sieht sich vor allem von der rechten und konservativen Opposition bedrängt. Die Regierung setzt sich deshalb bei ihren europäischen Partnern für verschärfte Grenzkontrollen und einen verstärkten Austausch im Anti-Terror-Kampf ein. Innenminister Gérard Darmanin bemüht sich in Tunesien und Algerien um schnellere Rücknahmeverfahren islamistischer Gefährder. Terroristische Anschläge auf französischem Boden haben auch den Ruf nach einem starken Staat und der Verteidigung republikanischer Prinzipien laut werden lassen. Macron hat sich in dieser Debatte für Laizismus und die Aufrechterhaltung republikanischer Werte gegen radikalen Islamismus eingesetzt.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den Mittelmeeranrainern sind in Teilen auch mit strategischen Interessen verknüpft. Die Handelsbeziehungen machen circa zwanzig Prozent des französischen Handelsvolumens aus und konzentrieren sich vor allem auf die Mittelmeeranrainer unter den EU-Mitgliedstaaten. Der Handel spielt für die Aufrechterhaltung der kulturellen und diplomatischen Beziehungen eine wichtige Rolle, vor allem, weil

einige Importprodukte, wie etwa Gas- und Kohlenwasserstoffimporte, von strategischer Bedeutung sind. So stammen siebzehn Prozent der französischen Petroleumimporte aus Algerien und Libyen.

Die Havarie eines Containerschiffs im Suezkanal im Frühjahr 2021 hat erneut die strategische Bedeutung des Mittelmeerraums als Handelsregion demonstriert: 25 Prozent des weltweiten Seeverkehrs und dreißig Prozent des Ölhandels sowie 200 Millionen Menschen passieren jährlich das Mittelmeer. Somit ist diese Region nicht nur für Frankreich, sondern auch für Europa von hoher strategischer Relevanz. Durch Waffenexporte in ausgewählte Partnerländer versucht Frankreich darüber hinaus, seinen Einfluss zu stärken.

Bei allen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Motiven, die Frankreichs Mittelmeerpolitik beeinflussen, gilt es, die historischen und kulturellen Bindungen zum Mittelmeerraum und den Anrainerstaaten zu berücksichtigen. Frankreich ist in der Wahrnehmung seiner Bevölkerung ein „lateinisches Land“ mit mediterraner Tradition und Geschichte. Über zwölf Prozent der in Frankreich lebenden Bevölkerung stammen aus Mittelmeerländern; diese pflegen weiterhin enge Beziehungen zu ihren Ursprungsländern. Auch aufgrund der doppelten Staatsbürgerschaft vieler aus dem Maghreb stammender Franzosen existieren starke Bindungen. Das birgt sowohl Chancen als auch Konfliktpotenzial. Eine Vielzahl von Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft fühlt sich als Bürger zweiter Klasse. Staatspräsident Macron sorgt sich um den Zusammenhalt der französischen Gesellschaft. Um sowohl die interne als auch die externe Spannung abzubauen, hat Macron es sich zur Aufgabe gemacht, eine gerechte und präzise Aufarbeitung der Kolonialgeschichte voranzutreiben. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit bezeichnete er den Algerienkrieg als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das hat ihm nicht nur Anerkennung, sondern auch harsche Kritik eingebracht. Der von Macron beauftragte Historiker Benjamin Stora hat eine Reihe von konkreten Vorschlägen unterbreitet, die darauf abzielen, das Verhältnis zwischen Algerien und Frankreich zu verbessern und die Vergangenheit aufzuarbeiten.

Bei der Formulierung seiner zukünftigen Mittelmeerpolitik muss Frankreich die innenpolitische, europapolitische und globale Dimension berücksichtigen. Es ist wichtig, dass Frankreich die Aufarbeitung seiner Kolonialgeschichte glaubwürdig fortsetzt und es mit der Frankophonie zu einem zukunftsorientierten Dialog auf Augenhöhe kommt. Frankreichs politische und strategische Ziele können nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich in eine europäische Herangehensweise einbetten lassen. Es ist im gesamteuropäischen Interesse, Frankreich – neben anderen südeuropäischen Staaten wie Italien – mit seinen Erfahrungen, Fähigkeiten und seinem strategischen Ansatz eine Führungsrolle einzuräumen. Allerdings gilt es auch, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und nicht den Südeuropäern allein den Mittelmeerraum und Nord- und Osteuropa die östliche EU-Außengrenze zu überlassen.

Wie ein Sprung von der Klippe

Start-up-Kultur in Tunesien

AMEL SAIDANE

Geboren 1979 in Tunis (Tunesien), Unternehmerin, Ecosystem Builder und Expertin für digitale Transformation; Präsidentin von „Tunisian-Startups“, dem ersten Verband tunesischer Start-up-Unternehmer; Mitbegründerin und Geschäftsführerin von „BetaCube“, einem Unternehmen für FinTech- und Mobilitätslösungen; Mitbegründerin von „Digital2Value“, einer digitalen Transformationsplattform für kleine und mittelständische Unternehmen.

„Über die Nachricht, dass Expensya zwanzig Millionen Dollar aufgebracht hat, habe ich mich heute Morgen so gefreut, als hätte ich das Geld für mein eigenes Geschäft akquiriert. Wir werden es schaffen! Wir werden dieses Land aufbauen!“, so Ameni Mansouri. Sie ist die Gründerin von *Dabchy*, einer in Tunis beheimateten *Peer-to-Peer*-(P2P)-Plattform für Modeartikel, die kürzlich nach Ägypten expandierte. *Expensya* ist ein von zwei ehemaligen Microsoft-Ingenieuren entwickeltes Kostenmanagementprogramm.¹

Amenis aufrichtige Freude und ihre Hingabe sind typisch für die Start-up-Kultur Tunesiens. Diese junge Kultur ist geprägt von einer Mischung aus Selbstvertrauen, Humor und Einfallsreichtum. Und die braucht es, wenn man improvisiert, wie von Zauberhand in letzter Minute Lösungen findet und trotz aller Widrigkeiten überlebt. Es ist eine Kultur der Offenheit, des Teilens, der gegenseitigen Unterstützung. Kleine und große Erfolge werden genauso gefeiert wie die Standhaftigkeit derer, die sich entschlossen haben, zu bleiben und das Land weiter aufzubauen, obwohl sie doch hätten gehen können. Es ist eine Kultur des gemeinsamen Gestaltens und Entwickelns. Man fällt hin, und man steht wieder auf.

Wenn ich an die tunesische Start-up-Szene denke, dann daran, wie lässig „Untergrund“-Künstler ihre originellen, einfallsreichen und rebellischen Geschichten erzählen und wie mühelos sie sich verständigen. Aber mir fällt auch der unternehmerische Ernst ein, den die Pioniere dieser Szene an den Tag legten. Damals lebten sie häufig noch in der tunesischen Diaspora, sammelten Erfahrungen in der Welt, oft in Europa. Zurückgekehrt sind sie vor oder nach der Revolution, fest entschlossen, zum Wohlstand und zur Entwicklung ihres Heimatlandes beizutragen.

In den vergangenen Jahren wurde die Start-up-Szene für junge Leute immer attraktiver, sahen sie doch, welche reizvollen Möglichkeiten sie bot. Ihre offene, flexible und dynamische Kultur hat die klassische Arbeitswelt abgehängt.

Die tunesische Wirtschaft steht vor großen Problemen. Sie verliert zusehends an Boden. Die COVID-19-Pandemie lässt die Schwächen der Regierung und die Wirtschaftsprobleme deutlicher zutage treten. Das allgemeine Geschäftsklima ist ziemlich düster. Der Mittelstand stirbt aus, und auf der politischen Bühne dominieren Spannungen, Egoismus, Inkompetenz und Kurzsichtigkeit. Ganz anders in der Start-up-Szene: Sie löst Probleme, und sie verbreitet Hoffnung. Vielleicht weil die Start-up-Welt kein Nullsummenspiel ist. Jede ihrer Innovationen schafft einen neuen Markt, und die Wettbewerbsbedingungen werden ständig austariert. Hier kommen Gleichgesinnte zusammen, man hat eine gemeinsame Vorstellung von der Zukunft des Landes und leistet mit seinem eigenen Geschäft oder im Rahmen von Förderprogrammen seinen Beitrag.

Vor einigen Jahren zog die tunesische Start-up-Szene die Aufmerksamkeit internationaler Medien auf sich, und zwar wegen eines Gesetzes, das innovativen, skalierbaren Start-ups Vorteile bietet. Dieses *Bottom-up*-Gesetz haben die Start-ups gemeinsam mit der Regierung geschaffen. Die Zusammenarbeit hat unter Beweis gestellt, dass eine wirkungsvolle partizipative Politik möglich ist: Unternehmer und Organisationen unterstützen Start-ups, und gemeinsam hat man die Chance, die Zukunft der Wirtschaft und des Landes mitzugestalten. Das Gesetz trat im April 2019 in Kraft und verlieh der Start-up-Szene einen kräftigen Schub: Es trieb die Neugründungen

voran, und in der Folge entwickelten sich neue und belastbare Netzwerke, die das Interesse ausländischer Investoren weckten. Tunesien zeichnet sich in der MENA-Region (*Middle East & North Africa*, Nahost und Nordafrika) durch sein großes technisches Innovationspotenzial und durch eine aktive Start-up-Community aus, die innovationsfreundliche Veränderungen in den rechtlichen und wirtschaftlichen Strukturen vorantreibt. Nicht zuletzt verfügt Tunesien über einen einzigartigen Zugang zu den europäischen Märkten.²

Die DNA der Start-up-Landschaft gründet auf der DNA ihrer Unternehmer und Netzwerker. Den typischen tunesischen IT-Unternehmer gibt es nicht: Es ist der Wissenschaftler, der Roboter baut, die die tunesische Polizei während eines Lockdowns unterstützen.³ Es sind Leute, die ein Unternehmen verlassen, um einen *Software-as-a-Service* (SaaS) zu entwickeln und mit Uber oder mit der Deutschen Telekom zusammenarbeiten. Oder aber KI-Unternehmer, die die Daten der Deutschen Bahn verarbeiten.⁴

Dann gibt es noch den jungen Unternehmer, der sein Studium abgebrochen hat und das meistgenutzte ERP-System (*Enterprise-Resource-Planning*) für Mittelständler im Land und bald auch in der Region entwickelt hat. Wir wissen allerdings auch, dass etwa zwei Drittel aller Start-up-Gründer über einen Master oder Doktorgrad verfügen – wenig überraschend angesichts des hohen Bildungsniveaus in der Bevölkerung, auch wenn es oftmals für niedrig gehalten werden mag. Bemerkenswert ist auch die Diversität: Jede vierte Gründung erfolgt durch eine Frau. In Anbetracht der Tatsache, dass in Tunesien sechzig Prozent aller Absolventen der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik Frauen sind, sind das dennoch zu wenig. Doch verglichen mit der Mehrheit der europäischen Länder kann sich ihr Anteil sehen lassen.

VOM SILODENKEN WEGKOMMEN

Nach der Revolution haben wir die Redefreiheit entdeckt; wir haben entdeckt, dass wir jeder für sich, aber auch in der Gemeinschaft Projekte entwickeln können, dass selbst Einzelvorhaben ihren Zweck haben und für uns und für die Gesellschaft erfüllend sein können. Wir haben entdeckt, dass wir Einfluss ausüben können in dieser Welt, dass Gemeinschaften machtvoll sind und dass sie Veränderungen vorantreiben können. Unternehmer und ihre Netzwerke begannen, eine gemeinsame Vision zu entwickeln. Das „Ökosystem“ strukturierte sich, und *TunisianStartups* wurde gegründet: ein Verband, der dem „Start-up-Ökosystem“ eine Stimme verleiht. Die Idee hatten Unternehmer, die sich für die Start-ups verantwortlich fühlten und den Status quo infrage stellten. Sie alle standen vor denselben Herausforderungen, teilten dieselben Geschichten – doch vor allem teilten sie eine Vision.

In den vergangenen Jahren wurde in Tunesien darum gerungen, welcher Schritt auf den nächsten folgen soll. Die Herausforderungen waren groß, aber es war auch vieles möglich. Wir haben gelernt, dass es keine Geheimrezepte gibt. Man muss immer wieder neu an die Dinge herangehen und sich den Gegebenheiten anpassen – eben so, wie ein schlankes Start-up agiert.

Tunesien muss vom Silodenken wegkommen, wir müssen offen und kooperativ kommunizieren. In Tunesien braucht es Widerstandsfähigkeit und die Bereitschaft, die Richtung zu wechseln, wenn klar wird, dass man den falschen Weg eingeschlagen hat. Man muss Rückschläge hinnehmen, und statt sinnlos zu debattieren, hart arbeiten. So, wie die Start-up-Kultur es vormacht. Man könnte dagegenhalten, dass es zu spät ist, dass wir keine Zeit mehr haben, immer wieder loszulaufen und Neues zu probieren. Es stimmt: Wir haben nach der Revolution kostbare Zeit mit Experimenten vertan. Wir haben Zeit verschwendet, in der wir hätten lernen können. Doch der Preis für das Nichtstun ist heute höher als je zuvor.

DISRUPTIVER START-UP-GEIST

In der tunesischen Wirtschaft ist der Wettbewerb sehr traditionell organisiert. Traditionelle Geschäftsmodelle basieren auf Knappheit; Wert entsteht aus dem Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen, die nur begrenzt verfügbar sind. Exponentielle Technologien erzeugen einen Überfluss an allem – von Informationen bis zur Energie. Die größte Herausforderung besteht also darin, Geschäftsmodelle zu entwickeln, die auf Überfluss gründen. Klassische Beispiele sind *Uber*, *Airbnb* und *Alibaba*, eine führende Online-Plattform für den globalen Großhandel. *Alibaba* hat das Geschäft kleiner und mittelständischer Unternehmen in China völlig umgekrempelt – und das in einem Land, das einst wegen seiner unzähligen Handelshemmnisse berüchtigt war.

Was Tunesien braucht, ist der disruptive Geist der Start-ups. Das ist der einzige Ausweg. Schrittweise Änderungen retten das Land nicht mehr. Wir müssen groß denken und mutig voranschreiten. Es sind völlig neue Ansätze notwendig, um Überfluss mithilfe von Modellen wie Plattformen zu schaffen. Tunesiens Wirtschaft und Innovatoren ersticken an einem in den 1940er-Jahren entworfenen und in den 1970er-Jahren angepassten Devisenbewirtschaftungssystem. Start-ups müssen jedoch weltweit konkurrieren, sie müssen die Barrieren des tunesischen Marktes schnell überwinden; die Grenzen sind zu eng. Start-ups gehören in die Welt.

Der veraltete Rechtsrahmen bildet eines der Haupthindernisse bei der Entwicklung von Lösungen für Finanzdienstleistungen, Handel und Export. *FinTech*-Start-ups bieten nicht nur Lösungen für Firmen, die auf Wachstum und Transformation angewiesen sind; sie sorgen auch für mehr soziale Einbindung und helfen so bei der Bewältigung sozialer Probleme.

Eine Studie der Washingtoner Denkfabrik CGAP (*Consultative Group to Assist the Poor*, Beratungsgruppe zur Unterstützung der Armen) über das finanztechnische „Ökosystem“ der arabischen Welt schätzt, dass die Hälfte aller tunesischen *FinTech*-Firmen die finanzielle Inklusion vorantreiben könnte: Sie verbessern für Menschen mit geringem Einkommen und für Mikro- oder Kleinunternehmen den Zugang zu Finanzdienstleistungen, aber auch deren Qualität, oder senken die Kosten.

Mithilfe von *FinTechs* könnte Tunesien für mehr finanzielle Inklusion sorgen und etwa eine Milliarde US-Dollar an zusätzlichen Einnahmen pro Jahr für den Finanzsektor generieren, Arbeitsplätze schaffen und sein Know-how exportieren – so, wie es andere arabische Länder bereits tun.

Der Rechtsrahmen gründet in Tunesien auf einem Prinzip: „Alles ist verboten, es sei denn, es ist ausdrücklich erlaubt.“ Die rechtlichen Rahmenbedingungen hinken der Technik und der Innovation stets um einen Schritt hinterher. In fortschrittlichen „Ökosystemen“ hat man verstanden, dass Gesetze offen und ermöglichend gestaltet werden müssen. Ein Beispiel ist die Gesetzgebung zur Zahlungsdiensterichtlinie (PSD, *Payment Services Directive*) in Europa, die das Paradigma des Datenschutzes verändert und damit die Entwicklung eines *FinTech*-„Ökosystems“ massiv beschleunigt hat.

GENERATION DER TAPFEREN

Tunesien ist Gefangener seiner eigenen Regierung, die sich zu einem schwerfälligen Koloss entwickelt hat, der das Land behindert. Rechtliche Probleme werden mittels neuer Gesetze gelöst, die am Ende alles noch komplizierter machen. Statt in den internationalen Wettbewerb investieren die Start-ups ihre Kreativität in Ausweichmanöver. Einer der Trümpfe Tunesiens, seine Jugend, wird zu einem seiner größten Probleme.

In seinem letzten Tunesienbericht hat der Internationale Währungsfonds 2021 konstatiert: „Reformanstrengungen sollten sich darauf konzentrieren, Monopole abzuschaffen, bürokratische Hürden abzubauen und das geschäftliche Umfeld zu verbessern.“ Um die Monopole abzuschaffen, muss man traditionellen Akteure überzeugen, die Start-up-Welt zu akzeptieren. Eine solche Öffnung ist die einzige Möglichkeit, in Zeiten des digitalen Wandels zu überleben. Das Wachstum traditioneller Unternehmen wird beschleunigt und ihre Konkurrenzfähigkeit gestärkt, wenn sie Innovationen und Start-ups gegenüber aufgeschlossen sind. Start-ups wiederum können nur überleben, wenn sie Zugang zu Unternehmen haben, sei es als Kunden, Entwicklungspartner, Investoren oder auch als Exit-Partner. Am Ende ist es für das ganze Land eine Win-win-Situation. Es ist klüger, sich zusammenzutun und nicht wie Goliath darauf zu warten, dass der kleine David alles zerschlägt.

Was Tunesien braucht, ist der Mut einer neuen Generation von Tapferen. Sie sind die Baumeister einer neuen Wirtschaft. Wie der Mitbegründer von *LinkedIn*, Reid Hoffman, bemerkte: „Die Gründung einer Firma ist wie ein Sprung von der Klippe, aber das Flugzeug baut man sich im Fall zusammen.“

Wir stehen heute am Rand der Klippe, und uns bleibt nichts anderes übrig, als zu springen. Hoffen wir, dass uns ein weiter und kühner Sprung gelingt, in ein neues Tunesien – in ein digitales, innovatives, mutiges Tunesien.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

¹ Wamda: Expensya raises \$20 million, 29.04.2021, www.wamda.com/2021/04/expensya-raises-20-million [letzter Zugriff: 06.05.2021].

² Selma Ribica / Yehia Houry: „Three Reasons Why VCs Should Be Investing in Tunisian Startups“, in: *Entrepreneur Middle East*, 08.02.2021, www.entrepreneur.com/article/364944 [letzter Zugriff: 06.05.2021].

³ Rana Jawad: „Coronavirus: Tunisia deploys police robot on lockdown patrol“, *BBC News*, 03.04.2021, www.bbc.com/news/world-africa-52148639 [letzter Zugriff: 06.05.2021].

⁴ InstaDeep: InstaDeep Wins Competitive Tender With Deutsche Bahn to Develop an AI System to Digitise Railway Operations, 30.10.2019, www.instadeep.com/2019/10/instadeep-wins-competitive-tender-with-deutsche-bahn-to-develop-an-ai-system-to-digitise-railway-operations/ [letzter Zugriff: 06.05.2021].

Erfahren Sie
mehr über das
Auslandsbüro
in Marokko.

Mediterranes Drehkreuz

Sicherheit, Umweltschutz und Migration in Marokko

STEFFEN KRÜGER

Geboren 1978 in Lutherstadt Wittenberg, Leiter des Auslandsbüros Marokko der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Rabat.

Das Königreich Marokko nimmt aufgrund seiner geopolitischen Lage eine besondere Position im Mittelmeerraum ein. Auch seine außenpolitischen Beziehungen heben das politische Gewicht des Landes in der Region hervor. Bei

den Themen Sicherheit, Umweltschutz und Migration spielt das Königreich eine wichtige Rolle.

Das seit 1956 unabhängige Königreich Marokko hatte von Anfang an erhebliche Probleme mit vage definierten Grenzverläufen und unerfüllten Gebietsansprüchen im Osten und Süden des Landes. Die Konflikte mit dem Nachbarstaat Algerien, das die sahraouische Unabhängigkeitsbewegung *Frente Polisario* unterstützt, und die Ansprüche Marokkos auf das Gebiet der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara dominieren bis heute die marokkanische Außenpolitik.

Die Europäische Union (EU) sieht mittlerweile Marokko als Garanten der Stabilität in der MENA-Region (*Middle East & North Africa*) und wichtigen Handelspartner. Neben den bilateralen Beziehungen mit Frankreich und Spanien gab es bereits 1976 ein Kooperationsabkommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit den drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko

und Tunesien, das über handelspolitische Themen hinausging. König Hassan II. stellte 1987 erfolglos ein Beitritts-gesuch, da er aufgrund der EWG-Süderweiterung in den 1980er-Jahren wirtschaftliche Nachteile für Marokko befürchtete.

Die 1990er-Jahre standen im Zeichen weiterer zwischenstaatlicher Formate. Der sogenannte 5+5-Dialog begann 1990 als informelle Serie internationaler Konferenzen der westlichen Mittelmeerländer. Dazu gehören im Süden Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Mauretanien sowie im Norden Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Malta. Die jährlich stattfindenden Konferenzen der Außen- oder der Fachminister sollen Impulse zur zwischenstaatlichen Kooperation, etwa in den Bereichen Transport, Migration, Tourismus oder Verteidigung, geben. Seit 1994 gibt es darüber hinaus das informelle Mittelmeer-Forum (zusätzlich mit Griechenland, der Türkei und Ägypten, ohne Mauretanien und Libyen) sowie die Euro-Mediterrane Partnerschaft, die 2008 in die Union für das Mittelmeer (UfM) überführt wurde.

DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN MIT ISRAEL

Die Union für das Mittelmeer besteht aus 42 Mitgliedstaaten (darunter alle Mitglieder der EU). Die Union für das Mittelmeer konzentriert sich auf die Bereiche Unternehmensentwicklung, Hochschulbildung und Forschung, soziale Angelegenheiten, Energie- und Klimaschutz, Transport und städtische Entwicklung sowie Wasser und Umwelt. Die Gründung ging auf die Initiative des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy zurück, der damit an den sogenannten Barcelona-Prozess, der bereits seit 1995 eine gemeinsame Mittelmeerpolitik unterstützte, anknüpfte. Neben den genannten Schwerpunkten wurden das Ziel einer Freihandelszone sowie sechs konkrete Projekte festgelegt, die der Union für das Mittelmeer zu mehr Sichtbarkeit verhelfen sollen. Ein Beispiel hierfür ist die Eröffnung der Euro-Mediterranen Universität in der marokkanischen Stadt Fes im Jahr 2014. Diese staatliche Universität verfügt mittlerweile über einige führende Forschungsinstitute auf dem afrikanischen Kontinent, allen voran in den Forschungsfeldern Künstliche Intelligenz und Umwelttechniken.

Der arabisch-israelische Konflikt hat in der Vergangenheit mehrfach die Arbeit der Union für das Mittelmeer beeinträchtigt und zu einem Aussetzen der Treffen geführt. Der Nahostkonflikt beschäftigt auch Marokko, das als arabischer Staat die Palästinenser unterstützt, aber auch eine enge Verbundenheit mit den marokkanischen Juden pflegt, die nach Israel ausgewandert sind. Ungefähr eine Million Israelis haben marokkanische Wurzeln und sie besitzen auch einen marokkanischen Pass. Es gibt zahlreiche Bemühungen, das jüdische Erbe mit seiner 2000-jährigen Geschichte in Marokko wieder aufleben zu lassen. Eines der wichtigsten Ereignisse war die Wiederaufnahme

der diplomatischen Beziehungen Marokkos mit Israel, vermittelt durch die Trump-Regierung im Dezember 2020. Als Gegenleistung erkannten die USA die Westsahara als marokkanisches Staatsgebiet an.

Das Land, das die USA 1777 offiziell als erste Nation anerkannte, war Marokko. Heute gibt es militärische Kooperationen, die während des Kalten Krieges für Aufklärungsflüge gegen Verbündete des Ostblocks im Ostatlantik und im Mittelmeerraum genutzt wurden. 2004 unterzeichneten die beiden Staaten ein bilaterales Freihandelsabkommen, das die wirtschaftlichen Beziehungen intensiviert.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION

Auch die Kooperation mit der Europäischen Union entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten weiter. Im Jahr 2000 trat ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Königreich Marokko in Kraft. Dieses Abkommen bildet einen allgemeinen Rahmen für die Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich. Hervorzuheben sind die Bemühungen um Handelsliberalisierungen, die einen vereinfachten Zugang auf den jeweiligen Märkten ermöglichen. Erweitert wurde diese Politik durch das Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) im Jahr 2004. Im ENP-Aktionsplan EU–Marokko vom Juli 2015 wurden die Fortsetzung des demokratischen Reformprozesses und die Modernisierung der Produktion und des Handels als Priorität festgelegt.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Marokko waren zeitweilig durch diplomatische Spannungen gestört. Bei einem Urteil über ein Fischereiabkommen stellte der Europäische Gerichtshof 2018 fest, dass Marokko keine Hoheitsbefugnisse über das Gebiet der Westsahara habe und das Fischereiabkommen daher in dem Gebiet nicht angewendet werden dürfe. Anfang 2019 entschied jedoch das Europäische Parlament zugunsten Marokkos, und das Agrar- und Fischereiabkommen ist nunmehr auch in der Westsahara gültig. Bei den anschließenden Assoziationstreffen gaben beide Verhandlungspartner an, gemeinsame Werte in den Bereichen Sicherheit, Außenpolitik, Migration und Klimawandel zu finden.

Da das westliche Mittelmeer eine der Hauptflüchtlingsrouten von Afrika nach Europa bildet, hat insbesondere das Thema Migration in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die EU-Grenzsicherungsbehörde Frontex registrierte 2019 illegale Übertritte von 23.733 Personen vorwiegend aus Marokko, Algerien und Subsahara-Afrika. Neben den illegalen Flüchtlingsrouten über den Seeweg zum spanischen Festland und zu den Kanarischen Inseln berichten die Medien über Stürmungen der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Die beiden Städte liegen an der marokkanischen Küste und verfügen seit den 1990er-Jahren über massive Grenzanlagen. Marokko

ist allerdings auch ein Aufnahmeland von Migrant*innen. Das Königreich hat daher Anstöße für einen Wandel in der Migrationspolitik gegeben. Bei dem in Marrakesch 2018 durchgeführten Globalen Forum für Migration und Entwicklung in Kooperation mit der Bundesrepublik ging es insbesondere um die Fluchtursachenbekämpfung.

Neben den internationalen Bemühungen nutzt Marokko das Thema auch als politisches Druckmittel, wie die einseitige Öffnung der Grenzen nach Ceuta und Melilla im Mai 2021 zeigte. Die marokkanische Regierung brachte damit ihre Verärgerung hinsichtlich der Weigerung Spaniens zum Ausdruck, einen *Frente Polisario*-Anführer auszuliefern. Die aktuell härtere Gangart der marokkanischen Außenpolitik richtet sich seit März 2021 auch gegen die deutsche Regierung, aufgrund diplomatischer Verstimmungen und unterschiedlicher Auffassungen zur Lösung des Saharakonflikts. Bei diesem Konflikt werden zum Teil langjährige gemeinsame Projekte infrage gestellt, was nach erfolgreichen Regierungsverhandlungen nur zwei Monate zuvor einige Fragen aufwirft und die Dynamik der marokkanischen Politik aufzeigt.

Ein weiterer Grundpfeiler der marokkanischen Außenpolitik sind die Beziehungen zu den Ländern in Subsahara-Afrika. Da die Afrikanische Union zugunsten der Unabhängigkeit der Westsahara tendiert, war die marokkanische Position lange Zeit geschwächt. Erst 2017, dreißig Jahre nach seinem Ausscheiden, wurde Marokko wieder Mitglied in der Afrikanischen Union. In den vergangenen Jahren hat Marokko als fünftreichstes Land auf dem Kontinent vor allem in Westafrika investiert. Ein wichtiges Ziel Marokkos ist die Stabilität der Sahelzone, die in unmittelbarer Nähe liegt.

ENGAGEMENT IM KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Marokko steht diesbezüglich in Konkurrenz mit seinen östlichen Nachbarn, die ähnliche Interessen verfolgen. Ein Versuch zur verbesserten politischen Koordination mit ihnen war 1989 die Gründung der Union des Arabischen Maghreb, ein zwischenstaatliches Bündnis der Länder Marokko, Mauretanien, Algerien, Tunesien und Libyen. Trotz einiger gemeinsamer Projekte, wie der Gründung der Maghrebischen Bank für Investitionen und Außenhandel sowie einiger Infrastrukturprojekte im Bereich Strom und Telekommunikation, arbeitet dieses Bündnis nur sehr eingeschränkt.

Neben den Themen Sicherheit und Migration baut Marokko seine Kompetenzen im Klima- und Umweltschutz aus. Seit 2019 gibt es eine nationale Klimastrategie, die unter anderem die Produktion von umweltfreundlicher Energie vorsieht. Es geht in diesem Politikfeld um Technologien und Perspektiven, wie zum Beispiel die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder eine geringere Energiebilanz in der Landwirtschaft, die in der gesamten Region angewendet werden können.

Erfahren Sie
mehr über das
Auslandsbüro
im Libanon.

Zwischen Wut und Frust

Libanons junge Generation und das Prinzip Hoffnung

MALTE GAIER

Geboren 1984 in Ludwigsburg, Leiter des Auslandsbüros Libanon der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Beirut.

VALENTINA VON FINCKENSTEIN

Geboren 1994 in Santiago de Chile, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Libanon der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Aus dem Libanon, dem kleinen Zedernstaat am Mittelmeer, kommen seit langer Zeit fast nur bedrückende Nachrichten. Nach den verheerenden Explosionen im Beiruter Hafen im August 2020 trat die Regierung zurück und hinterließ das Land ohne politische Führung. Wirtschaft und Währung des Libanon befinden sich im freien Fall; dennoch widmen sich die politischen Parteien den üblichen Machtkämpfen um die Aufteilung von Ministerien in einer künftigen Regierung.

Libanons größte Herausforderung besteht in der stark polarisierten Gesellschaft, die von übermäßiger Parteilichkeit und tiefen konfessionellen Spaltungen geprägt ist. Gewaltsame Auseinandersetzungen, ausländische Einflussnahme und Besatzungserfahrungen haben Konfliktlinien und Feindbilder kollektiv verfestigt. Die Wurzeln hierfür liegen in dem fünfzehnjährigen Bürgerkrieg von 1975 bis 1990.

Die staatlichen Institutionen und etablierten Parteien haben in den Augen vieler ihre Legitimität verloren. Dieser Vertrauensverlust entspringt der weitreichenden Korruption und klientelistischen Misswirtschaft. Der polarisierte Stillstand ist zum „Normalzustand“ geworden, führt zu demokratischen Erosionen und macht alle Aussichten auf Reformen zunichte. Während die wirtschaftliche und soziale Not wächst, klaffen konfessionelle Spaltungen generationsübergreifend weiter auf. Doch wer kann die etablierten Parteien ersetzen? Immer wieder richtet sich die Hoffnung auf die neue Generation, die nicht im gleichen Maße von den Narben des Bürgerkriegs gezeichnet ist und das Potenzial birgt, die Polarisierung der Gesellschaft zu überwinden und überkonfessionelle Brücken zu schlagen.

Die Erfahrung des Bürgerkriegs hat sich tief in das Gedächtnis der älteren Generationen eingebrannt und ist noch allgegenwärtig. Der Großteil der Bevölkerung hat direkt oder indirekt an dem gewaltsamen Konflikt teilgenommen. Tief sitzt daher die Loyalität zu der jeweiligen Bewegung, für die man einst zu den Waffen griff. Der politische Diskurs ist stark von konfessionellen Denkmustern geprägt: Die Parteien betrachten das gegnerische Lager als existenzielle Bedrohung für die eigene Konfession und für die gesamte Nation. Gerade ältere Menschen verbinden mit ihren Parteien Schutz vor anderen Gruppen. Darüber hinaus bieten die Parteien ihren Wählern jene Sozialleistungen, die der ausgehöhlte Staat nicht erbringen kann. Neue politische Bewegungen haben es schwer, gegenüber dieser Konkurrenz zu bestehen.

DIE BEWEGUNG „YOU STINK“

Im letzten Jahrzehnt war eine wellenartige Mobilisierung der Jugend zu beobachten. Junge Menschen strömten immer wieder mit ehrgeizigen politischen Forderungen, hohen Erwartungen und antikonfessioneller Rhetorik auf die Straßen, verloren jedoch nach einiger Zeit ihre Durchhaltefähigkeit und damit den Glauben an die eigene Gestaltungskraft.

Die jüngere libanesische Generation prägte bereits 2015 die vielleicht wichtigste oppositionelle Bewegung: Die Gruppe „You Stink“ bildete den zentralen Angelpunkt der Proteste gegen die Müllentsorgungskrise im Libanon. Sie war ein Hoffnungsschimmer auf einer gelähmten politischen Bühne und mobilisierte eine gesellschaftlich interessierte und aktive Jugend. Angesichts ausbleibender Reformen mündete der anfängliche Enthusiasmus der Jugend jedoch schnell wieder in politische Frustration.

Hoch waren die Erwartungen, als im Wahljahr 2018 erstmals unabhängige Oppositionskandidaten antraten – bei den ersten nationalen Wahlen nach fast zehn Jahren. Man hoffte, dass sich der antikonfessionelle Diskurs der jüngeren Generation in den Wahlergebnissen niederschlagen und zu einem

lang ersehnten politischen Wandel führen würde. Das Ergebnis war jedoch ernüchternd: Ähnlich wie bei den vergangenen Wahlen gaben rund neunzig Prozent der Wähler ihre Stimme für die gleiche Partei ab. Dabei wiesen die 21- bis 29-Jährigen mit lediglich 47 Prozent sogar die geringste Wahlbeteiligung bei einem Bevölkerungsdurchschnitt von 53 Prozent auf.

Die Beziehung der jungen Libanesen zu ihrer eigenen Konfession stellte sich somit als komplexer heraus, als die kosmopolitische Blase in Beirut zunächst annehmen wollte. Insbesondere im ländlichen Raum sind ideologisches Zusammengehörigkeitsgefühl, traditionelle Weltsicht und die Parteiabhängigkeit stark ausgeprägt. Eine Umfrage nach den Wahlen 2018 ergab, dass junge Menschen zwar eher eine prinzipielle Ablehnung des Konfessionalismus zum Ausdruck bringen, jedoch im gleichen Maße wie ihre Eltern nach religiösen Gesichtspunkten wählen.

DESILLUSIONIERT ÜBER DIE POLITIK

Ein neuer Höhepunkt der Politisierung trat im Oktober 2019 ein, als landesweite Proteste ausbrachen, die in ihrer konfessionsübergreifenden Zusammensetzung und ablehnenden Haltung gegenüber den traditionellen Eliten neu waren. Insbesondere junge Menschen waren auf den Straßen und forderten den Rücktritt aller etablierten Politiker. Der antikonfessionelle Slogan „kilon yane kilon“ („Alle müssen gehen“) wurde zum Leitgedanken der Ablehnung gegen das Establishment. Das ganze Land wurde über Nacht von der Hoffnung elektrisiert, man könne das statische System doch noch verändern. Der Rücktritt von Premierminister Saad Hariri bestärkte die Demonstranten in ihrer Zuversicht. Doch bald darauf folgte das übliche Spiel: Politische Parteien stritten sich um Ministerien und blockierten die Regierungsbildung über ein halbes Jahr. Je länger greifbarer Wandel ausblieb, desto stärker flauten die Proteste ab. Ähnlich wie nach den Müllprotesten 2015 folgte auf eine Hochphase der Politisierung junger Bevölkerungsgruppen eine Desillusionierung über die Politik.

Die schlummernde Aufbruchstimmung und Wut erwachte nach den Explosionen im Hafen von Beirut im August 2020 erneut. Es waren wieder junge Menschen, die bereits am nächsten Morgen organisiert in den Straßen Nordbeiruts standen, Trümmer aufräumten, Menschen versorgten und Essenspakete austeilten. Der Staat war in diesen Tagen nahezu abwesend. Die Solidarität und das Organisationsgeschick der Jugend waren ein Hoffnungsschimmer in einer trostlosen Situation, und Beirut erlebte ein kurzes Aufkeimen von Optimismus.

Am darauffolgenden „Samstag der Wut“ versammelten sich Zehntausende, größtenteils junge Protestierende, um den Sturz der politischen Elite des Landes zu fordern. Bei Einbruch der Dunkelheit hatten die wütenden

Demonstranten drei Ministerien gestürmt, und eine Reihe von Abgeordneten trat zurück – die ersten vielversprechenden Anzeichen dafür, dass die Explosionen das politische System des Landes erschüttern könnten. Doch wie so oft im Libanon folgte auf diese Symbolpolitik keine tiefgreifende Veränderung und die Jugend zog sich wieder resigniert ins Private zurück.

Bereits im Jahre 2020 antworteten 77 Prozent der Libanesen zwischen 18 und 24 Jahren, dass sie aktiv versuchen oder darüber nachdenken, auszuwandern. Dieser Trend führt nicht nur zu einem besorgniserregenden Brain-drain, sondern es stellt sich auch die Frage, wer im Land für den Wandel kämpft, wenn die junge, gebildete und Reformen fordernde Generation das Land verlässt.

Die jüngsten Universitätswahlen im November 2020 stimmten Beobachter jedoch wieder hoffnungsvoll, dass die junge Generation doch nicht der vollkommenen Politikverdrossenheit verfallen ist. Der Triumph der unabhängigen Parteien bei den Wahlen an den renommierten Universitäten des Libanons lässt vermuten, dass sich das antikonfessionelle Bewusstsein in der Jugend langsam verfestigt.

GEFAHR NEUER RADIKALISIERUNGSTENDENZEN

Die Lage für Schüler und Studenten ist jedoch düster: Die Entwertung des Libanesischen Pfunds führt dazu, dass viele die Studiengebühren nicht mehr bezahlen können. Die bekanntesten Universitäten haben ihre Gebühren angepasst und damit den Unterricht für Studenten um 160 Prozent verteuert. Dabei kann der libanesische Arbeitsmarkt mit einer Jugendarbeitslosenquote von über vierzig Prozent nur die wenigsten Graduierten beschäftigen. Im Libanon sind die Durchschnittslöhne in den letzten zwölf Monaten um etwa neunzig Prozent gesunken. Damit rangiert der Libanon neben Afghanistan, Jemen und Äthiopien nun unter den zehn Ländern mit den niedrigsten Löhnen weltweit. Die rapide sozioökonomische Verschlechterung bietet einen Nährboden für den Ausbruch neuer Jugendproteste. Auch die Gefahr neuer Radikalisierungstendenzen unter jungen Libanesen ist real.

Die aktuelle Situation des Libanon erscheint düster, auch im Hinblick auf den politischen Gestaltungswillen der Jugend. Ein Blick in die jüngere Geschichte verrät allerdings, dass man diesen Willen nicht unterschätzen sollte: Die Entschlossenheit und Mobilisierung der jungen Generation kann sich schnell wieder entfachen. Sowohl der Organisationsgrad der oppositionellen Bewegungen als auch der Anti-Konfessionalismus wachsen und verfestigen sich. Die neue Generation hat das Potenzial, sich über alte Parteiabhängigkeiten hinwegzusetzen und so vielleicht doch ein neues politisches System zu etablieren.

Umkehr einer Tragödie

—
Gegenporträts der libanesischen Jugend

ALEXANDRA KODJABACHI

Geboren 1993 in Beirut (Libanon), Gründerin und Geschäftsführerin von „PersEd“, Beirut, einem Start-up-Unternehmen für Lernerfahrungsdesign und Persönlichkeitsentwicklung, Alumna der MENA Leadership Academy der Konrad-Adenauer-Stiftung, „G20 Young Global Changer“ (2017 und 2021), „Unleash Global Talent“ (2018) und „UNESCO APCEIU Youth Leader“ (2019).

Seit 2019 sind die Menschen im Libanon Zeugen von etwas, das der Öffnung der Büchse der Pandora gleichkommt. Im Zentrum des Geschehens steht die libanesischen Jugend: ihr zorniger Aktivismus, ihre geplatzten Träume, der Verlust von Heimat, wie sie sie kannten, ihr Wille, an ihren Zielen festzuhalten, für vier Dollar am Tag zu arbeiten und nebenbei noch eine Karriere aufzubauen, ihr Einfallsreichtum und ihre Verzweiflung. Einige von ihnen werden wir kennenlernen. Es sind

Geschichten der Selbstermächtigung vor dem Hintergrund einer nicht enden wollenden Krise.

Im Oktober 2019 entzündete sich eine ohnehin aufgeheizte Stimmung an staatlichen Sparmaßnahmen. Der Ausfall öffentlicher Dienstleistungen aufgrund jahrelanger Misswirtschaft und Korruption, die wachsende Arbeitslosigkeit und ein Bruttoinlandsprodukt mit einem Minuswachstum, das von 2018 auf 2019 von 1,9 Prozent auf 6,7 Prozent stieg, führten neben einer geringen Dollarliquidität, fehlendem Benzin und Weizen dazu, dass die Menschen sich nicht mehr anders zu helfen wussten, als ihren Zorn auf die Straße zu tragen.

Die Proteste dauerten Monate an, und auch heute, anderthalb Jahre später, gibt es kein Licht am Horizont. Im Gegenteil: In den Augen der Bürgerkriegsgeneration ist das Land tiefer als damals in Armut und Mangel versunken. Im August 2020 bezifferte die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (*Economic and Social Commission for Western Asia, ESCWA*) die Armutsrate im Libanon mit über 55 Prozent. Durch immer schärfere Kapitalkontrollmaßnahmen hat sich die Lage seither verschärft: Eine neue Währung wurde geboren, die der Wirtschaftsanalytiker Dan Azzi Lollar (libanesischer Dollar) nennt. Der Wert entspricht etwa 25 bis 39 Prozent eines US-Dollars. Das libanesisches Pfund verlor neunzig Prozent seines Wertes, und die Inflation belief sich zeitweilig auf mehr als 400 Prozent. Die Hyperinflation im Libanon zählte, mit der in Venezuela, zu den weltweit höchsten. Die COVID-19-Pandemie und die Lockdowns heizten die Lage zusätzlich an: Vielen Betrieben blieb nichts anderes übrig, als zu schließen.

„Was kann denn jetzt noch kommen?“, fragten sich die Menschen angesichts all der Katastrophen. Tatsächlich kam es schlimmer: Am 4. August 2020 traf eine der größten nicht nuklearen Explosionen der Menschheitsgeschichte den Hafen von Beirut. Die Bilanz: mehr als 200 Tote, 7.500 Verwundete und 300.000 Obdachlose. Innerhalb von Sekunden glich die Hauptstadt des Libanon einem Kriegsgebiet. 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat, die in der Schwüle der mediterranen Hauptstadt in einem Container im Hafen lagerten, explodierten, vermutlich verursacht durch Schweißarbeiten.

Alles hängt miteinander zusammen. Auch die Geschichten einzelner Menschen.

„Aix erdet dich, hier kannst du wachsen. Aix ist nicht chaotisch. Die Provence heilt die Seele“, sagt die 22-jährige Maria Tawk über Aix-en-Provence, die Stadt, in die sie 2020 zog, um im zweiten Jahr Jura zu studieren. Diese Beschreibung steht im Gegensatz zu dem einengenden, chaotischen, erdrückenden Land, aus dem sie kam. Doch inzwischen entdeckt sie in der Provence Düfte, die sie an ihr libanesisches Heimatdorf erinnern.

Als Maria in Frankreich ankam, war das nicht so, sondern sie lebte in einem Nebel aus Gefühllosigkeit und Apathie, im Bewusstsein, der Krise entronnen zu sein, und mit der Erkenntnis, dass sie zu Hause keine berufliche

Zukunft hat. Aber auch in der Fremde war ihre Zukunft ungewiss. Als sie ankam, besaß sie ein wenig Geld, und sie schwor sich, von ihrem Vater nie wieder welches anzunehmen.

Das Unbehagen und die Gleichgültigkeit schwanden, und der Jura-studentin wurde klar, dass sie ihr Potenzial vergeudete. Auf Anregung einer Freundin begann sie, Verbindungen zu knüpfen. Sie kontaktierte begabte Libanesen an der Universität, traf viele Menschen, Vertreter von Verbänden oder der Kirche, stolperte über neue Namen, weil es der Zufall so wollte oder weil alte Bekannte der Familie vermittelten. Alles schien in Ordnung zu kommen. Als sie ihr neues Zimmer in Les Cuques bezog, sparte sie nicht nur Miete, sie war auch wieder frei im Kopf und dachte über ihre langfristigen akademischen Ziele nach.

SICH VON DER KRISE LÖSEN

Maria saß an ihrem Schreibtisch, vor sich den Laptop, daneben auf dem Tisch frische Äpfel und eine Liste möglicher Themen für ihre Doktorarbeit. Unentschlossen rief sie ihre Mutter an: „Das will gründlich überlegt sein. Wenn ich das vermassele, kann ich einpacken!“ Maria wollte unbedingt alles richtig machen. Ihr Vater kam ans Telefon: „Du machst immer alles richtig.“ Drei Stunden später schrieb sie ihm eine Mail und teilte ihre Entscheidung mit, und die Äpfel auf dem Tisch wurden weniger.

Jetzt, da die Miete bezahlbar und das Thema der Arbeit ausgewählt war, galt es, darüber nachzudenken, wie sie Geld verdienen wollte. Sie bewarb sich auf Praktikantenstellen, wurde aber ständig abgelehnt und begann schließlich, den Einheimischen Englischunterricht zu erteilen.

„Hör auf, wie eine Libanesin zu denken“, sagte sie sich während der letzten Monate des Jahres 2020 immer wieder. „Du musst nicht von der Hand in den Mund leben.“ Maria wollte nicht mehr nur überleben, sie wollte aufsteigen. Sie wartete nicht länger darauf, dass das Leben leichter, sich die Krise auflösen und in einem schwarzen Loch verschwinden würde. Sie besann sich auf ihre Eigenständigkeit: „Ich habe es in der Hand. So ist die Lage. Was kann ich daraus machen?“

Sie bediente sich, wenn auch unbewusst, dreier von Stephen Coveys Prinzipien autonomer und aktiver Menschen.¹ *Erstens*: Sie wurde proaktiv, anstatt nur auf die Welt um sie herum zu reagieren. Sie engagierte sich für andere, suchte nach Alternativen und schuf sich eine Perspektive. *Zweitens*: Sie konzentrierte sich auf ihr Ziel, Jahrgangsbeste zu werden und als unabhängige junge Forscherin auf dem Weg zum Dokortitel erfolgreich zu sein. Und *drittens*: Sie packte die wichtigsten Dinge als Erstes an, setzte Prioritäten und verfolgte ihre Ziele, Schritt für Schritt.

Ortswechsel zurück in den Libanon: Als sich die 28-jährige Gaele Youssef, Programmkoordinatorin am *Democracy Reporting Institute* (DRI)², und die 21-jährige Dana Saadeddine, Mitglied der Jugendverbände von Rachaya, zum ersten Mal trafen, diskutierten sie über einen Fußballplatz, der nach ihrer Meinung für junge Leute geöffnet werden müsse. Das zweite Mal trafen sie sich an der *Modern University for Business and Science* in Beirut. Gaele koordinierte gerade eine Debatte über Wahlprogramme. Dana kandidierte für die Wahlen zum Jugendrat, die sie im Sommer 2019 gewann.

Die zornige Generation Z – immer haarscharf am Rande zum nächsten Streit: Gaele brachte ihnen bei, wie man revolutionären Schwung in konstruktive Gespräche umlenkt. Sie stand einem Beirat von vierzehn jungen Leuten vor. Und auch sie musste erst lernen, mit Worten zu überzeugen und vorausschauend zu denken. Dana gewann das Vertrauen ihrer Mitstreiter, und sie bewies Mut, als sie den Vorsitzenden der Studentenunion [ähnlich dem AStA, *Anmerkung des Übersetzers*] zu finanziellen Angelegenheiten und der Umsetzung von Projekten befragte. Dana hatte ihr Amt im Jugendrat zwei Jahre inne, auch während der COVID-19-Pandemie. In dieser Zeit bauten sie und ihr Team Partnerschaften auf, organisierten eine Bildungskampagne mit 170 Teilnehmern, eine Büchertauschaktion, Schachturniere, Umweltkampagnen und umweltfreundliche Kunstausstellungen.

Dana ist dankbar für die Unterstützung von Gaele und dem DRI, und auch die Erfahrungen dieser zwei Jahre will sie nicht missen. Doch sie ist auch desillusioniert angesichts der Lage im Libanon. Sie überlegt, wie so viele andere, auszuwandern. 2020 verdoppelte sich innerhalb eines Jahres die Zahl der IELTS-Prüfungen, eines international standardisierten Englisch-Examins. Die Migrationsrate im Libanon stieg 2020 um 47 Prozent und 2019 um 89 Prozent, nachdem sie 2018 um 195,37 Prozent abgesunken war.

„STAYING & BUILDING IN LEBANON“

Im Jahr 2014 verschuldete sich die Familie von Jad Al-Fakhani. Nach dem Verkauf ihrer Vermögenswerte war weniger als die Hälfte der Schulden getilgt. Jad Al-Fakhani, frisch immatrikuliert, brach sein Studium ab, um seine Eltern zu unterstützen. Während alle um ihn herum in Depressionen versanken, entschied er, sich durchzukämpfen. Er nahm zwei Stellen gleichzeitig an und lernte digitales Marketing, fünf bis sechs Stunden täglich. Aus freiberuflichen Jobs entwickelte sich ein Start-up, das zunächst wenig abwarf, ihm aber irgendwann 3.000 Dollar im Monat einbrachte. Jad war zielorientiert und investierte klug, und nach einem Jahr und acht Monaten war die Familie schuldenfrei. Er entschied sich, auf eigene Rechnung weiterzumachen, gewann Partner und gönnte sich nach vier Jahren zum ersten Mal eine Auszeit.

Doch es gab auch einen Wermutstropfen. „Wenn ich jemanden gehabt hätte, der mir sagt, wie es geht, hätte ich es in einem Jahr schaffen können“, erzählt Jad mit leisem Bedauern. Der junge Experte für E-Commerce beschloss, nicht zu rasonieren, sondern aktiv zu werden. An einem regnerischen Novembertag 2019 – er hatte sich wochenlang an den Protesten beteiligt und das Gefühl, nicht weiterzukommen – ergriff Jad die Initiative, um selbst Aufbauarbeit zu leisten: Innerhalb von fünf Minuten hatte er eine Instagram-Seite eingerichtet, und nach dreißig Minuten war der erste Post online. In den darauffolgenden hundert Tagen streamte er beinahe ununterbrochen: Er teilte seine Erkenntnisse als E-Commercer und gab Tipps, wie man erfolgreich Anzeigen gestaltet. Anderthalb Jahre später hatte der auch als *Wolf of Bey* bekannte Jad Al-Fakhani eine Community von 13.100 Unterstützern, von denen die meisten im E-Commerce und im digitalen Marketing tätig sind.

In Jads Instagram-Biographie steht das Motto „Staying & building in Lebanon“. Auf die Frage, warum er unbedingt bleiben wolle, antwortet er: „Wenn es um das Geschäftliche geht, kann ich auch als Nomade arbeiten, in jedem Land der Welt. Meine Arbeit kann ich überall machen. Doch ich liebe dieses Land sehr. Ich glaube, wir sind diejenigen, die bleiben müssen. Ich glaube, wir haben nicht die Wahl, sondern die Pflicht, unserem Land zu helfen. Und wenn du helfen kannst, indem du mit deiner Kamera etwas teilst, dann tu es.“

In einem Livestream auf Instagram überzeugte Jad einen enttäuschten libanesischen Influencer: „Wenn ihr gehen wollt, geht. Und wenn ihr bleiben wollt, bleibt. Es gibt eine Menge Möglichkeiten, über die Runden zu kommen, wenn ihr (dem Land) helft.“

Für Jon Katzenbach, Experte für Organisationsstrategie, sind informelle Führer „einige wenige Menschen oder ein sehr kleiner Teil der Mitarbeiterschaft in einer Firma, die über ein hohes Maß an emotionalem Einfühlungsvermögen oder sozialer Konnektivität verfügen.“³ Es sind Menschen, die den Stolz des Gegenübers stärken, sie sind Vorbilder und Netzwerker, und dank ihres ausgeprägten emotionalen Gespürs sind sie in der Lage, auch ohne Titel oder Führungsposition ihr Umfeld zu beeinflussen.

Wäre der Libanon eine Firma, dann wäre sie knapp viermal so groß wie Walmart, und Jad wäre mit Sicherheit einer ihrer informellen Führer.

ALLES AUF ANFANG

Die Geschichten, die ich Ihnen erzählt habe, stehen nicht in der Zeitung. Ich habe mit diesen Menschen gearbeitet, sie unterstützt und ihren Stimmen gelauscht. In der Wissenschaft, in der Politik, in der Wirtschaft – menschliches Potenzial kann sich überall entfalten. Allerdings nicht wie in Blockbustern, sondern in stillen Momenten, oft unauffällig.

Mir geht es nicht darum, die Not zu romantisieren oder Einzelne zu glorifizieren. Ich habe unzählige junge Leute getroffen, die darauf brannten, sich zu bilden und ihrer Gemeinschaft zu helfen. Vielleicht ist es so etwas wie das Anti-Porträt einer verzweifelten Jugend: Die Tragödie wird umgekehrt. Sie nimmt gar nicht erst ihren Lauf. Alles auf Anfang. Auf den Moment, in dem die Entscheidung getroffen wird, das eigene Leben in die Hand zu nehmen.

Und doch schwingt in allem Tragik mit: Wir können sie nicht verleugnen, genauso wenig wie die Enttäuschung, die Frustration, den Groll oder den Wunsch, wegzugehen. Diese Geschichten sind Wirklichkeitsschnipsel, aus einer anderen Wirklichkeit. Oder eine zweite Haut, über der ersten, mit der wir uns der Welt zeigen möchten.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

¹ Stephen R. Covey: *The 7 Habits of Highly Effective People: Powerful Lessons in Personal Change*, Free Press, New York 2004.

² Eine in Berlin registrierte überparteiliche, unabhängige, gemeinnützige Organisation mit einem Büro im Libanon, <https://democracy-reporting.org/de/> [letzter Zugriff: 14.04.2021].

³ Jon R. Katzenbach / James Thomas / Gretchen Anderson / Robert Moritz: *The Critical Few: Energize Your Company's Culture by Choosing What Really Matters*, Berrett-Koehler Publishers, San Francisco 2019.

Bunte Parteienlandschaft

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz
und Sachsen-Anhalt im Vergleich

VIOLA NEU

Geboren 1964 in Ludwigshafen am Rhein, Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Analyse und Beratung, Leiterin Abteilung Wahl- und Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wenngleich der Höhepunkt des Superwahljahres 2021 mit vier an einem Tag stattfindenden Wahlen (Bundestagswahl, Landtagswahl in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern sowie Abgeordnetenhauswahl in Berlin) erst am 26. September erreicht sein wird, hatten im Frühjahr bereits drei Landtagswahlen spannende Ergebnisse erzielt.

Dreimal wurde die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber im Amt bestätigt. Und dies unabhängig vom Bundestrend. Drei unterschiedliche Parteien sind je-

weils Wahlgewinner. Würde aus den drei Regierungen eine Koalition gebildet, hieße sie „Kenia“. Die Vielfalt auf Länderebene mit unterschiedlichsten Koalitionsmodellen ist somit erneut bestätigt worden. Während zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags noch offen ist, welche Koalition in Sachsen-Anhalt antreten wird, ist in Baden-Württemberg die Koalition aus Grünen und der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und in Rheinland-Pfalz die Koalition aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Grünen und der Freien Demokratischen Partei (FDP) fortgesetzt worden.

In Rheinland-Pfalz regiert die SPD mit Malu Dreyer weiter, in Baden-Württemberg die Grünen mit Winfried Kretschmann und in Sachsen-Anhalt die CDU

mit Reiner Haseloff. Die Buntheit der Regierungen zeigte sich auch bei den letzten Landtagswahlen von 2019 und 2020. In Sachsen regiert die CDU mit Michael Kretschmer weiterhin, in Thüringen die Linke mit Bodo Ramelow und in Brandenburg und Hamburg die SPD mit Dietmar Woidke und Peter Tschentscher.

Auch diese Wahlen zeigen: Regierungswechsel auf der Länderebene sind die Ausnahme und nicht die Regel. Echte Regierungswechsel (Ministerpräsident und Koalition) gab es 2011 in Baden-Württemberg und 2017 in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Damit trägt der Amtsbonus mittlerweile entscheidend zur Wahlentscheidung auf der Länderebene bei. Die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteien, die nicht die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten stellen, haben das Nachsehen. Sie sind häufig nur mäßig bekannt und erreichen auch bei anderen abgefragten Werten so gut wie nie das Niveau der Amtsinhaberin oder des Amtsinhabers.

Zum dritten Mal wurden die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg durch eine besondere bundespolitische Themenlage bestimmt, die landespolitische Themen in den Hintergrund drängte. In diesen Ländern wurde 2011 unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima abgestimmt. 2016 waren es die ersten Landtagswahlen nach der Flüchtlingskrise. 2021 dominierte die Corona-Pandemie das politische Meinungsklima. Doch profitieren die Parteien sehr unterschiedlich von der Pandemie. Das Krisenmanagement der CDU in Sachsen-Anhalt wird positiv bewertet, während die Grünen in Baden-Württemberg und die SPD in

Rheinland-Pfalz in dieser Frage eher mäßig abschneiden. Dafür wird den Grünen in Baden-Württemberg eine sehr hohe und in Rheinland-Pfalz eine hohe Kompetenz auf dem Feld des Klimaschutzes zugesprochen, in Sachsen-Anhalt erhalten die Grünen auch in diesem Bereich vergleichsweise schwache Werte.

LANGFRISTIGE VERÄNDERUNGEN

Aufgrund der heterogenen Ergebnisse der einzelnen Parteien eignen sich diese Landtagswahlen nicht als Stimmungstest für die Bundestagswahl. Denn außer der Tatsache, dass es im Amt der Ministerpräsidenten zu keinem Wechsel kommt, gibt es bei den Wahlergebnissen der Parteien keinen roten Faden. Während die Grünen in Baden-Württemberg ein Rekordergebnis von 32,6 Prozent einfahren, erhalten sie in Sachsen-Anhalt 5,9 Prozent. Die SPD wird in Rheinland-Pfalz von 35,7 Prozent der Wähler unterstützt, in Sachsen-Anhalt entscheiden sich 8,4 Prozent für die Partei. In Sachsen-Anhalt stimmen 37,1 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die CDU, in Baden-Württemberg 24,1 Prozent. Die Alternative für Deutschland (AfD) verliert bei allen drei Landtagswahlen und ist mit 20,8 Prozent in Sachsen-Anhalt etwa doppelt so stark wie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die Linke kann erneut in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nicht in den Landtag einziehen. Mit 11 Prozent schneidet sie jetzt allerdings auch in Sachsen-Anhalt sehr schwach ab. Die FDP kann in den Landtag in Sachsen-Anhalt einziehen und ist in Baden-Württemberg

mit 10,5 Prozent etwa doppelt so stark wie in Rheinland-Pfalz (wo im Übrigen auch die Freien Wähler zum ersten Mal über die Fünf-Prozent-Hürde kamen).

Lediglich das Thema Corona-Pandemie war bei allen Wahlen das wichtigste. Dann standen jedoch in den Ländern jeweils andere Themen auf Platz 2 und 3, und auch die Parteikompetenzen variieren je nach Land stark.

Ein weiterer wichtiger Befund: Die Parteien, die als stärkste aus den Landtagswahlen hervorgingen, haben eine Gemeinsamkeit – sie konnten am meisten bei Wählerinnen und Wählern Zugewinne erzielen, die sechzig Jahre alt und älter sind. In Baden-Württemberg gewannen die Grünen bei den über 60-Jährigen je nach Umfrageinstitut sieben bis acht Punkte, in Rheinland-Pfalz die SPD drei Punkte (sie hat insgesamt gegenüber der Vorwahl 0,5 Punkte verloren), und in Sachsen-Anhalt gewann die CDU bei den über 60-Jährigen 10,4 bis elf Punkte hinzu. In den anderen Altersgruppen kam es zu Zugewinnen, Verlusten oder geringen Veränderungen; im Fall der SPD stehen dem Gewinn bei den über 60-Jährigen in allen anderen Altersgruppen Verluste gegenüber. Der Einfluss dieser Wählergruppe soll durch einen Vergleich bekräftigt werden: Die über 60-jährigen Wahlberechtigten stellen mehr als doppelt so viele Wahlberechtigte wie die unter 30-jährigen. Zudem ist die Wahlbeteiligung in dieser Gruppe höher. Damit haben sie als Wahlberechtigte einen besonders großen Einfluss auf den Ausgang von Wahlen.

Den Rahmen für dieses unterschiedliche Abstimmungsverhalten bilden die langfristigen Veränderungen bei der Wählerschaft. Fluktuation, Mobilität und Volatilität sind die Stichworte. Die Zeiten, in

denen vor allem die Mobilisierung von Stammwählern der Garant für Wahlerfolge war, sind lange vorbei. Dies zeigte sich bereits früh in den neuen Ländern. Verschonnt blieben die alten Länder jedoch ebenfalls nicht.

KONKURRENZ UM WECHSELBEREITE WÄHLER

Nach Daten der Konrad-Adenauer-Stiftung kann sich gerade einmal ein Viertel der Wählerinnen und Wähler mit einer Wahlabsicht vorstellen, nur eine Partei zu wählen. Lediglich bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD kann sich etwa die Hälfte vorstellen, keine andere Partei zu wählen. Damit konkurrieren alle Parteien um die wechselbereiten Wähler der anderen Parteien. Und längst erfolgt die Mobilität nicht innerhalb von parteipolitischen Lagern, sondern auch deutlich darüber hinaus. So gewann die CDU in Sachsen-Anhalt etwa gleich viele Wählerstimmen von der AfD, der Linken und der SPD. In Baden-Württemberg verlor die CDU erheblich an die Grünen. Und in Rheinland-Pfalz mobilisierte die SPD gegen den Trend überdurchschnittlich stark ehemalige Wähler der CDU, aber auch der AfD. Auf Bundesebene nivellieren sich diese Landesergebnisse naturgemäß, da regionale Besonderheiten des Parteienwettbewerbs eine nachgeordnete Rolle spielen. So schwankt etwa jeweils ein Fünftel der Anhängerinnen und Anhänger der CDU und der Grünen zwischen den beiden Parteien.

Durch die Kontaktbeschränkungen standen den Parteien klassische Mobilisierungsinstrumente nicht zur Verfügung.

Dazu zählen nicht nur Veranstaltungen – auch die Wähler untereinander konnten sich nicht austauschen. Die klassische Wahlkampfkommunikation – quasi am Gartenzaun – konnte so nicht stattfinden. Die Parteien verlegten ihre Kommunikation in das Internet und auf die analogen wie digitalen Postfächer. Die Plakatwerbung konnte natürlich wie gewohnt stattfinden.

UNTERSCHIEDLICH INTERNET-AFFINE WÄHLERSCHAFT

Die Wahlkampfbedingungen sind dabei für alle Parteien zwar gleich, diese stoßen jedoch auf eine unterschiedlich internetaffine Wählerschaft. In Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung zeichnete sich ab, dass sich die Anhänger der Union und der SPD besonders häufig unter den „Offline“ befinden. Unter den Anhängern der Union waren 28 Prozent und unter den Anhängern der SPD 27 Prozent offline.¹ Bei den Grünen waren 4 Prozent, der FDP 7 Prozent, der Linken 15 und der AfD 20 Prozent Offliner. In einer weiteren Studie lag der Anteil der Offliner in der CDU-Anhängerschaft bei 26 Prozent. Weitere 30 Prozent nutzten zwar das Internet, jedoch nicht für politische Inhalte.

Bei den Facebooknutzern (insgesamt 35 Prozent der Wahlberechtigten) zeigten sich noch deutlichere Unterschiede. Betrachtet man nur die Facebooknutzer,² sind 53 Prozent der Unionsanhängerschaft unpolitische Facebooknutzer, gefolgt von SPD und FDP (50 Prozent), den Grünen 47 Prozent, der Linken (40 Prozent) und der AfD mit 40 Prozent.

Das führt zur zentralen Frage: Was lässt sich aus den drei Landtagswahlen für die Bundestagswahl ableiten? Einfach ausgedrückt: wenig. Weder Armin Laschet noch Olaf Scholz noch Annalena Baerbock verfügen über den Amtsbonus, der durch die Kanzlerschaft entsteht. Welche Themen die Bundestagswahl im September prägen werden, ist im Juni noch nicht absehbar, und Spekulationen verbieten sich. Das hat in den letzten Jahren die Wucht der Themen gezeigt, mit denen nicht gerechnet wurde – von der Euro über die Flüchtlings- bis hin zur Corona-Krise. Immer kurzfristiger werden Wahlentscheidungen getroffen, und noch nie waren Wahlberechtigte so offen für die bunte Parteienlandschaft. Auch wenn immer wieder behauptet wird, dass vor Wahlen veröffentlichte Umfragedaten Prognosen seien: Das war nie der Fall. Eine Prognose ist ausschließlich die sogenannte „18-Uhr-Prognose“, wie sie üblicherweise von ARD und ZDF sowie den Umfrageinstituten Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen vorgestellt wird. Aufgrund der hohen Mobilität und der Neigung zu kurzfristigen Entscheidungen sind entsprechende Verhaltensänderungen auch nicht messbar. Dies schmälert nicht den Wert von Umfragen. Aber den Anspruch, auch Prognose zu sein, können, wollen und werden Umfragen nicht erfüllen.

¹ Sabine Pokorny: (Un-)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2019; Dominik Hirndorf: Let's talk about politics! Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur politischen Kommunikation im persönlichen Umfeld, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2020, S. 24. Die Daten stammen aus repräsentativen Telefonumfragen.

² Daten aus einer nicht repräsentativen Onlineumfrage, vgl. Sabine Pokorny, a. a. O.

Zukunftspotenzial Soziale Marktwirtschaft

Eine kluge Ordnungspolitik für Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Demografie

ROLF H. HASSE

Geboren 1940 in Berlin, 1981 bis 1998 Professor für Volkswirtschaftslehre, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, und 1998 bis 2006, Universität Leipzig, 1992 bis 1998 Direktor des Europa-Kollegs Hamburg, 2006 bis 2008 kommissarischer Leiter und Direktor des Fraunhofer-Zentrums für Mittel- und Osteuropa (MOEZ) in Leipzig, Sprecher des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung.

MAXIMILIAN KUTZNER

Geboren 1989 in Hünfeld, promovierter Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste Geschichte, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Mitglied des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Mischung aus festen Prinzipien und ihre Kraft bei der Bewältigung von Krisen hat die Soziale Marktwirtschaft in der Vergangenheit stark gemacht. Aber wie zukunftsfähig ist das Konzept heute? Auch nach der Bundestagswahl 2021 muss die Wirtschaftsordnung ihre Wesenskerne – Währungsstabilität, Wettbewerb und unternehmerische Freiheit – erhalten und markanter ausprägen. Das bedeutet jedoch nicht, dass keine neuen Akzente gesetzt werden müssten.

Die COVID-19-Pandemie wirkt wie ein retardierendes Moment im Rahmen der globalen und nationalen Aufgaben der Zukunftssicherung: Klimawandel, Digitalisierung, (Aus-)Bildung und Demografie. Das sind die ökologischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Die Akzente haben sich im Vergleich zu den Anfangstagen der Sozialen Marktwirtschaft verschoben. Die Leitidee ist jedoch die gleiche: Der Staat spielt nicht die Hauptrolle bei der Bewältigung des Klimawandels, der Durchsetzung der Digitalisierung oder der Neuausrichtung des Rentensystems – er setzt die Spielregeln einer Rechts- und Wirtschaftsordnung fest. Akteure sind die Unternehmen und die (Wirtschafts-)Bürger. In ihrem Zusammenspiel liegen das Wissenspotenzial einer Gesellschaft und Antworten auf zentrale Fragen der kommenden Jahre.

An erster Stelle der Zukunftsaufgaben steht die Bewältigung des Klimawandels. Marktwirtschaft und Klimaschutz müssen in Einklang gebracht werden. Die COVID-19-Pandemie hat zusätzliche Handlungsfelder geschaffen, vor allem bei der Digitalisierung. Die rasante Entwicklung und Verbreitung digitaler Hilfsmittel, die während der Lockdowns

große Teile der Gesellschaft und Wirtschaft am Leben hielten, sind nur eine Facette. Aber die Soziale Marktwirtschaft der Zukunft darf nicht nur die Leistungsträger im Blick haben. Neue Technologien sollten auch den sozial Schwächeren dienen. Und: Unter der Oberfläche ist während der Coronakrise ein neuer Konflikt aufgebrochen, der bisher in der Bundespolitik und der Öffentlichkeit wenig thematisiert wird: der demografische Wandel unserer Gesellschaft, von dem wir längst wissen, dass er durch die bestehenden Rentenkonzeppte nicht adäquat gemeistert werden kann. Er wird zu einer Bedrohung für die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Längst werden Fragen gestellt: Warum zahle ich für ein Gesundheitssystem, von dem ich nicht „profitiere“? Weshalb soll ich privat vorsorgen, wenn ich gleichzeitig hohe Summen in die Rentenkasse einzahle?

MARKTWIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ

Die Denker der Sozialen Marktwirtschaft haben früh erkannt, welche Bedeutung der Umwelt- und Klimaschutz haben werden. Alfred Müller-Armack hat 1961 eine Skizze für die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft, die er als gesellschaftspolitische Phase kennzeichnete, entworfen. Die Umweltpolitik war ein integraler Bestandteil seiner Überlegungen. Die Schonung von Ressourcen, Anreize für Umweltschutz in Unternehmen und die Einbindung der gesamten Gesellschaft waren vor sechzig Jahren ein visionäres Konzept. Darauf lässt sich noch heute aufbauen. Aber eine strukturelle Anpassung

ist notwendig. Heute sind Umwelt- und Klimaschutz das Tagesgeschäft, während wirtschaftspolitische Fragen in der öffentlichen Wahrnehmung zurückgetreten sind. Die Soziale Marktwirtschaft muss auch in den Dienst einer modernen Klimapolitik gestellt werden. Wohlstand für alle bedeutet heute: Erhaltung des Planeten für alle.

Ordnungspolitik sollte stärker in den ökonomischen und politischen Kategorien der Umweltpolitik gedacht werden. Keineswegs dürfen die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft unbeachtet bleiben, denn die Klimapolitik muss wie jedes andere Politikfeld von den Bürgern getragen werden und auf ihre freiwillige Zustimmung bauen.

Mehr Wettbewerb auf dem Markt der erneuerbaren Energien oder die Schaffung eines frei von Reglementierungen arbeitenden Wettbewerbs für CO₂-Zertifikate sind lediglich zwei Beispiele, Marktwirtschaft und Klimaschutz zu verbinden. Ein weiteres ist die Elektromobilität. Bei jüngeren Menschen liegt die Zustimmung zu Elektrofahrzeugen laut einer Statista-Umfrage aus dem Jahr 2019 bei über achtzig Prozent. Diese Zustimmung ist nicht primär Ausdruck einer ökologischen Grundhaltung, sondern gründet vielmehr auf ökonomischen Überlegungen. Man kauft ein E-Auto, weil es sich finanziell lohnt. Junge Familien und Paare sparen durch E-Fahrzeuge Steuern und hohe Kraftstoffkosten. So lassen sich Steuervorteile und positive Auswirkungen auf das Klima verbinden. Und das ist keine Frage des Einkommens, denn auch bei einem kleinen monatlichen Budget ist dies ein Anreiz.

Ähnliche Überlegungen kommen auch beim Hausbau zum Tragen. Die Mehrkosten für Wärmedämmungen und niedrigerenergetische Heizungen werden von

jungen Häuslebauern gern gezahlt, wenn sie sich auf lange Sicht bei der Abgabenbelastung rechnen. Das ist keine Frage der Ideologie. Und dies wird oftmals verkannt, wenn über die radikale Haltung zum Klimaschutz bei einer vergleichsweise kleinen Gruppe junger Menschen berichtet wird. Viele von ihnen fahren morgens mit einem E-Fahrzeug, oft vom Land in die Stadt, zur Arbeit, da es wirtschaftlich sinnvoll für sie ist. Sie müssen gar nicht für Verbote von Verbrennungsmotoren, Klimalockdown und die sogenannte Deglobalisierung demonstrieren, sondern arbeiten bereits am marktwirtschaftlich verträglichen Klimaschutz. Die Ordnungspolitik sollte dabei in Zukunft dauerhaft helfen. Ein klimaorientiertes Handeln muss nicht per se mit Verboten arbeiten, da praktikablere (und liberalere) Lösungen längst Alltagspraxis sind.

DIGITALISIERUNG FÜR DIE GESELLSCHAFT

Welche Alternativen gibt es zu einer digitalen Wirtschaftswelt und einer Gesellschaft, die längst in allen Bereichen, von der Medizin bis zur öffentlichen Verwaltung, auf Apps und Tools setzt? Keine! Was bedeutet das für die Soziale Marktwirtschaft? Sie ist die „Wirtschaftsordnung für den Menschen“, wie Ludwig Erhard es formulierte. Sie zieht ihren Zweck nicht aus sich selbst oder dient zur Stützung einer Ideologie. Und sie fördert nicht allein den „Stärkeren“. Ihr wohnt der Gedanke der sozialen Irenik inne: Marktwirtschaftliche Effizienz wird mit sozialem Ausgleich in Einklang gebracht. Für die Verbindung von Digitalisierung und Effizienz

findet man mühelos zahlreiche Beispiele, vom Wertpapierhandel in Millisekunden bis hin zur Etablierung weltweiter Vertriebswege. Welche guten Beispiele finden wir jedoch für die Frage, wie digitale Hilfsmittel den sozialen Ausgleich befördern können? Es gibt nur wenige. Dazu zählen etwa lokale Marktplattformen für Farmer in Afrika, über die Produkte per App angeboten und gehandelt werden können. Aber welche App hilft einer alleinerziehenden Mutter in einer prekären wirtschaftlichen Situation in Deutschland? Nicht nur, dass sie kaum von der Digitalisierung profitieren kann – die fortschreitende technologische Entwicklung schadet ihr sogar. Schon wenige Jahre nach Ausstieg aus dem Berufsleben wird es schwieriger, an die frühere Karriere anzuknüpfen, wenn sich die Arbeitswelt rasch wandelt. Es ist Zeit, den Wesenskern unserer Wirtschaftsordnung zu stärken, der vor der Marktwirtschaft steht: das Soziale. Ein gutes Beispiel ist die digitale Bedarfserrechnung für einkommensschwache Familien. Statt endlose Onlineformulare auf der Website des Jobcenters auszufüllen, könnte eine Bezahl-App, die mit einem digitalen Haushaltsbuch gekoppelt ist, den tatsächlichen Bedarf für das tägliche Leben ermitteln. Das spart Zeit, Mühe und langfristig auch Geld, denn es ist individuell und transparent.

Ein anderes Handlungsfeld ist der Zugang zu Bildung. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Vermittlung schulischer Inhalte über digitale Kanäle möglich ist. Allerdings war es für Lehrer und Schüler oftmals unbefriedigend. Hier gilt es, weiterzuarbeiten. Bildung ist ein Faktor für eine noch dynamischere Wirtschaftsordnung, ermöglicht aber auch den sozial Schwächeren effektiver als jedes staatliche

Hilfsprogramm den Einstieg in eine erfolgreiche berufliche Karriere. Es gibt jedoch noch zu wenige und zu rudimentär entwickelte soziale Tools. Die Digitalisierung muss nicht entmenschlichen; sie kann dem Menschen auch Würde zurückgeben.

Das ist ein wichtiger Aspekt in einer Wirtschaftsordnung, in deren Zentrum der Mensch und sein Wohlbefinden stehen. Es wird deshalb ein Ziel sein müssen, die Digitalisierung der Wirtschaft nun auch stärker auf die Gesellschaft zu übertragen. Das gelingt, indem man die aufgenommenen Entwicklungsfäden durch Anreize weiterspinnt und auch den Mut hat, die Nutzer von ihnen profitieren zu lassen. Und das können insbesondere auch die schwächeren, vor allem aber auch die älteren Mitglieder unserer Gesellschaft sein.

ORDNUNGSPOLITISCHE ROSSKUR IM RENTENSEKTOR

Das einträgliche Miteinander der Generationen funktioniert nicht mehr störungsfrei. Die Zeiten nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in den 2000er-Jahren waren ökonomisch gut für Rentner und für die Einzahler in das Sozialsystem. Die gute wirtschaftliche Entwicklung bescherte Renten- und Lohnerhöhungen. Aber in der Pandemie hat sich die Lage verändert. Manche stellen die Frage: Werden die Alten in unserer Gesellschaft bevorteilt? In den guten Jahren ließ sich darüber leicht hinwegsehen. Jedoch hat die Phase einer strauchelnden Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr deutlich gemacht, dass der demografische Wandel nur aufgrund der guten Situation am Arbeitsmarkt

ignoriert werden konnte. Das geht nun nicht mehr.

Soll die Gesellschaft nicht entlang generationeller Grenzen auseinanderbrechen, dann ist eine ordnungspolitische Rossskur im Rentensektor notwendig. Ein erster Schritt könnte die steuerliche Entlastung der mittleren Einkommen und die gleichzeitige stärkere Förderung privater Vorsorgeleistungen sein. Die komplizierten halbstaatlichen Instrumente von Rürup bis Riester hatten ihre Chance, und sie wurde vertan. Es ist an der Zeit, dass der Kapitalmarkt als das angesehen wird, was er bereits seit seinen Anfangstagen ist: ein Instrument des Abfederns von Risiken durch eine langfristige Vermögensanlage. Wo würde dies besser zur Anwendung kommen als bei der privaten Vorsorge in einer Welt der Niedrigzinsen?

ENTLASTUNG DURCH INDIVIDUELLE LÖSUNGEN

Die künftige Ordnungspolitik wird hier einwirken und für Vertrauen werben müssen, denn nur dort sind auf absehbare Zeit hinreichende und dringend notwendige Zinserträge für die private Altersvorsorge zu erwarten. Und was ist mit den derzeitigen Leistungsempfängern? Sie profitieren ebenfalls. Wird das System der Solidargemeinschaft durch individuelle Lösungen entlastet, lässt sich das Niveau in der Gegenwart halten.

Aber auch die älteren Gesellschaftsmitglieder könnten einen Beitrag leisten. Es ist nicht Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft, dem Rentnerhepaar genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit es

sein großes Haus in bester Innenstadtlage unterhalten kann, in dem auch eine vierköpfige junge Familie leben könnte. Es wird die Aufgabe einer vernünftigen Ordnungspolitik sein, Anreize zur sinnvollen und ertragreichen Mobilisierung immobilier und ungenutzter Vermögenswerte von Rentnern zu schaffen. Zwang oder Gängelung sind hierzu nicht notwendig. Es ist zielführender, auf die Vernunft der Menschen zu setzen. Die Einzahler in das Rentensystem und die Bezieher von Leistungen erkennen besser als der Staat, was für sie individuell sinnvoll ist. Die Politik kann jedoch die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, in denen jüngere Menschen die marktbasiertere private Vorsorge und ältere die Mobilisierung von Vermögenswerten aus eigenem Antrieb verfolgen. Wettbewerb auf dem Markt und Stabilität in der Geld- und Fiskalpolitik sind hierfür wichtige Bestandteile.

Zugegeben: Einige unserer Forderungen erscheinen kühn. Aber sich auf die Soziale Marktwirtschaft und ihre Effizienz zu verlassen, hat sich in der Vergangenheit stets ausgezahlt. Die COVID-19-Pandemie hat eine neue Symbiose der Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft begründet. Sie sollte künftig auch in der Wirtschaftspolitik stärker zum Tragen kommen. So kann sich die Soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln. Sie bietet eines der wertvollsten Zukunftspotenziale.

Bei dem Beitrag handelt es sich um den zweiten Teil der Serie „Mensch und Wirtschaft“, die in der Mai/Juni-Ausgabe 2021, Nr. 568, der Zeitschrift Die Politische Meinung eröffnet wurde und in der Mitglieder des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung Fragen zur Sozialen Marktwirtschaft erörtern.

Schrittmacher der Demokratisierung

Zum 100. Todestag von Matthias Erzberger

* 20. September 1875 in Buttenhausen, † 26. August 1921 bei Bad Griesbach

CHRISTOPH PALMER

Geboren 1962 in Stuttgart, promovierter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, war Abgeordneter, Staatssekretär und Minister in Baden-Württemberg.

Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 hat auch die politischen Morde der Weimarer Republik in Erinnerung gerufen. Der ehemalige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger wurde vor einhundert

Jahren im Urlaub bei einem Spaziergang am 26. August 1921 bei Griesbach im Schwarzwald von Mitgliedern der rechtsextremen „Organisation Consul“ ermordet. Reichsaußenminister Walther Rathenau wurde ein Jahr später, am 24. Juni 1922, in Berlin-Grunewald ebenfalls von Mitgliedern dieser Organisation erschossen.

Erzbergers eindrucksvolle politische Laufbahn war nicht vorgezeichnet. In kleinen Verhältnissen in dem kargen Dorf

Buttenhausen 1875 auf der zum damaligen Königreich Württemberg gehörenden Schwäbischen Alb geboren, stieg er in Stuttgart über die Stationen als Volksschullehrer, katholischer Arbeitersekretär, Verbandsfunktionär und Journalist für die Zentrumsparlei zum jüngsten Reichstagsabgeordneten im 1903 gewählten Reichstag auf. Mit einem phänomenalen Arbeitseifer, Omnipräsenz und hoher Professionalität verkörperte er die parlamentarische Moderne im Kaiserreich. Konsequenter trat er im semi-demokratischen Regierungssystem des Wilhelminismus für den Ausbau des Parlamentarismus ein. Aus der Honoratiorenparlei des Zentrums wollte er eine Volkspartei neuer Ausrichtung formen, Anleihen an die erfolgreiche Organisationsarbeit der Sozialdemokratie eingeschlossen. Sehr früh trat er für eine interkonfessionelle Öffnung seiner Partei ein – zum Ärger des katholischen Klerus und alter Parteieliten. Er galt als ungestümer, einflussreicher Vertreter des fortschrittlichen Flügels seiner Partei, der sich – völlig ungewohnt für die Gediegenheit und Bräsigkeit der Fraktionsführung – auf Zuspitzung und Attacke verstand: gegenüber der kaiserlichen Regierung ebenso wie gegenüber der oppositionellen Sozialdemokratie.

Die von ihm vorangetriebene Aufdeckung von Skandalen in den deutschen Schutzgebieten führte 1906 zum Rücktritt des Chefs des Reichskolonialamtes, Ernst von Hohenlohe-Langenburg, und nach der Auflösung des Reichstages unter Reichskanzler Bernhard von Bülow zu vorzeitigen Reichstagswahlen, den sogenannten „Hottentottenwahlen“ 1907, die allerdings für das Zentrum nicht erfolgreich ausgingen. Die Partei verlor ihre einflussreiche Funktion als „Zünglein an der

Waage“, und Erzberger wurde zum parlamentarischen Außenseiter, zur „persona non grata“. Dem Autodidakten mit dem überragenden Zahlengedächtnis, der im Haushaltsausschuss des Reichstages eine führende Rolle spielte, war dies reichlich egal. Gestützt auf seine bis zum Tode treue katholische Wählerbasis in Oberschwaben, die „kleinen Leute“, die ihm durch dick und dünn folgten, hielt er allen parlamentarischen und publizistischen Stürmen stand.

DER ERSTE PARLAMENTARISCHE „BERUFSPOLITIKER“

Von den im Mai 1906 eingeführten, bescheidenen Reichstagsdiäten konnte Matthias Erzberger nicht auskömmlich leben. Sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, konservative Rittergutsbesitzer, liberale Rechtsanwälte und Wissenschaftler verfügten über andere finanzielle Ressourcen. Erzberger kaufte eine insolvente Medienfirma und baute sie zu einer von zahlreichen Zeitungen genutzten einflussreichen Presseagentur aus. Er war also auch als publizistischer Unternehmer erfolgreich tätig; die Sphären von Mandat und beruflicher Wirksamkeit gingen mitunter ineinander über, was immer wieder auf Kritik stieß.

Trotz seiner beruflichen Absicherung kann Matthias Erzberger als einer der ersten parlamentarischen „Berufspolitiker“ außerhalb der Sozialdemokratie in Deutschland gelten. Daneben entfaltete er eine außergewöhnliche schriftstellerische Tätigkeit: Von 1898 bis zu seinem Tode 1921 hat er nicht weniger als vierzig Bücher und umfangreiche Broschüren verfasst.

Als Redner und Organisator bereiste er das ganze Land und war dadurch als Abgeordneter bekannt und über Wahlkreis und Fraktion hinaus wirksam. Schon vor dem Ersten Weltkrieg galt Matthias Erzberger als der kommende Mann auf der katholischen Seite des politischen Spektrums; ab 1912 gehörte er als Jüngster zur Fraktionsführung der Partei.

EBENSO GUTE WIE UNREALISIERBARE IDEEN

Die große Bewährungsprobe setzte mit dem Ersten Weltkrieg für den Reichstagsabgeordneten ein. Zunächst unterstützte er die expansiven Kriegsziele des Kaiserreichs nachdrücklich. Er organisierte für Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg 1914 das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes und für das Auswärtige Amt die „Zentralstelle für Auslandsdienst“; endlich nahm der agile Erzberger Anteil an der exekutiven Verantwortung. Mit großem Fleiß, Organisationsgeschick und Mut betrieb er nun eine Art eigener „Neben-Außenpolitik“. Diese vollzog sich im Graubereich zwischen (halb)offizieller Beauftragung und eigenen Vorstellungen. Er suchte den Kriegseintritt Italiens erfolglos zu verhindern, initiierte Friedensverhandlungen, knüpfte Kontakte, reiste durch Europa. Der weiterhin als Parlamentarier Tätige hatte ebenso viele gute wie unrealisierbare Ideen. Sein Biograph Klaus Epstein bescheinigt ihm: „Erzberger [gelangte] zu einer Stellung, die in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands einzigartig war.“

Den Wendepunkt seines politischen Lebens markiert seine bedeutende Rede

vor dem Hauptausschuss des Reichstages am 6. Juli 1917, in der er schonungslos die militärische und politische Lage des Reiches skizzierte und politische Reformen anmahnte, so die vollständige Parlamentarisierung des Regierungssystems. Er organisierte mit der sogenannten Friedensresolution des Reichstages eine politische Mehrheit aus Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei für einen Verständigungsfrieden und war der Brückenbauer zwischen den unterschiedlichen Auffassungen. Der von der Obersten Heeresleitung erzwungene Sturz des gemäßigten Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg hatte nichts Positives ausgelöst, sondern verstärkte die Krise. Die schwachen Reichskanzler Georg Michaelis und Graf Georg von Hertling, die auf kaiserliche Entscheidung folgten, waren der sich zuspitzenden Situation nicht im Mindesten gewachsen.

GEBURTSFEHLER DER JUNGEN REPUBLIK

Der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden berief Erzberger im Oktober 1918 zum Staatssekretär (Minister) und beauftragte ihn mit der zentralen Rolle als Vorsitzender der deutschen Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen. Nun war Erzbergers Tätigkeit zu weltpolitischer Bedeutung gelangt. Die Revolutionstage im November 1918 brachte er bei den Waffenstillstandsverhandlungen. In den Lauf der Dinge in Berlin konnte er dadurch nicht eingreifen.

Ein Geburtsfehler der jungen Republik war es, in die Waffenstillstandsverhandlungen nicht die verantwortliche Militärführung sichtbar eingebunden zu

haben; die verhängnisvolle Dolchstoßlegende hat darin ihren Ursprung. Erzberger hat niemals Aufgaben, die er als notwendig empfand, gescheut, auch nicht die undankbaren. Seine Verunglimpfung und Verfemung hat ihren Ursprung vor allem in der Verhandlungsführung zum Waffenstillstand und seinem späteren Einsatz für die Annahme des Friedensvertrages von Versailles. Als Realpolitiker hatte er die Notwendigkeit des Waffenstillstands erkannt, weil er überzeugt war, in dieser miserablen Ausgangssituation dadurch wenigstens die Einheit des Reiches zu retten sowie die Zurückführung der Truppen sicherzustellen.

RUFMORDKAMPAGNE „FORT MIT ERZBERGER“

Sein entschlossenes Handeln ermöglichte Friedrich Ebert und der Reichsregierung, eine kommunistische Machtübernahme im Reich abzuwenden und den mühsamen Weg zur Errichtung der Weimarer Republik zu beschreiten. Auch über den Friedensschluss im Vertrag von Versailles hinaus stellte Erzberger sich Land und Partei zur Verfügung: Als Reichsfinanzminister ab Juni 1919 gelang ihm in wenigen Monaten die bedeutsame Reichsfinanzreform. Diese schuf ein komplett neues Steuersystem auf der Basis einer einheitlichen Besteuerung, mit einer progressiv ausgestalteten Einkommenssteuer und weiteren direkten und indirekten Reichssteuern sowie einer leistungsfähigen Reichsfinanzverwaltung. Die Grundzüge dieser Jahrhundertreform prägen bis heute das Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland.

Mangels politischer und militärischer Alternativen hatte Erzberger auch die Annahme des Versailler Friedensvertrags befürwortet. Die rechtsradikale Hetze gegen Erzberger als „Volksverräter“ und „Novemberverbrecher“ verschärfte sich daraufhin. Als der frühere Staatssekretär des Inneren beziehungsweise der Finanzen Karl Helfferich eine Rufmordkampagne mit der polemischen Schrift *Fort mit Erzberger* startete, stellte Erzberger Strafantrag wegen Beleidigung. Aufgrund des politisch motivierten milden Gerichtsurteils der parteiischen Berliner Justiz gegen seinen Antipoden Helfferich trat Erzberger im März 1920 als Finanzminister zurück.

Matthias Erzberger betrieb seine Rehabilitierung und stand im Sommer 1921 kurz vor einem Comeback, als ihn im Schwarzwald die tödlichen Kugeln trafen. Die Trauerfeier in Biberach am 31. August 1921 mit Zehntausenden Teilnehmern geriet zu einem eindrucksvollen Bekenntnis für Erzberger, sein politisches Wirken und die junge Demokratie.

Die Nationalsozialisten taten ab 1933 alles, um den „Novemberverbrecher“ Erzberger zu stigmatisieren; seine Mörder kehrten mit allen Ehren aus dem Ausland zurück.

Die Weimarer Republik war als Anknüpfungspunkt für die Bonner Republik nur bedingt geeignet. So dauerte es lange, bis Matthias Erzberger seinen Ehrenplatz in der Galerie großer deutscher Politiker erhalten hat: 2004 wurde sein Geburtshaus in Buttenhausen durch den damaligen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Erwin Teufel, als Gedenkstätte eröffnet, 2011 ist auf Veranlassung des damaligen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble der große Vortragssaal im Finanzministerium in Berlin nach ihm benannt worden,

und 2017 setzte der seinerzeitige Bundestagspräsident Norbert Lammert durch, dass eines der Abgeordneten Häuser des Bundestages Unter den Linden seinen Namen trägt. Dieser große Parlamentarier und Schrittmacher der Demokratisierung Deutschlands, der herausragende Finanzpolitiker, Zentrums- und Staatsmann verdient die Erinnerung.

Er ist eine der interessantesten Persönlichkeiten der deutschen Parlamentsgeschichte und hat in der kurzen Zeit seiner exekutiven Verantwortung Herausragendes geleistet. Mit der Erinnerung an Matthias Erzberger anlässlich des 100. Jahrestages seiner heimtückischen Ermordung werden zugleich die Gefahren gegenwärtig, die jedes demokratische Gemeinwesen durch Hass, Verleumdung, Extremismus und Gewalt bedrohen.

Literatur

- Dowe, Christopher: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011.
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, München 1976.
- Eschenburg, Theodor: Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform, München 1973.
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): Matthias Erzberger. Ein Demokrat in Zeiten des Hasses, Karlsruhe 2013.
- Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Matthias Erzberger. „Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit“, Potsdam 2002.
- Palmer, Christoph: Reichsfinanzreform (Weimarer Republik), [www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Reichsfinanzreform_\(Weimarer_Republik\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Reichsfinanzreform_(Weimarer_Republik)), 16.01.2018 [letzter Zugriff: 12.04.2021].
- Palmer, Christoph / Schnabel, Thomas (Hrsg.): Matthias Erzberger 1875–1921, Patriot und Visionär, Stuttgart/Leipzig 2007.

Macht und Wahrheit

Literarische Annäherungen an Herrschaftswissen

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung und außerplanmäßiger Professor für Neuere Deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Petra Morsbach: *Der Elefant im Zimmer. Über Machtmissbrauch und Widerstand.* Ein Essay, Penguin Random House Verlag, München 2020, 368 Seiten, 22,00 Euro.

Martin Mosebach: *Krass.* Roman, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, 528 Seiten, 25,00 Euro.

Macht ist in der Literatur ein sehr spezielles Fach. Sie äußert sich in Herrscherfiguren, in Ansprüchen auf Deutungshoheit, exklusivem Stil und sakrosankten Spracheigentümlichkeiten. Wer von der Macht erzählt, kann das aus der Vogelperspektive, also aus der Sicht von oben, tun, etwa in Königsdramen, politischen Essays oder „Staatsromanen“, aber ebenso gut von unten, aus der Sicht der Unterprivilegierten und Ohnmächtigen. „Aber/die Herrschenden/saßen ohne mich sicherer, hoffte ich“, schrieb Bertolt Brecht im dänischen Exil. William Shakespeare brachte

die moderne Macht in die Literatur. Viele seiner Dramen, die den Weg eines Mächtigen zur Macht und das Kalkül seiner Helfershelfer inszenieren, sind von erschreckender Aktualität: „eine Machtkunde für das 21. Jahrhundert“, so der Harvard-Forscher und Literaturwissenschaftler Stephen Greenblatt in seiner Studie *Der Tyrann* (2018). Denn wer dem Mächtigen leichtfertig glaubt, kann betrogen, wer an ihm zweifelt, eingeschüchtert, wer auf *Checks and Balances* vertraut, eines Schlechteren belehrt werden.

Sprechen und Schreiben über Macht ist seit Beginn der 2020er-Jahre mehr denn je in die Macht-Diskurse von Medien und Politik gebannt. In der „alten“ Bundesrepublik vermochten machtkritische Theaterstücke noch, Mächtige, sofern sie deren üble Vorgeschichten enthüllten, zu Fall zu bringen. Nationalautoren, die allzu selbstgerecht oder „gesinnungsästhetisch“ davon erzählten, wie ihre vermeintliche Macht eingeschränkt worden sei, wurden vom Sockel gestürzt. Öffentliche Reden von Schriftstellern gerieten, wenn sie Tabugrenzen überschritten, ins Mahlwerk von Feuilletondebatten. Heute ist Macht, von ihrem Gebrauch in der Sprache betrachtet, ein Phänomen der *Cancel Culture*. Es geht um Gesinnungskorridore und Empörungsregie in sozialen Medien, um Meinungsexklusion und Solidaritätentzug. Was sind die psychosozialen und narrativen Muster der Erprobungen von Diskursmacht? Da ist es an der Zeit, neuere Stimmen aus der Literatur über Macht und Ohnmacht zu hören. Petra Morsbach, Literaturpreisträgerin der Konrad-Adenauer-Stiftung (2007), hat über Machtmissbrauch und Widerstand einen Essay verfasst (*Der Elefant im Zimmer*, 2020), Martin Mosebach, ebenfalls Preisträger

(2013), einen eleganten Roman über Größe und Elend von Herrschaft (*Krass*, 2021).

„Der Elefant im Zimmer“ ist die deutsche Übersetzung der vor allem im englischen Sprachraum verbreiteten Metapher vom „elephant in the room“: Man pflegt über etwas hinwegzusehen, das doch unleugbar mächtig da ist. Wie eben die Macht. Petra Morsbach untersucht drei Fälle von Machtmissbrauch und die Möglichkeiten des Widerstands. Es geht um Sexualität und Kindesmissbrauch im Fall eines hohen österreichischen Klerikers und um Macht und Amtsmissbrauch im Fall einer bayerischen Staatsministerin. Diese Szenarien haben spektakuläre Schauplätze und öffentliches Interesse.

Anders der dritte Fall: Er spielt im geschlossenen Raum einer Institution des literarischen Lebens. Und Petra Morsbach hat ihn im Jahr 2010/11 selbst erlebt: Es begann, als ihr Vorschlag, Norbert Gstrein, Literaturpreisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung 2001, zu einer Lesung aus seinem, in der Verlagswelt spielenden Schlüsselroman *Die ganze Wahrheit* (2010) einzuladen, von der Leitung der Bayerischen Akademie der Schönen Künste abgelehnt wurde. Begründung: eine protokollarisch festgehaltene Vorschrift des Präsidiums mit dem Wortlaut „Buchvorstellungen macht die Akademie nicht“. Petra Morsbach beanstandete an dieser „Regel“ Machtwillkür und Einschränkung der künstlerischen Freiheit. Sie problematisierte, was sie an der „Regel“ destruktiv und grundlos fand, bei dem damals amtierenden Präsidenten und dem Literaturdirektor, initiierte eine Umfrage unter den Schriftstellerkollegen, bei der sich zwölf von zwanzig der Antwortenden gegen die „Regel“ aussprachen. Es folgten ein Memorandum und eine Petition. Als

Reaktion kamen Wutbriefe der Akademieleitung. Am Ende hat Morsbach den ihr vorgeschlagenen Ausweg einer Akademieveranstaltung mit Gstrein über die Problematik des Schlüsselromans angenommen, sich dann aber ans Publikum gewandt: Dies sei ihr „letzter Auftritt auf dieser Bühne, da neuerdings eine ‚Regel‘ gelte, die Buchvorstellungen in der Akademie verbiete“.

Petra Morsbachs Bericht aus einer Akademie ist kein Enthüllungsjournalismus und vordergründig auch keine machtkritische Reportage. Schlüssellochperspektive und Aufklärungshysterie sind ihre Sache nicht, Klarnamen lässt sie weitgehend aus. Es geht ihr um die Frage, wie man sich unter ethischem Stress verhält und was die Sprache der Macht über den Sprecher, der sie beansprucht, aussagt. Sie zeigt, mit welchen Sprachtricks man sich des Diskurses bemächtigt: mit schwammiger, generalisierender Terminologie, hoheitlichem Schweigen, würdevoller Pilatus-Attitüde, absichtlichem Missverstehen, ablenkenden Entlastungsklagen und Zerreden der Sache.

Auf diese Weise entsteht ein Lehrstück über freiwillige Selbstunterwerfung und Entmündigung von Kunstfreiheit. Nicht ohne Selbstkritik. Petra Morsbach kennt ihr Milieu und Metier gut genug, um einzuräumen, wie man aus den eigenen Fehlern lernen und Selbstidealisationen von Künstlern, verleugnete Ängste und Einzelkämpferambitionen abstreifen kann. So treten subtile Einsichten über die Scheu, über Macht zu reden, zutage. Das ist hochaktuell in Zeiten von *#MeToo*-Debatten und einer Staatsautorität, die in Pandemiezeiten beständig den Begründungsdruck mit einem Handlungsdruck ausgleichen und zwischen vi-

rologischen Erkenntnissen und ökonomischen Interessen balancieren muss. An das Ende ihres Essays stellt Petra Morsbach einen Katalog mit Handlungsempfehlungen angesichts von Machtmissbrauch.

Der 1951 geborene Martin Mosebach hat Macht und Ohnmacht des modernen Bürgertums zurück in die Literatur gebracht, aus der dieser Bereich seit Thomas Mann verschwunden schien. Keiner seiner Romane kommt ohne manierliche Dialoge und erlesene Tafelrunden aus, ohne den Herrn mit Krawatte und Einstecktuch. Das Neuartige an Mosebachs Büchern aber ist ihre musikalisch komponierte Kunst, von der sogenannten guten Gesellschaft mit Ironie und Weltzweifel zu erzählen. Seine Figuren sind Mutbürger mit Unternehmungsgestalt, naturtalentierter „Weltherrscher im Verborgenen“.

HOCHVITALER BÜRGERKÖNIG

Solch ein Machtmensch ist „Krass“, der Titelheld mit dem sprechenden Namen in dem neuen Roman, den Martin Mosebach sich und seinen Lesern zum 70. Geburtstag geschenkt hat: Ralph Krass ist ein weit vernetzter Waffen- und Drogenhändler. Aber wichtiger ist das, was hinter seinen Geschäften steht. Er selbst hat es nicht nötig, Geld auszugeben und seine Tagesgeschäfte zu planen. Wir sehen einen hochvitalen Bürgerkönig, der herrscht, global reist, großzügig genießt, aber nicht regiert. Dafür hält er sich Angestellte.

Dr. Jüngel ist einer von ihnen: ein unterwürfiger Kunsthistoriker. Mit ihm betreten wir die Szene. Er hat sich beim Abendprogramm im Ort geirrt und führt Krass' Entourage nicht in das geplante

neapolitanische Volksstück, sondern in eine Veranstaltung mit einem Illusionisten. Dort muss er dem geizigen Zauberer dessen Assistentin, die Belgierin Lidewine Schoonemaker, für seinen Herrn ausspannen. Sie gehört zu den bei Mosebach häufig vorkommenden Frauen, die sich erobern lassen, sich aber nicht fest binden. Ein weiterer faustischer Pakt wird geschlossen: Mit Jüngel muss nun auch Lidewine die Machtwünsche von Krass in die Tagesdramaturgie übertragen, ökonomische Privilegien ein- und erotische Techtelmechtel ausgeschlossen. Das kann nicht gutgehen, und es geht auch nicht gut aus. Jüngel zeigt einen One-Night-Stand Lidewines mit einem Hotelkellner bei Krass an. Der entlässt beide. Im zweiten Kapitel, das etwas langsamer in Fahrt kommt als das fröhlich beginnende erste, finden wir Jüngel in der französischen Provinz wieder, geschieden, wohnungslos, verarmt, in der angenehm unbürgerlichen Gesellschaft eines stummen Kuhhirten, eines Klosterschusters und einer verblühten Frau, die zweifelhaft Experimente mit Wellensittichen anstellt. Im dritten sehen wir dann Krass in Kairo wieder, vereinsamt, gedankenklar, aber sterbenskrank. Es gehört zu Mosebachs „Schicksalsregie“ eines Pechvogellebens, dass Pech eben auch diejenigen schwarz macht, die einem Pechvogel helfen wollen.

Wie nah die Macht am Wahn wohnt und das Pech am Privileg klebt, was die Mächtigen vermögen und was nicht, weshalb deren Helfer ihre Ohnmacht überwinden müssen und welche Tücken ein Lebenswerk durchkreuzen können: Davon erzählt Martin Mosebach, ganz ohne Revolutionsdrang und Bekehrungseifer. Behutsam kommt sein Roman dem Machtwahn auf die Schliche. Es gibt Kapitel mit

erlesenen Dialogen, andere mit spannenden Szenen; einmal überschätzt sich Krass beim Hinausschwimmen aus einer Meeresbucht und erfährt eine elementare Machtlosigkeit. Eine Geschichte, elegant, geistreich und mit staunendem Realismus erzählt, ein intellektuelles Vergnügen, eine Einladung zum nachdenkenden Lesen.

PSYCHOREGIE DER MACHT

Petra Morsbachs Erkenntnisabenteuer beleuchtet die Strategien der Macht von unten. Mosebachs Roman betrachtet die Psychoregie der Macht von oben. Beide Bücher, so unterschiedlich sie in Gattung, Anlage und Stil auch sind, bezeugen die Selbstverpflichtung der Literatur auf Wahrheit und Schönheit. Wer erzählt, ist nur einer Macht verpflichtet: der des Erzählens.

Und das zeigte sich auf wunderbare Weise im Oktober 2013, ausgerechnet in der Münchner Residenz, am Sitz der Bayerischen Akademie der Schönen Künste: Dort laudierte Martin Mosebach die damalige Jean-Paul-Preisträgerin Petra Morsbach. Er rühmte ihr der Wahrheit verpflichtetes Erzählen und hob hervor, wie genau, an Émile Zola orientiert, die Preisträgerin ihr jeweiliges Milieu beobachtete und studierte, bevor sie es dann im Roman beschrieb. Im Gegenzug schätzte Morsbach ihren Laudator als einen großen Sprachkünstler und versäumte es nicht, die manchmal selbstvergessene, aber höchst wortfindige Phantasie Jean Pauls zu rühmen, dem die deutsche Sprache unter anderem den „Weltschmerz“ und die „Gänsefüßchen“ verdankt.

Umstrittener Heilsbringer

Über die Faszination der Deutschen für Gorbatschow

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

Geboren 1952 in Krefeld, Dr. rer. pol., apl. Professor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 2009 bis 2018 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hermann Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991, Metropolis Verlag, Berlin 2020, 670 Seiten, 29,00 Euro.

Seit jeher haben Deutsche ein ambivalentes Verhältnis zu russischen und sowjetischen Machthabern. Diese regieren meist bis ins hohe Alter mit harter Hand, verteidigen ihre Macht mit allen Tricks und Mitteln, wie es in diktatorischen Regimen üblich ist. Mitte März 1985 geschieht das Überraschende: Michail Gorbatschow, gerade 54 Jahre alt, wird zum Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), mächtigster Posten in der Sowjetunion, gewählt. Er durchbricht damit

die Riege alter kommunistischer Kämpen, die bisher das Sagen hatten.

Im geteilten Deutschland schwanken Urteile über die verjüngte Kremispitze zwischen euphorischer Hoffnung auf Veränderungen und anhaltender Skepsis. In der Bundesrepublik rücken Unionsparteien und konservative Zeitungen nicht gleich von dem traditionellen Feindbild ab. Solange in Moskau Unfreiheit, Planwirtschaft und Willkür herrschen, die Sowjetunion unverändert über ein gewaltiges militärisches Bedrohungspotenzial verfügt, das sich gegen den Westen richtet, besteht kein Anlass, zu meinen, unter dem neuen Kommunistenchef ändere sich etwas. Gleichwohl nehmen solche Stimmen wachsende ökonomische Schwierigkeiten und technologisches Hinterherhinken des Landes wahr. Nicht zuletzt sind die Probleme verursacht durch die von US-Präsident Ronald Reagan in einer angespannten Phase des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion ins Leben gerufene und am 23. März 1983 offiziell angeordnete Initiative zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen Interkontinentalraketen, die *Strategic Defense Initiative* (SDI). Anhänger der Friedensbewegung, Grüne, liberale Entspannungsverfechter und die mehr Mitte-links-orientierte Presse sehen in Gorbatschows Abrüstungsbereitschaft den Beginn eines Wandlungsprozesses und einen Beleg für ihre These von der sowjetischen Friedfertigkeit.

Anfangs glaubt die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) einerseits, von wirtschaftlichen Reformmaßnahmen des Kremls werde die marode DDR-Wirtschaft profitieren. Andererseits wachsen Befürchtungen, Glasnost und Perestroika könnten die Stabilität des eigenen Systems gefährden. Nach

gut anderthalb Jahren Amtszeit versucht Gorbatschow, sich mit Abrüstungsvorschlägen bei Mittelstreckenwaffen als Friedenspolitiker international zu profilieren. Umso stärker divergieren in Bonn die Ansichten über eine angemessene Reaktion. Während viele vom rechten Flügel in CDU und CSU Helmut Kohls Meinung beipflichten, Gorbatschow sei nur ein Propagandist wie einst Joseph Goebbels, haben Entspannungsgläubige im Auswärtigen Amt Hans-Dietrich Genscher die Mahnung beigebracht, derlei neue Offerten des Kremlherrschers ernst zu nehmen.

KONTROVERSES BILD

Infolge des Verlaufs des Plenums des ZK der KPdSU im Januar 1987 bahnt sich allmählich ein Meinungswechsel an. Initiiert durch die Aufhebung der Verbannung des Dissidenten Andrei Sacharow im Dezember 1986 und Gorbatschows harsche Kritik an seinen Vorgängern und der ökonomischen Stagnation seit den 1970er-Jahren, verblasen grundsätzliche Zweifel an seiner Reformbereitschaft. Dennoch differieren die Einschätzungen. Sein Bild bleibt kontrovers. In der DDR verhilft Gorbatschows neuer Kurs oppositionellen Kräften, vornehmlich in Kreisen der Evangelischen Kirche, zum Aufschwung. Politische und gesellschaftliche Unzufriedenheit erhalten somit Schubkraft, was für das SED-Politbüro zusehends zum Problem wird. Es reagiert darauf mit einer strikten Abgrenzung von Gorbatschow.

Die wegen Kohls abfälliger Äußerung erkalteten Beziehungen auf Regierungsebene sucht Bundespräsident Richard von

Weizsäcker im Sommer 1988 bei seinem Besuch in Moskau in neues Fahrwasser zu lenken. Dadurch fühlt sich auch Genscher in seiner Ansicht bestätigt. In den Unionsparteien werden von angeblich Ewiggestrigen, die den Glauben an die Wiedervereinigung nicht aufgegeben haben, Forderungen laut, das Thema erneut auf die politische Tagesordnung zu setzen.

REFORMER IN MOSKAU, SYSTEMBEWAHRER IN OST-BERLIN

Nach gut drei Jahren verfestigt sich der Eindruck von Gorbatschows neuer Rolle als Reformers, je mehr die Diskussionen über Abrüstungsmaßnahmen in Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten konkrete Gestalt annehmen. Für die Bundesregierung verschlimmert sich das sicherheitspolitische Dilemma. Reagan ist scheinbar gegenüber Gorbatschow zu weitgehenden Konzessionen beim Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa bereit. Zugleich nehmen Erich Honeckers Kritik an und die Anti-Stimmung in der SED gegen Gorbatschow zu, weil seine Reformpolitik als Systembedrohung verstanden wird und eine Abkehr von alten kommunistischen Glaubenssätzen impliziert. Reformers in Moskau und Systembewahrer in Ost-Berlin stehen sich unversöhnlich gegenüber – wohl wissend, dass die Existenz der DDR von der sowjetischen Macht abhängt. Damit bricht der Gegensatz zwischen SED-Oberem und der nach Veränderungen und Freiheit lechzenden Bevölkerung erst richtig auf.

Die Zustimmung zu Gorbatschows Reformen auf der XIX. Parteikonferenz der KPdSU im Juni 1988 ist für ihn ein innen-

politischer Erfolg über retardierende Kräfte, die sich gegen eine Entmachtung der Partei, Demokratisierung und Einführung eines teilweisen Parlamentarismus stemmen. Erschwert wird der Prozess durch die stagnierende Wirtschaft und ungelöste Nationalitätenprobleme. Aus bundesdeutscher Sicht ist zunächst Gorbatschows Friedensstabilisierung in Europa wichtiger als der Erfolg des Reformprojekts.

Seine Annäherung an Kohl und verbesserte Beziehungen zu Bonn verschärfen gleichzeitig den Konflikt mit Ost-Berlin. Im neuen „Haus Europa“, das Gorbatschow zu bauen anpreist, hat die DDR nach Ansicht der SED keinen Platz. Reformpolitik, wie er sie in der Sowjetunion beabsichtigt, stellt für die DDR eine existenzielle Gefahr dar. Jeder Vertrauensaufbau zur Regierung Kohl bewirkt einen Misstrauensschub bei den SED-Führern. Deren Reformunfähigkeit und -unwilligkeit entfremdet sie weiter von den Menschen. Gorbatschows Politik hat längst eine Eigendynamik erlangt. In den Augen der Bundesbürger erweckt sein Besuch im Juni 1989 in Bonn Zuversicht, eines Tages werde er den Deutschen vielleicht das Recht auf Selbstbestimmung gewähren, wie er es erstmals im Kommuniqué zusichert. In der Bevölkerung diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze wächst die „Gorbimanie“ unaufhörlich.

ANZEICHEN DES MACHTVERLUSTES

Anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung Anfang Oktober 1989 überstrahlt Gorbatschow den alten und kranken Honecker um Längen. Der Kremlchef

gibt sich offen, bürgernah und modern, erscheint folglich als langersehnter Retter in der Not.

Für nüchternere Betrachter bleibt er zwar ein gewiefter Taktiker, der nach außen hin friedvoll erscheint, jedoch die widerspenstigen, orthodoxen Kräfte im eigenen Land nicht zu bändigen vermag. Dass er nach dem Mauerfall 1989 keine Truppen aufmarschieren lässt, wird vielfach als Selbstverständlichkeit angesehen. Allerdings kann er sich ein ähnliches Debakel, wie es die Führung der Kommunistischen Partei Chinas auf dem Pekinger Tian'anmen-Platz im Juni veranstaltet hat, nicht leisten. Fortan ist er Gefangener seines neuen Reformkurses, reagiert in den Verhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit mehr, als dass er agiert. Dabei herrscht in Bonn die Sorge, selbst in die Zwickmühle zu geraten, wenn sich Gorbatschow gegen die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Staaten wendet und interveniert, wie es konservative Kräfte im Kreml fordern. In Zeiten wirtschaftlicher Schwäche, großer Versorgungsschwierigkeiten, besonders in den Wintermonaten 1989/90, und enormen Kapitalmangels hilft die Bundesregierung, um ihn und die Lage im Land zu stabilisieren. Tatsächlich sind es Anzeichen seines unaufhaltsamen Machtverlustes.

Die Deutschen feiern ihn im Herbst 1990 als Heilsbringer der Wiedervereinigung. Gorbatschow hat sich für die meisten von ihnen rentiert. In der sowjetischen Bevölkerung dagegen verliert er an Reputation. Für manche unverständlich, hat er die Siegestrophäe des Großen Vaterländischen Krieges – das Faustpfand DDR – hergegeben. Sein Image als Reformsozialist schwindet aufgrund des verlorenen Machtkampfs mit Boris Jelzin vollends,

führt schließlich unaufhaltsam zum Zerfall der Sowjetunion Ende 1991. So bleibt er undurchschaubar, ein Mann mit vielen Gesichtern, in den unterschiedlichste Erwartungen und Ängste projiziert wurden. Sein Auftreten im westlichen Stil, mitgeprägt vom Glanz seiner intelligenten Frau Raissa, steht im Gegensatz zu Korruption, Schlamperei und Misswirtschaft im eigenen Land, die er nicht in den Griff bekommt.

Leser des Buches von Hermann Wentker erwartet eine interessante Perzeptionsstudie, die dem Einstellungswandel gesellschaftlicher und politischer Kräfte in beiden deutschen Staaten hinsichtlich eines der wichtigsten Kremlherrscher des 20. Jahrhunderts nachgeht. Leider ist die Sicht nur zweidimensional, eben deutschdeutsch zentriert. Inwieweit sie vom westlichen Ausland mit beeinflusst worden ist, bleibt offen.

WOLF IM SCHAFSPELZ?

Diesem Ausschnitt deutsch-sowjetischer Beziehungen fehlt der tiefere Blick auf die eigentlichen Triebkräfte, somit die Ursachen des Gorbatschow-Diskurses. Aus welchen Gründen hat er seine Reformpolitik initiiert, inwieweit bewusst den Verlust der DDR riskiert oder gar herbeigeführt? Was wollte er eigentlich erreichen? Eine moderne Sowjetunion, die sich beiden deutschen Staaten annähert? Sieht er darin die einzige Möglichkeit, einen Teil der Kosten für die Modernisierung des kommunistischen Systems durch Aufgabe der DDR von der Bundesrepublik finanziert zu bekommen? Oder intendiert er hauptsächlich, die verkrustete sowjetische

Sozialismus-Spielart zu reformieren? Dann wäre er lediglich ein Wolf im Schafspelz gewesen, dem der Kompass verloren ging, und die Skeptiker der ersten Stunde würden letztlich Recht behalten. Oder liegt eine festverwurzelte Sehnsucht in der russischen Seele, die über Jahrhunderte hinweg hin- und hergerissen ist zwischen Bewunderung der Deutschen, angespornt vom Willen, mit ihnen im Bündnis vereint zu sein, und der Abkehr, weil sie weiß, dass die Zentralmacht Europas den Herrschern in Moskau nie über den Weg traut?

Fest steht: Gorbatschow wird in Deutschland allein wegen der Wiedervereinigung Dankbarkeit und Verehrung

entgegengebracht. Sein Faszinosum speist sich aus dem Umstand, dass er den meisten Deutschen ihren längst als unerfüllbar abgeschriebenen Wunschtraum nach nationaler Einheit plötzlich und vollkommen unerwartet erfüllt. Welche Schmerzen, berechtigt oder unberechtigt, er bis heute vielen seiner Landsleute über das verlorengegangene Sowjetimperium und Ansehen als Weltmacht bereitet, hat nach seinem Sturz die wiedervereinigte deutsche Nation wenig interessiert. Die Gründe dafür bleiben unbeantwortet, verdienen jedoch trotz aller Begeisterung eine gründlichere Untersuchung.

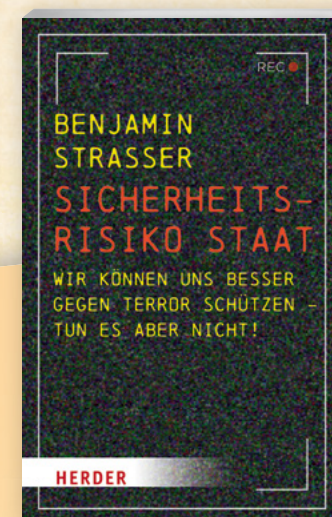
Sachbücher zu aktuellen politischen Debatten



192 Seiten | Gebunden
mit Schutzumschlag
€ 20,00 (D)
ISBN 978-3-451-38981-8

„...ein kurzweiliger Trip durch Deutschland – mit dem ein oder anderen Aha-Moment.“
Handelsblatt

„Die Stärke [...] besteht darin, dass man einen guten Eindruck davon bekommt, was in Deutschland gerade los ist.“
Süddeutsche Zeitung



144 Seiten | Kartoniert
€ 14,00 (D)
ISBN 978-3-451-07221-5

Mit seiner Streitschrift gibt der Sicherheitspolitiker Benjamin Strasser einen überfälligen Anstoß zur Reform von Polizei und Nachrichtendiensten in Bund und Ländern, mit der die Menschen besser vor Terror geschützt werden können, ohne die Errungenschaften eines freiheitlichen Rechtsstaat preiszugeben.



160 Seiten | Kartoniert
€ 18,00 (D)
ISBN 978-3-451-07343-4

Die Militärhistoriker Sönke Neitzel und Matteo Scianna legen die erste historische Darstellung und Analyse der deutschen Syrienpolitik seit 2011 vor. Sie legen die Probleme einer Außenpolitik offen, die für die katastrophale Lage in Syrien und die großen Flüchtlingsbewegungen von dort mit verantwortlich ist.

PUBLIKATIONEN

In der am 7. Mai 2021 erschienenen repräsentativen Umfrage *Lebensstilvielfalten vor der Bundestagswahl 2021* hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Zusammenhänge zwischen Lebensstiltypen und Wahlpräferenz untersucht. Die Studie zeigt unter anderem, welche Parteien in welchen Milieus verankert sind und wie sich die Milieus selbst beschreiben.

Das Konzept der Nachhaltigkeit umfasst die Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Auch internationaler Handel kann nicht getrennt von Fragen der Nachhaltigkeit betrachtet werden. Die am 12. Mai 2021 veröffentlichte Studie *Internationaler Handel im Kontext der Nachhaltigkeit* zeigt, dass der globale Handel heute bereits besser ist als sein Ruf, ein klares Regelwerk jedoch einen nachhaltigen Handel weiter verbessern kann.

Der digitale Raum bietet neue und umfangreiche Möglichkeiten, um die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit von Staaten zu beeinflussen. Westliche Demokratien müssen Antworten auf solche Bedrohungslagen finden, denn Kommunikation stellt einen zentralen Faktor für das Funktionieren von Organisationen in Wirtschaft und Politik dar. Der am 21. Mai 2021 erschienene Sammelband *Kommunikation, Resilienz und Sicherheit* thematisiert die innere Sicherheit, Kommunikation im militärischen Bereich und im Cyberraum sowie

Kommunikation für Bündnissysteme und die Beziehungen zu strategischen Partnern.

Angesichts der jüngsten Angriffe auf Israel und des Rufens antisemitischer Parolen auf den Straßen und vor Synagogen in Deutschland verstärkt die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre vielfältigen Bemühungen gegen Antisemitismus, fortan gebündelt abrufbar auf der Themen-Website *Jüdisches Leben und Kampf gegen Antisemitismus* (www.kas.de/de/juedisches-leben-und-kampf-gegen-antisemitismus).

Im Juni 2021 erschien die Studie *Koalitionsverhandlungen im Beziehungsgeflecht von Fraktion und Partei*, in der untersucht wird, wie sich die Koalitionsverhandlungen seit 1990 entwickelt haben und inwiefern sich das Einflussverhältnis von Partei und Fraktion in Bund und Ländern bei der Koalitionsbildung in jüngster Zeit gewandelt hat.

PERSONALIA

Im August 2021 übernimmt Ansgar Graw das Medienprogramm in Asien mit Sitz in Singapur; Michael Bauer wird das Länderprojekt Libanon leiten; Holger Dix übernimmt die Leitung des Regionalprogramms Politikdialog Subsahara-Afrika mit Sitz in Kapstadt; Malte Gaier übernimmt das Länderprojekt Tunesien.

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2021 zum Thema

Deutschland

Wo stehen wir?

Mit Beiträgen unter anderen von Claire Demesmay, Lars P. Feld, Christoph Heusgen und Norbert Lammert.

Um den Ausgang der Bundestagswahl noch thematisieren zu können, erscheint diese Ausgabe in der letzten Oktoberwoche.

IMPRESSUM

Nr. 569, Juli/August 2021, 66. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion Bernd Löhmann (Chefredakteur) Ralf Thomas Baus (Redakteur) Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung Konstantin Otto Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92 ralf.baus@kas.de cornelia.wurm@kas.de www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat Stefan Friedrich, Ulrike Hospes, Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Postfach 19 48, 49009 Osnabrück Telefonnummer: (05 41) 310-333 kas@frommrasch.de

Herstellung Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung Stan Hema GmbH Agentur für Markenentwicklung, Berlin www.stanhema.com

Bezugsbedingungen Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



FUNDSTÜCK



GESÜDET

Kartenwerke sind verräterisch. Das Weltbild, das sie zeichnen, halten wir für naturgegeben, doch sind sie kulturell geprägt. Wie sehr das zutrifft, offenbart diese, auf den arabischen Gelehrten Al-Idrisi (1099 – ca. 1166) zurückgehende Karte. Sie stellt unsere eurozentrierte Wahrnehmung buchstäblich auf den Kopf und macht orientierungslos: Europa rückt an die Peripherie im rechten unteren Drittel. Man ist verleitet, die gewohnte Weltsicht „ein-norden“ zu wollen. Spannender ist es jedoch, sich auf andere Perspektiven einzulassen.

Die „Tabula Rogeriana“ entstand bis 1154 am Hof des normannischen Königs Roger II. von Sizilien. Abgebildet ist die aus den überlieferten Einzelblättern kompilierte und lateinisch transkribierte Gesamtkarte. 1926 veröffentlichte sie der württembergische Geistliche und Kartographiehistoriker Konrad Miller.

Foto: © Konrad Miller (1844–1933), CC BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>, via Wikimedia Commons



Marbella, Spain